

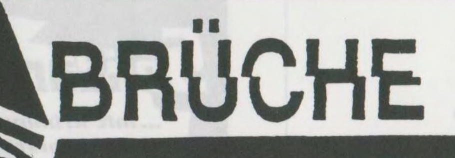


# BAHAMAS

Nr 15 Herbst 1994 6 DM

Zirkular der gruppe k






Nr.10
Juni/Juli '94

*Süd-Ost-West-Zeitschrift gegen Alte und Neue Weltordnungen*

Eine OstWest - Ko-Produktion des BAOBAB Infoladen Eine Welt (Ost-Berlin) und des Infoladen "Dritte Welt" Neukölln (West-Berlin)
*erscheint vierteljährlich*

**Nr.10 Juni/Juli '94:**

# Von der Apartheid zum Neoliberalismus?

**Südafrika**: Neuanfang oder neoliberales Diktat?
**Kurdistan**: Deutsche Kinkelei mit Mördern
**El Salvador**: Abschied von der Revolution
**Widerstand**: Anarchistische Strategien mit Ilse Schwipper
**Aktuell**: Interview mit Roman Herzog
**Kultur**: Maryse Condé und ihr neuer Roman
**IWF**: Sonderbeilage zum 50. "Geburtstag"

*noch lieferbar*:
**ÖkoHERRschaft**: *Ökodiktatur-Ökoimperialismus-Ökofaschismus* (Nr.6)
**ISLAM**: *Feindbilder und Wirklichkeiten* (Nr.7)
**AFRIKA**: *Demokratisierung der Neuen Weltordnung?* (Nr.8)
**OSTEUROPA**: *Kapitalismus, Nationalismus, Demokratie* (Nr.9)

Einzelpreis: DM 4.- (76 Seiten)
Jahresabo: DM 15.- (incl. Porto)
WiederverkäuferInnen erhalten 20% Rabatt (incl. MWST)

Bezug:

BAOBAB-Infoladen
Winsstr. 53
10405 Berlin
T+Fax: (030) 4426174

Infoladen Dritte Welt
Weisestr. 53
12049 Berlin
Tel+Fax: (030) 6223234

# ZAG

ZEITUNG ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN

**Schwerpunkte**

Nr. 6 ... Gleiche Rechte für alle
Nr. 7 ... Rassismus und Medien
Nr. 8 ... Abschiebung und Ausweisung
Nr. 9 ... Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
Nr. 10 ... Rassismus und Bildung
Nr. 11 ... Innere Sicherheit
Nr. 12 ... Rassismus und soziale Frage
Nr. 13 (4/94) ... Polizei und Justiz

**aus dem Inhalt von Nr. 12**

- Abschiebeknäste: Widerstand in Kassel und Berlin
- Bleiberechtskampagne: Legalisieren statt Kriminalisieren

☐ Abo: 4 Ausgaben/Jahr ... 20 DM
☐ Förderabo: 4 Ausgaben/Jahr ... 30 DM
☐ Einzelheft ... 5 DM + Porto

Bestellungen an: ZAG / Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59 10965 Berlin fon/fax 030-786 99 84

## DER AUFSTAND VON CHIAPAS

Video - VHS - ca. 75 min. - Farbe- dt. Übersetzung

Gezeigt wird die Entwicklung des Aufstands vom Januar bis Juli 1994.
Schwerpunkte sind dabei:
- Aufnahmen aus den Kampfgebieten
- Interviews mit KämpferInnen in Chiapas
- Darstellung der allgemeinen Situation, der Solidaritätsbewegung und der Regierungspartei (PRI) in Mexiko

Der Film wurde zusammengeschnitten aus 2 Videos von „Canal 6 de Julio“. Beide Videos sind fast vollständig übernommen worden. „Canal 6 de Julio“ ist ein Zusammenschluß von Leuten, die versuchen der offiziellen Berichterstattung in Mexiko etwas entgegen zu setzen. Die meisten Szenen , die im Video zu sehen sind, waren so nie im mexikanischen Fernsehen. Die Videos von „Canal 6 de Julio“ werden aber auf öffentlichen Plätzen und auf Informationsveranstaltungen in Mexiko gezeigt.
Der Video (+ Infoblatt) ist für 20,- DM + 4,- Porto erhältlich bei
Emiliano Zapata
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

# OFF LIMITS

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

**Themen in Nummer 5, August/September 1994:**

- **Debatte um Legalisierung von Illegalisierten**
- **Immigration und Legalisierungen: USA, Niederlande, Frankreich**
- **Innere Sicherheit: Die Bedrohungslüge**
- **Jugendliche Flüchtlinge in Hamburg**

**und vieles mehr...**

***off limits*** **erscheint sechs Mal im Jahr und kostet DM 5,-. Das Jahresabo kostet DM 30,-.**

**Bestelladresse:**

**off limits**
**c/o Haus für Alle**
**Amandastr. 58**
**20357 Hamburg**

**Tel.: 040 - 43 15 87 Fax: 040 - 430 44 90**

# Editorial

Im Jahre 5 scheint nichts und niemand mehr den Weg des größeren Deutschland an die Weltspitze aufhalten zu wollen. “Die Großen der Welt” hofierten in diesem Sommer den Kanzler und seine Generäle in einer Weise, die alle Hoffnungen derjenigen blamierte, die darauf vertraut haben, daß wenn schon nicht die Bewohner dieses Landes, so doch wenigstens die konkurrierenden Großmächte diesen deutschen Vormarsch aufhalten mögen. Wann immer jemand hierzulande meint, mahnen zu müssen, daß ein wenig mehr Zurückhaltung aus historischer Erfahrung und Erinnerung geraten sei, lassen sich die ehemaligen Kriegsgegner und alliierten Weltkriegsgewinner Clinton, Mitterrand, Jelzin, Walesa usw. zitieren, die geradewegs das Gegenteil behaupten: Deutschland sei zu aller Zufriedenheit auf dem Weg zur Normalität. Im Inneren wird “Normalität” wieder deutsch definiert. Vom Karlsruher Urteil über Auslandseinsätze der Bundeswehr, über das Mannheimer Deckert-Urteil bis zur nationaldeutschen Verarbeitung des 20. Juli 1944 als “identitätsstiftend”, findet die nationale Umdeutung der Geschichte statt, die mit der Vergangenheit versöhnen und den Weg in die deutsche Zukunft bereiten soll. Der “Deutsche Sommer”, die Hintergründe der Plutonium“schmuggel”-Hysterie und die Umorientierung der deutschen Europapolitik sind Themen dieses Heftes.

Wenn gewählt worden ist, könnte die eine oder andere Koalitionsspielerei eröffnet werden. Als enfant terrible der Saison sorgt die PDS bei den Wahlauguren für Spannung und bei uns für Amüsement. Weil sich bei der PDS der von den Grünen bekannte Wechsel von der Radikalopposition zur Realpolitik mit Augenmaß im Zeitraffertempo vollzieht, bewegt sich die Anti-PDS-Kampagne der Reformisten auf extrem dünnen Parkett: der vollständige Einbruch nach der Wahl ist garantiert. Der realpolitisch so ungerechtfertigte PDS-Haß der Bürgerlichen ist nicht durch die Gegenwart, sondern die Vergangenheit motiviert. Die PDS erinnert schemenhaft an die “Schreckenszeit” blockierter Ambitionen. Das Gute an der DDR ist eben nicht ihr realer Sozialismus gewesen, den irgendwelche “Nationalkomitees Freie DDR” im Kampf gegen das “BRD-Besatzerregime” heute wieder herbeisehnen, sondern ihre bloße Existenz, die deutsche Weltmachtansprüche fesselte. Das einig Volk von 1989/90, das nach Vollendung der “inneren Einheit” jammert, hat die PDS weder damals noch heute je stoppen wollen. Dessen Nationalwunsch statt dessen auch noch Gerechtigkeitsnahrung zu geben, ist die einzige “linke” Perspektive, die rund um die PDS verbleibt. Unter sozialem Mäntelchen wird so das linke Versagen der deutschen Selbstbestimmer von 1989 fortgesetzt. Da mag sich ranhängen wer will – wir nicht.

Apropos “Nationalkomitee”: Jene Linken, denen die nationalen Verhältnisse stinken, können es nicht lassen, sich just auf jene wieder zu beziehen, mit dem Ziel der “besseren Nation”. Die Halluzi-Nation einer Staatsvolks-Gemeinschaft – und im deutschen Fall zudem einer Volkstums-Gemeinschaft – ist Schwerpunktthema dieses Heftes. Anhand der Entwicklung des Nationenbegriffs in der Arbeiterbewegung, in KPD und SED bis hin zum Nationalismus der DDR diskutieren wir den linken Umgang mit der Nation. Die Konstituierung der DDR als die “bessere deutsche Nation” war unterschiedlich vom großdeutschen Nationalismus, erzeugte letztendlich aber Kompatibilität. Anders war ihr defensiver, nach innen gerichteter Charakter. Identisch war der – von heutigen PDS-Theoretikern sogar völkisch begründete – Griff in die Mythengeschichte des Nationalismus bis tief an die Wurzeln “der Nation”. Mit dem Zusammenbruch der DDR entfiel die defensive, binnenidentifikatorische Seite. Die deutschnationale vereinigte sich mit der BRD und ringt um die Nation, will sie sozial, friedlich oder sonstwie gestalten. Auch die um “Gerechtigkeit” bemühten Streiter für die Bewahrung der “Ostidentität” sind, wenn sie von “Kolonisierung” der DDR, der westdeutschen “Bestimmungsmacht” oder ähnlichem reden, in gerade jenem nationalen Denken verhaftet, das den Untergang der DDR rapide beschleunigt hat. Deutsch oder links, nicht: deutsch und links, hat uns die DDR gelehrt.

Deutscher Sommer, deutscher Herbst, deutscher Winter, langsam reicht es. Ein antideutsches, antinationales Frühjahr 1995 ist überfällig. Am 8. Mai 1995 jährt sich zum fünfzigsten Mal der Tag des alliierten Sieges über den Faschismus. An diese deutsche Niederlage erinnern wir uns gern. Kohlsche Geschichtsdialektik wird nach den Erfahrungen des Sommers 1994 zum großen Sprung ansetzen, diesem Tag die Wende zum Nationalen zu geben. 1945 von dem braunen totalitären Übel, das über die Deutschen kam, befreit, 1989 von seinem roten Pendant. Und wer wird dagegenhalten? Setzen wir rechtzeitig zu einer großen Anstrengung der antinationalen Linken im Lande an, sorgen wir vielfältig und ohne Zugeständnisse an bessernationale Befindlichkeiten für eine antinationale Manifestation. Wir werden uns melden.

BAHAMAS 16 erscheint am 20. Dezember. Redaktionsschluß ist der 25. November. Anzeigenschluß der 6. Dezember.

## Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der gruppe k.
*Redaktion:* büro k, Postfach 306 237, 20328 Hamburg, Tel./Fax: 040/ 43 88 46
Montag bis Donnerstag von 17.30 bis 19 Uhr
*Preis:* Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
*V.i.S.d.P.: B. Schulz*
*Herstellung:* Eigendruck im Selbstverlag
*Eigentumsvorbehalt:*
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

## Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

# Inhalt



**büro k, Postfach 306 237, 20328 Hamburg. Fon/Fax:040/438846.**

# Abobestellung

Hiermit bestelle Ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr! Für je 5 Exemplare *einer Ausgabe* gibt es eines Gratis dazu.

Abobeginn mit Nr.: ...... Ich will ...... Exemplare/ ...... mal 5+1 Exemplare

Name: ☐ Ich will ein Förderabo für 30 DM

Strasse: ☐ Ich zahle per Einzugsermächtigung

PLZ/Ort: ☐ Ich habe das Geld überwiesen

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen. (Ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab!)

KontoinhaberIn: Konto-Nr.:

Bank: Bankleitzahl:

Ort/Datum: Unterschrift:

# Links ist da, wo keine Heimat ist

## Theoretische Konferenz über Nation, Nationalismus und Antinationalismus

## Samstag, 12. November, Dresden

Veranstalter: **BAHAMAS, Die Beute, junge Welt, KONKRET, 17 Grad C und Kino im Kasten der TU Dresden**

Mit dem Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" und mit der deutschen Wiedervereinigung haben Nation und Nationalismus sowie das Schlagwort "nationale Selbstbestimmung" eine neue Konjunktur bekommen, im Namen des letzteren werden Kriege geführt. Von dieser Renationalisierung profitiert vor allem das größere Deutschland. Es versucht mit einigem Erfolg, aus den politischen und sozialen Veränderungen Vorteile für seine eigene Stellung als neue Weltmacht zu ziehen. Die "deutsche Nation" wird zum handelnden Subjekt in der Außenpolitik und ideologisch rehabilitiert. Auf diesem Boden wächst und gedeiht eine nationalistische Diskussion in Politik und Feuilleton, mit der eine neue "nationale Identität" gebildet werden soll. Von dieser Entwicklung ist die Linke nicht nur nicht frei, sondern sie wirkt zu großen Teilen an ihr mit. In Politik, Ideologie und Theorie der Linken wird der alte linke Nationenbegriff gepflegt.
Die Veranstalter der Konferenz sind sich in der Notwendigkeit einig, den linken Nationenbegriff und seine Folgen zu kritisieren und stellen ihre Kritik zur Diskussion.

### Konferenzablauf

**I. Block: 10 bis 13 Uhr**

### *Was ist die Nation?*

Ist die Nation eine stabile, ethnische oder kulturelle Gemeinschaft oder eine Fiktion? Staat macht Nation: die Entstehung des Nationalstaats im historischen Prozeß der Durchsetzung des Kapitalismus als Form der Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft. Demokratie als "Nationalisierung der Massen" (Mosse). Kulturnation: Alternative oder Nationalismus für Gutmenschen? – Der marxistische Nationenbegriff und seine Bedeutung im "Marxismus-Leninismus" – die Einteilung in "unterdrückende und unterdrückte Völker". Befreiung vom Kolonialismus als "nationale" Befreiung: "nationale Revolution" statt sozialer. Gibt es einen fortschrittlichen Nationalismus?
*Referenten: Jost Müller, Gerd Kuhnen*

**II. Block: 14 bis 17 Uhr, Parallelveranstaltungen**

### *1. Die Nation in Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung*

Der marxistische Nationenbegriff: von den Arbeitern ohne Vaterland zum Vaterland der Arbeiter und des Volkes. Die Nationalisierung der Arbeiterparteien. Der nationalistische Kurs der KPD vom "Schlageter-Kurs" zur "doppelten Ausbeutung" und Vassallentheorie: Volksfrontpolitik und Kampf gegen "nationalen Nihilismus"; radikalisierter Nationalismus als fehlgeleiteter Antikapitalismus; Antifaschismus und Patriotismus; Kulturnationalismus vom "besseren Deutschen". – Der Nationenbegriff der SED. – Die Lenin-Luxemburg-Kontroverse um das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
*Referenten: Jürgen Elsässer, Heiner Möller*

### *2. Vom Antikolonialismus zum Befreiungsnationalismus: Nationalismus und internationale Solidarität*

Dem Befreiungsnationalismus liegt die Vorstellung zugrunde, daß vor der sozialen die Befreiung von nationaler Unterdrückung durch die Kolonialmächte liege. Erst durch ihre Unterdrücker wurden die Menschen zu "Völkern" und "Nationen" homogenisiert. Der Kolonialismus hat nicht Nationen unterdrückt, sondern er hat sie erst konstituiert zu neuen Nationalstaaten, deren Befreiung als Verstaatlichung der nationalen Befreiungsbewegungen endete. Der emanzipatorische Ansatz der Befreiung von Unterdrückung und Ausplünderung endete zumeist im Nationalismus, weil die soziale Befreiung nicht gelang, sondern in ökonomischer Abhängkeit steckenblieb.
*ReferentInnen: Andreas Fanizadeh, Nadine Gevret, Reinhart Koeßler*

**III. Block: 17 bis 20 Uhr**

### *Abschlußdiskussion: Linker Identitäts- und Massenbegriff*

Sich vom bürgerlichen Nationalismus insbesondere der Herrschenden abzugrenzen, fällt den Linken nicht so schwer. Gleichwohl wird in der Tradition linker Nationen-Theorie die "nationale Identität" als etwas quasi Natürliches betrachtet, das an sich nichts Schlechtes sei, allerdings "mißbraucht" werde. Viele nicht-nationalistische Linke konstruieren daher Ersatz-Heimaten: Ethnie, Region, "unser Kiez", Geschlecht – aber auch "Arbeiterklasse". An solchen Identitäten und den daraus folgenden "Betroffenheiten" setzt linke Massenpolitik an. Dies korreliert mit einem Begriff von Massenpolitik, der vorgibt, die Leute "dort abzuholen, wo sie stehen". Dies muß im linken Populismus enden, weil die notwendige radikale Kapitalismuskritik sich nicht aus Betroffenheit ableitet, sondern aus der Kenntnis der Funktionsweise des kapitalistischen Systems.
*ReferentInnen: Sabine Grimm, Torsten Weber, Justus Wertmüller*

**Beginn: Samstag, 12.11.1994 – 9.30 Uhr; Ende ca. 20 Uhr; Ort: Technische Universität Dresden, Hörsaalgebäude, Weberplatz**

Teilnahmegebühr*: DM 40 für VollverdienerInnen; DM 20 für Arbeitslose, Studierende, SchülerInnen, Soldaten, ZDL; Voranmeldung erforderlich, Einlaß nur mit Bestätigung.
* In der Gebühr ist das Konferenzarbeitsheft (wird bei Vorkasse Ende Oktober zugeschickt, sonst nur beim Einlaß erhältlich) und ein Mittagsimbiß enthalten.

**Anmeldungen – bitte nur schriftlich – an: KONKRET, z.Hdn. Anja Schlüter, Postfach 306139, 20327 Hamburg**

**Bitte abtrennen und einsenden**

Ich/Wir melde/n mich/uns zur Konferenz am 12.11.1994 in Dresden an und haben den Teilnahmebetrag

**O** DM 40 / oder **O** DM 20 auf das Konto: H. Möller, Stichwort "Heimatkonferenz", 1257479921 bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, überwiesen; **O** bin/sind in Dresden dabei und zahle/n in bar.

Name, Vorname

Straße:

Wohnort:

Unterschrift:

## Gedenkfeiern 1994:

# Erinnerungen an die Zukunft

Die Zukunft gewinnt, "wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet." Dieses Diktum Michael Stürmers geriet im zurückliegenden Sommer zum Regierungsprogramm. Schlag auf Schlag wurde Geschichte gedeutet und Geschichte gemacht:

*6. Juni:* Zentrale Gedenkfeier aus Anlaß des 50. Jahrestages der Landung der Alliierten in der Normandie.

*11./12. Juli:* Clinton-Besuch in Bonn und Berlin.

*12. Juli:* Ermächtigung der Bundeswehr zu weltweiten Kriegseinsätzen durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

*14. Juli:* Die erste Parade deutscher Kampfpanzer im Rahmen des französischen Nationalfeiertags auf den Champs-Elysées.

*1. August:* Gedenkfeier aus Anlaß des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes in Polen.

*31. August:* Verabschiedung der letzten russischen Soldaten aus Deutschland im Beisein Jelzins.

*8. September:* Verabschiedung der westlichen Alliierten aus Berlin in Anwesenheit von US-Außenminister Christopher, Premierminister Major und Staatspräsident Mitterrand mit abschließendem Großen Zapfenstreich vor dem Brandenburger Tor.

***

Die Gesamtschau dieser Ereignisse ergibt ein paradox anmutendes Bild: Während das Ausland die Nazi-Zeit mit kostümierten Gedenkfeiern in das Museum verbannte, wurde diese in der Bundesrepublik auf ihre Gegenwartstauglichkeit neu überprüft. Während Clinton und Mitterrand, Jelzin und Walesa unablässig einen Trennstrich zwischen Deutschem Reich und Bundesrepublik zu ziehen suchten, wurde in der Berliner Republik eben jener Unterschied verwischt. Während Deutschland von außen "Normalität" attestiert bekam, wurde im Innern "Normalität" wieder deutsch definiert. Am Ende dieses Sommers, fünf Jahre nach dem Mauerfall, war die erste Etappe der Wiederherstellung Deutschlands abgeschlossen.

***

Beginnen wir mit dem "großen Tag für Deutschland und den Frieden in Europa" (BILD), an dem der letzte russische Soldat dieses Land verließ. Das Bundeskanzleramt hatte ursprünglich einen gemeinsamen Auftritt von Jelzin und Kohl in der "Kulturstadt" Weimar sowie im nahegelegenen Konzentrationslager Buchenwald vorgesehen. In der Phantasie der Kohl-Gehilfen war gerade letzteres der "große Knüller", wie später der "Spiegel" enthüllte: "Wir haben da (in Buchenwald, Anm. MM) was Schlimmes gemacht. Ihr habt da was Schlimmes gemacht. Jetzt reichen wir uns die Hände zur Versöhnung und schauen gemeinsam in die Zukunft", so ein Kohl-Berater.

Auf "Fifty-Fifty" hatte auch des Kanzlers Rede in Berlin orientiert, wohin die Verabschiedungszeremonie nach russischen Protesten verlegt worden war. Kohl hatte darin "Rassenwahn und Klassenhaß" für die "unselige" Entwicklung dieses Jahrhunderts und den "Pakt der Diktatoren Hitler und Stalin" für den Beginn des Zweiten Weltkriegs verantwortlich gemacht. Die vielen Millionen sowjetischen Toten des Zweiten Weltkrieges dürfe man ebensowenig vergessen, wie das, "was später den Deutschen in der Revanche angetan wurde", forderte der Kanzler in seiner Ansprache vor Soldaten der russischen Armee. Mit seiner Logik der Aufrechnung hatte Kohl sogar noch diplomatisches Gespür bewiesen. Die deutsche Geschichtsrevision ist längst einen Schritt weiter in ihren Versuchen, zwischen dem nationalsozialistischen und dem kommunistischen "Totalitarismus" zugunsten des Erstgenannten zu differenzieren. Zwar habe Hitler den Menschen in Rußland "Schlimmes" angetan, schreibt etwa Friedrich Karl Fromme in der FAZ. Die (in Anführungszeichen) Befreiung durch die Rote Armee habe dann aber doch die Frage aufgeworfen, ob nicht "die neue Herrschaft das für den Augenblick Schlimmere sei." Diese Sichtweise freilich liegt nahe, wenn "auch Deutsche", wie Theo Sommer fordert, ihr "Recht auf Erinnerung geltend machen: an die Zeit der Gnadenlosigkeit, der Drangsal, der roten Gewalt nach der braunen." Und da der russische Drang zur Expansion, wie der ehemalige Wehrmachtsoffizier Helmut Schmidt 1987 phantasierte, "nie wirklich erloschen" sei, setzte man also die Russen selbst noch bei ihrer Verabschiedung an den Katzentisch: Jede Gleichstellung der Russischen Republik mit den Westalliierten verbot sich von selbst.

*Und dennoch:* Der Kotau von Boris Jelzin war dem Kanzler gewiß. "Hitler hatte uns diesen Krieg aufgezwungen. Das deutsche Volk war daran nicht schuld", versicherte auf dem Berliner Gendarmenmarkt der russische Präsident, der (anders als Clinton) jedwede Anspielung auf neudeutschen Rassismus unterließ. "Wir vertrauen auf das vereinte, erneuerte Deutschland," erklärte Jelzin. "Wir wissen, daß demokratische Werte hier fest verwurzelt sind, die ihrer Substanz nach Gewalt, Aggressivität und Schmälerung der Rechte anderer Völker ausschließen." Der dies sagte, war sich bewußt, daß von dem Kanzler eine reziproke Aussage in Bezug auf Rußland nicht zu erwarten ist. Verbeugt wird sich heute nur in die eine Richtung.

***

Das sehen im Prinzip die USA nicht anders. Da der Sieger die Geschichte schreibt, wird dem Verlierer des Kalten Kriegs auch der Sieg über Hitler nachträglich aberkannt. Washington hatte eine russische Beteiligung an den D-Day-Spektakeln in der Normandie stets abgelehnt. Doch auch die Clinton-Administration wurde von Bonn mit einer Geschichtsrevision konfrontiert, deren Grundmelodie – Abwertung der Bedeutung der Alliierten bei der Zerschlagung des NS-Regimes – mit der gegen Rußland gewendeten Argumentation identisch war.

In größter Eile hatten Bundespresseamt und Bundeswehr in der Regierungshauptstadt der USA die Präsentation einer Sonderausstellung unter dem Titel "Gegen Hitler: Deutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933-1945" durchgesetzt. "Wir hatten Weisung, zu sagen, dies sei ein amerikanisches Projekt. Aber es war von Anfang an ein Bonner Projekt ... Man brauchte eine Antwort auf den D-Day. Man war so betroffen, daß man aus all diesen Gedenkfeiern herausgehalten wurde", erklärte ein hoher deutscher Beamter gegenüber der Washington Post (WP), die eine

überaus kritische Reportage über diese Ausstellung veröffentliche.(1)

Nicht nur die Geschichte des deutschen Widerstands wurde hier (nach den Vorgaben der Familie Stauffenberg) verfälscht, sondern zugleich die Geschichte des Dritten Reiches und seiner Überwindung. Es gehe darum, "die deutsche Geschichte nachträglich mit einer ungebrochenen Traditionslinie, die zur heutigen Demokratie führt, auszustatten", kritisiert die Washington Post. "Die Ausstellung schließt mit dem Vermächtnis der Widerstandsbewegung und dessen Transformation in die Bundesrepublik Deutschland", erklärt hierzu das Bundespresse- und Informationsamt. Daß bei der Befreiung vom NS-Staat alliierte Armeen eine Rolle spielten, wird mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen "kritisieren die Ausstellung und die deutschen Eröffnungsreden subtil das anglo-amerikanische Versäumnis, dem deutschen Widerstand nicht unter die Arme gegriffen zu haben. Immer wieder werden Besucher daran erinnert, daß Churchill und Roosevelt Annäherungsversuche von deutschen Widerstandskämpfern in den frühen 40er Jahren verschmähten." (Washington Post) Die Message ist klar: Nicht die Westalliierten (und erst recht nicht Sowjets oder Partisanenverbände), sondern die Patrioten des 20. Juli mitsamt ihren Vorläufern haben den Wandel vom Deutschen Reich zur deutschen Republik bewirkt. Demgegenüber hatten die Streitkräfte der Westmächte, anstatt auf Stauffenberg zu setzen, deutsche Großstädte bombardiert. Nicht hierfür kann man ihnen heute noch dankbar sein, sondern ausschließlich für ihre Rolle im Kalten Krieg und für ihren Einsatz zugunsten der "Freiheit Berlins".

Inhaltlich war das Grundmuster der Kohl-Rede vom 20. Juli 1994 mit dem Konzept der Washington-Ausstellung identisch; nach dem Kriterium der Nationalismus-Tauglichkeit wurde der Widerstand gegen Hitler selektiert. Kein Wort von der Befreiung durch ausländische Armeen. Konzentration aller Würdigung auf Stauffenberg und seine Freunde, die dem Kanzler zufolge nicht erst nach Stalingrad zu konspirieren begannen, nein: "Die Wahrheit ist, daß der 20. Juli 1944 Höhepunkt und Endpunkt einer Entwicklung war, die seit Hitlers Machtergreifung Anfang 1933 Männer und Frauen aus unterschiedlichsten politischen Richtungen im Kampf gegen die Herrschaft des Verbrechens zusammengeführt hatte." (Helmut Kohl) Dieser Widerstand habe "menschliche Größe" unter Beweis gestellt, weil er "nicht auf Weisung (ge)handelt" habe, wie all jene verbohrten Antifaschisten, die mit der kommunistischen oder sozialistischen Internationale verbunden gewesen sind, sondern aufgrund "freier Entscheidung" entstanden sei. "Vorbildcharakter" und damit Gegenwartsbedeutung erhalte dieser Widerstand aber "erst durch seine politisch-moralische Zielsetzung", die im Falle Stauffenberg und Co. freilich auf eine faschistische Option ohne Hitler und Auschwitz hinausgelaufen ist, wie an anderer Stelle ausgiebig dokumentiert worden ist.(2) Das Problem der Kanzlerberater, bei Stauffenberg etwas anderes als eben diese Orientierung zu finden, dokumentierte sich in der Rede Helmut Kohls.

"Von Stauffenberg", erklärte Kohl, "ist der Satz überliefert 'Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt...' So wie er dachten in diesem entscheidenden Punkt all jene Regimegegner, deren Andenken wir heute ehren." Die zweite Hälfte jener Stauffenberg-Sentenz hatte der Kanzler seinen Zuhörern wohlweislich unterschlagen: "Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge und beugen uns vor den naturgegebenen Rängen."(3) In der Tat: Ein explizit antiwestlich orientierter Vertreter des deutschen Sonderweges wurde der Nation in diesem Sommer als der vorbildliche Deutsche präsentiert.

*Und dennoch:* In immer neuen Varianten hatte Bill Clinton in Bonn und Berlin den Nutzen einer deutschen Dominanz für den Rest von Europa und die Welt betont. "Nichts wird uns aufhalten. Alles ist möglich", hatte er gar in deutscher Sprache unter dem Jubel der Berliner ausgerufen. Mit geradezu aufdringlicher Penetranz wiederholte er seine Empfehlung, die deutsche Vormacht in Europa künftig auch in Knobelbechern wahrzunehmen. "Alles was getan werden kann, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Führungsverantwortung tatkräftig wahrzunehmen", müsse man begrüßen. Entsprechend begeistert reagierte er auf den Karlsruher "Out-of-area"-Beschluß, welcher den Wechsel von den Streitkräften der alten Bundesrepublik zur Bundeswehrmacht der neudeutschen Großmacht symbolisiert.

***

"Was sonst immer im Leben der Nation trennend sein mag, soll durch das Heer zu einender Wirkung gebracht werden", schrieb Adolf Hitler in "Mein Kampf". Dem antimilitaristischen Zitat eines Kurt Tucholsky ("Soldaten sind Mörder"), das zur Staatsaffäre wird, weil bei der Unglimpfung des deutschen Soldaten die Meinungsfreiheit ihre Grenze inzwischen erreicht, stehen gegenüber: uniformierte Fackelträger am Brandenburger Tor, Bundeswehrparaden in Berlin und Paris und der Große Zapfenstreich als Emotion-Show der Militärs. Das neue Auftreten deutscher Streitmächte hat wie nichts anderes die Ereignisse dieses Sommers bestimmt. Aus Anlaß des Gedenkens an den 20. Juli waren ein Wachbataillon und ein Soldatenzug der Bundeswehr, die Nationalhymne intonierend, in den Innenhof des Bendlerblockes einmarschiert; anläßlich der Ehrung der im Zweiten Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten gestalteten russische *und* deutsche Soldaten unter Führung von Generalinspekteur Naumann die Militärzeremonie; die Verabschiedung der Westalliierten wurde im Rahmen des (vornehmlich von deutschen Soldaten gestalteten) Großen Zapfenstreichs mit Fernseh-Direktübertragung durchgeführt und der bis heute wichtigste Auslandseinsatz der Bundeswehr vollzog sich auf Einladung des französischen Staatspräsidenten auf der Pariser Prachtstraße, den Champs-Elysées.

Es gibt neben der Bundeswehr keine andere Institution, die derart unverhohlen die Traditionen des Kaiserreichs und des Nationalsozialismus zu ihren eigenen macht. Daß die politische Leitung des Bundesverteidigungsministeriums 1993 ausgerechnet den Bendlerblock in Berlin – ehemals Sitz des Reichsmarineamts, des Reichswehrministeriums sowie des Oberkommandos des Heeres – als Standort gewählt hatte, war Programm. Es gehe bei der Indienststellung des Gebäudes "nicht um einen Umzug, sondern um die Weiterentwicklung der Geschichte", hatte Bürgermeister Diepgen erklärt. Es sei bedeutsam, "daß die Bundeswehr in dieses Haus einziehe und damit ein Bekenntnis zur ganzen deutschen Geschichte, insbesondere zum Widerstand gegen Hitler" ablege. Widerstand meint den militärischen Widerstand des 20. Juli, meint Stauffenberg, der für die künftige Bundeswehr etwa das werden soll, was Leo Schlageter für die Freikorps-Bewegung gewesen ist: Traditionsstifter und Aktionspatron.

Das Stauffenbergsche Vermächtnis, erklärte Klaus Naumann, der Generalinspekteur der Bundeswehr in der Zeitschrift "Information für die Truppe", sei heute "noch nicht eingelöst ... denn die Welt, wie unser wieder unruhig gewordenes Europa, ist noch nicht frei von Unrecht, Unterdrückung, Diktatur und Völkermord." Statt "Egoismus und Hedonismus" bedarf es neuer Tapferkeit: "Für alle, die das Vermächtnis des 20. Juli anerkennen, darf das Gedenken sich nicht mit Passivität und gelähmtem Zusehen verbinden, nein, es muß zur Bereitschaft führen, durch Handeln Verantwortung zu übernehmen." Weil in Zukunft der gehorsam zum Heldentod bereite Soldat wieder gebraucht wird, darf auch der nationalsozialistische Opfermut des Wehrmachtssoldaten nicht länger de-

nunziert werden. Zum Vermächtnis des 20. Juli, so Naumann, gehöre auch dies: "Die Handlungsweise von Soldaten, die sich gegen Befehle wandten (!), oder die desertierten, kann man nicht pauschal als Widerstand bezeichnen und sie damit mit dem Handeln der Männer des 20. Juli gleichstellen. Man kann aber auch nicht im Gedenken an den Widerstand den Opfermut und die Tapferkeit der Soldaten hintanstellen, die, mißbraucht von einem verbrecherischen Regime, ihre Waffen ehrenvoll führten."

Hier haben wir das Resultat dieses Sommers komprimiert: Wiedervereinigung mit der Vergangenheit als Antriebskraft für die Zukunft. Wolfgang Schäuble, neuer Kanzler in spe, droht offen und in drei Sprachen, daß Deutschland "die Stabilisierung des östlichen Europa (auch) in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen" in der Lage sei und unterstreicht diese Aussage mit Hilfe seines Generalstabschefs, der mit dem Hohelied auf den "Opfermut", die "Tapferkeit" und den "ehrenvollen" Waffengang der deutschen Wehrmacht schon mal die Zukunft besingt. Es ist nicht Äußerlichkeit, sondern inhaltliche Aussage, daß den in Paris aufgefahrenen Panzern das "Eiserne Kreuz" – ein Erkennungssymbol des deutschen Militarismus, mit welchem schon die kaiserliche Armee und die Wehrmacht sich geschmückt hatten – aufgepinselt worden ist.

*Und dennoch:* Beifall für die 24 Schützenpanzer der Bundeswehr, deren Großaufnahmen am 15. Juli die Titelseiten der französischen Medien schmückten. "Als zum letzten Mal deutsche Soldaten über die Champs-Elysées gezogen sind, waren das die Gefangenen nach dem Fall von Paris, sie wurden bespuckt und beschimpft", hatte sich zuvor Kohl noch einmal rückblickend empört. Diesmal konnte er zufrieden sein: Marginalisiert waren jene, die wie der Schriftsteller Jean-Edern Hallier, das "morbide Verlangen" der Deutschen, über die Champs-Elysées defilieren zu wollen, angegriffen hatten; extrem klein war die von der KPF organisierte Demonstration "NON aux chars allemands le 14 juillet". Gefeiert wurden statt dessen nicht nur der Kanzler und dessen Truppe, sondern auch jene Söhne angeblicher Widerstandskämpfer, die im Troß des Kanzlers den Aufmarsch verfolgten, darunter der Stuttgarter Bürgermeister Manfred Rommel, Sohn des Feldmarschalls Erwin Rommel, der noch drei Tage vor seinem Selbstmord an Hitler schrieb: "Mich beherrschte stets nur ein Gedanke – zu kämpfen und zu siegen für Ihr neues Deutschland. Heil, mein Führer!" Daß Feldmarschall Rommel der FAZ als "Widerstandskämpfer" erschien, war neu, wenn auch im Trend der Zeit. Daß jener Haudegen des Nationalsozialismus jetzt aber selbst in französischen Massenblättern wie *France Soir* als "grand resistant allemand au nazisme" gewürdigt worden ist, tat schon weh.

Die 1989 ff. artikulierten Hoffnungen mancher linker AktivistInnen auf mächtige "Nie-wieder-Deutschland"-Verbündete in London, Paris oder Tel Aviv – nichts ist heute davon geblieben. François Mitterrand hatte wohl oder übel recht: Den Kritikern des Aufmarsches in Paris beschied er, "Stimme der Vergangenheit" zu sein, die Zustimmung aber sei "Stimme der Zukunft". Mitterrand steht mit dieser Position nicht allein. Roman Herzog hätte in Warschau ruhig all das sagen können, was er denkt: Als deutschfreundliche "Stimme der Zukunft" hätte sich Polens Staatspräsident Walesa in jedem Fall profiliert. Auch Israels Ministerpräsident Jizchak Rabin soll sich Pressemeldungen zufolge anerkennend zur neuen Rolle Deutschlands und der Bundeswehr geäußert haben.

***

Warum der internationale Schlußstrich unter die Geschichte, während sie aus Sicht deutscher Führung soeben wieder beginnt? Weil, um Karl Marx zu paraphrasieren, die herrschende Geschichtsdeutung nichts anderes ist, als die Geschichtsdeutung der Herrschenden. Der Epochenwechsel von 1989 kannte Sieger und Verlierer. Sein größter Gewinner aber war Deutschland.

Geschichte wird tote Geschichte, wenn sie dem Sieger schadet: Die britisch-amerikanische D-Day-Maskerade in der Normandie war gelebtes Museum: stilecht, originalgetreu, historisiert. Sie war das letzte Zugeständnis an die Veteranen der Anti-Hitler-Koalition, eine Art von Kompensation für eine neue Realpolitik, die sich von ihren Erfahrungen distanziert.

Geschichte wird lebendig, wenn sie dem Sieger nützt. Die von Volker Rühe schon bei seinem Einzug in den Bendlerblock angekündigte Auflösung der Berliner "Gedenkstätte deutscher Widerstand" (die in ihrer derzeitig noch durchaus sehenswerten Version den Widerstand in all seinen Facetten dokumentiert) zugunsten einer neuen Gedenkstätte zum "national-militärischen Widerstand" korrespondiert mit einer Publizistik, die die halb- oder vollnazistischen Positionen des 20. Juli hinsichtlich der deutschen Führung über Europa als "Antwort auf die Fragen dieser bewegten Zeiten" feiert und propagiert.

Das neue Geschichtsbild verstärkt zugleich den Trend: Die Erinnerung der Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition war in den letzten 50 Jahren ein Faktor, der dazu beigetragen hatte, deutsche Expansions- und Revanchebestrebungen im Zaum zu halten. Heute wird die Verbindung zwischen Erinnerung und Gegenwart zerschnitten. Ohne die Fessel der Erinnerung gewinnt die abenteuerliche Tendenz des deutschen Imperialismus neuen Elan. Deutsche Demaskierungen, wie das unverschämte Schäuble-Papier zur Europapolitik, werden hieran nichts ändern. Die von den ehemaligen Siegermächten 1989/1990 getroffene Entscheidung, zum bösen Spiel eine möglichst gute Miene zu machen, bleibt als außenpolitisches Muster dominant. Aus welcher Interessenlage heraus sollten die Konkurrenten und zugleich Verbündeten Deutschlands heute auch anders handeln, als sie es mit dem Münchner Abkommen von 1938 oder der Verzögerung ihrer Landung in der Normandie 1943/44 getan hatten?

***

Am 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation hatte die Bitburg-Politik des Bundeskanzlers noch internationale Auseinandersetzungen großen Stils provoziert. Zehn Jahre später wird hiermit nicht mehr zu rechnen sein. Im Kampf gegen Deutschland wird es auf lange Sicht keine anderen Verbündeten geben als jene internationale Linke, die in Kenntnis der Vergangenheit die Gegenwart des deutschen Imperialismus zu bekämpfen und dessen Zukunft zu vereiteln sich vorgenommen hat. Als "Tag der Befreiung" wird der 8. Mai 1995 hierzulande gesellschaftlich keine Rolle mehr spielen. Wer an der Zerschlagung Deutschlands interessiert ist, wird dennoch keinen besseren Tag finden, um sich – nach der Frankfurter "Nie-wieder-Deutschland"-Demonstration von 1990 – hier als antinationale Linke gemeinsam kenntlich zu machen.

**Max Müntzel**

**Quellen:**

FAZ, 7.6.94; Karl D. Bredthauer, Weimarisierung?, in: Blätter 9/94; "Spiegel" 28/94; "Spiegel" 21/1994; Das Parlament, 5.8.94; FAZ, 21.7.94; FAZ, 31.8.94; Zeit, 2.9.94; "Spiegel" 20/94; FR, 1.9.94; BILD, 1.9.94; FAZ, 3.9.93; FR, 13.6.94; SOZ, 16.6.94; France Soir, 15.7.94; FAZ, 6.4.94.

**Anmerkungen:**

1) Die "Blätter für deutsche und internationale Politik" haben den Aufsatz der Washington Post (Marc Fisher, The Rewriting on the Wall?", WP vom 24.7.94) übersetzt und in ihrer September-ausgabe veröffentlicht.

2) Siehe etwa die Stellungnahme des "Antinationalen Plenum Hamburg" aus Anlaß der Besetzung der Berliner Gedenkstätte (nachgedruckt in Interim) sowie in konkret 7/94, S. 15, die Dokumentation: Ernst Kaltenbrunner, "Anhänger des Führers".

3) Dieser Hinweis stammt von Karl D. Bredthauer in: Blätter 9/94. Als Quelle des Zitats wird dort H. Steffahn, Stauffenberg, Reinbek 1994, S.114 genannt.

# Wozu wählen?

Es gibt nur wenig Erfreuliches, wenn hierzulande gewählt wird. Etwa, wenn die "Partei der Besserverdienenden und Leistungsträger" den Bach runtergeht. Oder die Bündnis90-Grünen sich schwarz ärgern, weil die Ossis ihnen ihre Puschen-"Revolution" nicht dankten, und es deshalb nicht reichte.

Dennoch haben zwei Pressemeldungen vom selben Tag eingeschlagen. Erstens, die Grünen Bayerns haben beschlossen, keine Koalition mit der CSU einzugehen: Donnerwetter, diese Fundis! Dabei ist die CSU doch eine demokratische Partei! Zweitens, Lothar Bisky von der PDS hat eine Dokumentation über gemeinsame Landtagsaktivitäten in Brandenburg mit der CDU vorgelegt: In diesem Lande tut sich was. Wo grün schwarz-grün enttabuisiert ist – nicht nur in Sachsen, sondern auch in NRW und Hamburgs GAL flirtet man/Frau Sager mit der CDU –, blieb das PDS-Bündnis mit den Pechschwarzen bislang immer noch undenkbar. Nun beweisen auch die "roten Socken", daß sie keine "rotlackierten Faschisten" sind, sondern zur Zusammenarbeit "in der Sache" mit jedem bereit...

So absurd stellen sich Wahlalternativen für die Linken heute dar, wenn es traditionsgemäß unbedingt wieder einmal etwas zu verhindern gilt. Der grüne Mainstream spricht von "Reformalternative", wenn das Bündnis mit Scharping gemeint ist. Werner Schulz' grüne Sackleinen-Sachsen wollen im Bündnis mit Biedenkopf eine "Reformperspektive" eröffnen. Und die Reformpartei PDS läßt landauf, landab verlauten, mit ihr ginge fast alles: Scharping kostenlos sowieso, der Bundeshaushalt auch – nur keiner will die PDS, was ungerecht ist, ehrlich. Wenn die "FAZ" Bisky einen Honecker-Kritiker nennt, *"dessen Platz eigentlich bei den Sozialdemokraten sein müßte"*, wenn Gysi allem und jedem nach dem Mund redet, was soll dann das Ausgegrenze? Auch wenn es ein lanciertes Gerücht ist, daß Schröder ihn zum Minister auserkoren hat, nichts läge Gysi näher als das – und sei es ein Ministerium für Gerechtigkeit.

Die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte sieht in Höppners rot-grüner Minderheitskoalition in Sachsen-Anhalt einen *"Ausdruck ernst zu nehmenden gesellschaftlichen Reformgeistes"*, propagiert undogmatisch parlamentarisches Agieren *"ohne festgelegte Oppositionsrolle"* und ist für *"ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum und sozial abgefederten Stellenabbau im öffentlichen Dienst"*. Das könnte genauso gut eine Grüne, eine soziale Demokratin oder eine von den CDU-Sozialausschüssen gesagt haben.

"Die Rechten verhindern" scheint 1994 als Wahlproblem erledigt, die Reps sind am Boden, keine rechte Partei hat Chancen. Rechts ist zumindest vorübergehend reintegriert, warum auch nicht? Ihre wählerwirksamen Themen sind Gemeingut bei CDU und SPD und das ist in den zurückliegenden Wahlen von den Bürgern honoriert worden. Wer rechts verhindern wollte, müßte Kohl und Scharping verhindern, was nicht leicht wäre bei 80% Wählerpotential. Also macht links so nette Wahlplakate wie die MLPD: *"Kohl abwählen! Für den echten Sozialismus! MLPD."* Das aber scheint unrealistisch. Wer Kohl abwählen will, braucht eine Alternative, die vernünftigerweise Scharping sein wird – wer sonst? Warum nicht gleich: *"Kohl abwählen, Scharping wählen! Für den echten Sozialismus! MLPD"*?

## Alle für Deutschland

Selten war bei einer Wahl das kleinere Übel so groß, oder anders gesagt: die Unterschiede zwischen schwarz-rot-grün sind so weit eingeebnet, daß sie Teil einer gemeinsamen Volkspartei mit verschiedenen Strömungen und Flügeln sein könnten. Das Programm: 1. *Deutschland*, 2. muß vorne sein, 3. hat eine besondere Verantwortung, 4. muß seinen Standort sichern. Danach könnten die Flügel formulieren: 1. hat Vorrang, Deutschland zuerst, 2. kann seine Interessen nicht ohne Europa wahrnehmen, 3. muß in die Weltkonflikte zivilisierend, friedlich, ökologisch, sozial usw. eingreifen, 4. muß ökologisch sein, weil das Arbeitsplätze schafft, 5. muß seinen Sozialstaat ändern, darf ihn aber nicht aufgeben.

Nehmen wir die Außenpolitik. In ihr hat sich der Rechtstrend in den letzten vier Jahren am stärksten manifestiert. Der jüngste Europavorstoß der CDU dokumentiert Weltmachtambitionen. Seine Bedeutung besteht darin, daß er europäischen Entwicklungen – zunehmende Konkurrenzen und Ostverlagerung – adäquat ist, weil er von mehr statt weniger Widersprüchen ausgeht. Interesse des Papiers ist es, die Widersprüche für die deutsche Nation auszunutzen. In dieser Situation proben die regierungsgereiften Grünen Anpassung. In einer Partei, in der nicht wenige darauf brennen, den Serben erneut zu zeigen, was deutsche Soldaten können, zieht Joschka Fischer die Linie der Vernunft ein: Blauhelmeinsätze ja. Agieren wie beim US-dominierten Golfkrieg nein, aber Bundesmarine in der Adria und deutsche AWACS -Besatzungen über Jugoslawien ja: *"Für mich bewegt sich das im Horizont des Möglichen"* ("Spiegel", 5.9.94).

Fischer hat in seinem neuen Außenpolitikbuch "Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik" die sozialliberale Anpassung der Grünen versucht. Deutsche Interessen gründen bei ihm auf *"Selbsterhaltungs- und Entwicklungsimperativen von Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, Marktwirtschaft und Frieden in einem europäischen Rahmen mit der Europäischen Union als Ziel."* Er sieht *"fünf Säulen"* deutscher Politik: Absage an *"jede deutsche Renationalisierung und Sonderwegstradition"*, *"Festhalten an der Westintegration"*; *"Kontinuität des Atlantismus"*; *"Vertiefung der europäischen Integration im Westen"*; *"Erweiterung der europäischen Integration nach Osten"*; *"Unterstützung Rußlands auf seinem Weg in eine friedliche, demokratische, marktwirtschaftliche Zukunft"*. – Das alles natürlich ökologisch. Auf solchen Säulen ließe sich selbst mit der CDU eine gemeinsame außenpolitische Linie finden. Deshalb kann Heiner Geißler das Buch loben, dessen sozialliberaler Tonfall ihm lieber ist, als Schäubles deutschnationale Diktion. Auch Peter Glotz kann das Buch loben, obwohl er an Schäubles Europavorstellungen wenig auszusetzen findet und sie für realistisch hält. Deshalb stimmt Oskar Lafontaine Schäuble zu, obwohl er Wahlkampf mit Antje Vollmer chic findet. Warum die fließenden Übergänge? Weil sich alle im Grundsatz *Deutschland* einig sind. Wenn die Macht des Faktischen – der Zerfall des in Maastricht 1991 konzipierten Europa – und deutsche Interessen es geböten, wer würde dann noch einen Pfifferling auf grüne Softness-Standhaftigkeit geben? Und solchem Rot-grün dient sich der Outlaw PDS immer mehr an.

## Tiraden gegen einen Popanz

Noch nie war ein Bundestagswahlkampf inhaltlich so wenig polarisiert wie 1994 – nicht einmal 1990, als der nationale Konsens alles überdeckte. Und dennoch verläuft die Wahldebatte polarisiert, die maßlosen und haßerfüllten antikommunistischen und Kriminalisierungsbestrebungen der CDU/CSU erinnern an vergleichbare Wahlkämpfe der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Der Unterschied fällt aber sofort ins Auge: der Gegenstand der Tiraden ist mit seinen historischen Vorbildern nicht im entferntesten zu vergleichen.

Warum diese Kampagne? Die erste Überlegung spielt ganz simpel mit dem antikommunistischen Motiv der rechten Wähler, die die CDU/CSU optimal zu mobilisieren versucht. Die zweite, daraus abzuleiten ist, zielt dagegen im Sinne einer "Doppelstrategie" auf die SPD: Die CDU will ihr die antikommunistischen "Rappe-Wähler" abjagen, die seit Sachsen-Anhalt schlaflose "Volksfront"-Nächte haben, soll die Partei in die Distanzierung und in den "Konsens der Demokraten" drücken (was erfolgreich ist). Schließlich zielt die Kampagne auf die PDS selber: auf ihre Domestizierung und Disziplinierung, die Abgrenzung von ihren Linken und Radikalen, schlicht: auf Einschüchterung. Über alle praktischen Gesichtspunkte hinaus wird der antikommunistische und anti-antifaschistische Staatskonsens beschworen. Nichts, aber auch gar nichts darf von der DDR Gutes übrigbleiben, schon gar nicht der Antifaschismus. An seine Stelle soll der Antitotalitarismus treten, der Unglück über Deutschland beschwört, das zunächst "uns allen" 12 Jahre, und dann denen drüben weitere 40 Jahre Diktatur beschert hatte. Für dieses Vorhaben ist die PDS als "SED-Nachfolgepartei" nicht nur Dorn im Auge, sondern dient auch als Watschenmann, trotz der Gysis, Biskys und verirrten WählerInnen, die man für die Demokratie gewinnen will.

An dieser Ablösung von Antifaschismus durch Antitotalitarismus basteln Grüne und taz kräftig mit. Walter Jakobs kommentiert Kohls säuische Analogie von den "rotlackierten Faschisten" so: *"Die Diktatur der Arbeiterklasse endet nicht im Paradies, sondern auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Hier ordnet sich der aus verantwortungsloser Gedankenlosigkeit geborene 'Sündenfall' Magdeburg ein. Die CDU hat jedes Recht, dies der rot-grünen Opposition vorzuhalten. Reaktionär ist daran nichts."* Bei der Bekämpfung des *"populäre[n] Gift[s] totalitärer Ideologien... hat sich Kohl am Wochenende verdient gemacht."* (taz, 30.8.94) Da profiliert sich die dritte Generation des Antikommunismus.

Zuwachs aus den Reihen der PDS (Marke "Erneuerer") scheint aussichtsreich. Wenn indessen Karin Dörre aus dem PDS-Parteivorstand den Rückfall der Partei *"in schlechteste SED-Zeiten"* beklagt, außer dem Dauerlutscher Stasi nur *"Geheimdiplomatie"*, *"Mauscheln"*, *"Kungeln"* der Parteispitzen bei der Kandidatenauswahl anzugeben weiß und das *"Interesse an Macht, Geld und Parteiposten"* beklagt ("Spiegel"-Interview, 12.5.94), dann beweist sie nur, daß sie von der parlamentarischen Demokratie und dem realen "Stalinismus" demokratischer Parteien keine Ahnung hat. Was sie beklagt, hat mit SED-Vergangenheit beinahe nichts, mit der Realität der BRD-Parteien aber fast alles gemein. Wahrscheinlicher ist, daß sie noch schnell auf dem Zug der Hetzkampagne ein Stück mitfahren will. Zeitpunkt und Art der Veröffentlichung legen dies nahe. Der "Spiegel" war sich noch nie zu schade, jeden Kronzeugen gegen links (dutzendfach praktiziert gegen die Grünen, als es in dieser Partei noch Linke gab) zu Wort kommen zu lassen, auch wenn diese noch so viel Stuß zusammenstammelten.

Aber muß man vor diesem Hintergrund wählen? Wem die nationalistische Einsiedelei der PDS so nebensächlich erscheint wie ihr Sozialdemokratismus, wer auch noch ihre Mittelstandsvereinigung "Unternehmerverband Friedrich Engels" schlukken will, dazu noch die unvermeidliche "Ökologische Plattform"; wer möglicherweise die Existenz einer "Kommunistischen Plattform" sympathisch findet, die just jene Ideale inklusive des Nationalen pflegt, die Kommunisten tunlichst ablegen sollten; wem einige bunte und autonom redende junge Genossinnen in diesem Kontext imponieren; wer dafür sorgen möchte, daß wenigstens ein paar linke Abgeordnete im Parlament sitzen, um deren parlamentarische Möglichkeiten zu nutzen; wer meint, die PDS wählen zu müssen, weil es die anderen ärgert, oder aus Solidarität wegen der Haßkampagne (warum hat der dann nicht auch zeitig aus Solidarität mit der RAF den bewaffneten Kampf unterstützt?); wem ein weiterer Schub Linker, die sich ihrer reformerischen Anspruchslosigkeit hingeben und sich am Spiel, noch ein paar durch den Wind gezogene Linke zu integrieren, beteiligen will; wer aus all diesen Gründen PDS wählen will, soll es tun und wird sich durch Argumente nicht aufhalten lassen.

## Kopflosigkeit

Nur, was das mit linker Politik zu tun hat, warum sich aus der PDS eine neue Perspektive für linke Politik und Theorie sowie für sozialen Widerstand ergeben soll, bleibt schleierhaft. Im Kern wie im Umfeld der PDS ist überdeutlich all das angelegt, was der Entwicklung radikaler linker Politik hinderlich sein kann: ihr (Links)Nationalismus, ihre Verantwortungsrhetorik und Konstruktivität, als sei sie die Staatspartei, ihr von Grünen und SPD nicht unterscheidbarer reformerischer Impetus auf der einen Seite; und andererseits ein linker Flügel, der in Trotz gegenüber der westdeutschen "Bestimmungsmacht" verhaftet, immer noch der DDR und ihren "verpaßten Chancen" deswegen nachtrauert, weil ihr Wesen sozialistisch und nicht Deutschland schwächend gewesen sei. Für das Gros der PDS ist, weil nationalistisch, noch immer der reale Sozialismus der DDR, statt die Schwächung (oder Nicht-Stärkung) Deutschlands das wesentliche Argument gegen die Wiedervereinigung.

Der vielfach praktizierte pragmatische Umgang mit der Stimmabgabe möchte ja noch angehen, wenn die Wahl eine erkennbar gegen den politischen Mainstream gerichtete Entwicklung zu stärken verspräche, die den Boden für linke Politik verbessern könnte. Diesen Opportunismus haben Linke (darunter auch ich und viele aus dem KB kommende Gruppe-K-Menschen) jahrelang gegenüber den Grünen geübt, immer in der wohlmeinenden Absicht, "das linke Element" darin stärken zu können. Das Gegenteil ist eingetreten: das Gros der Linken hat sich – unter der Vorgabe, nicht im sektiererischen Abseits landen zu wollen und irgendwie doch noch Einfluß zu nehmen – zunehmend verstaatlicht. Es gibt nicht das geringste Anzeichen – weder in ihrem parlamentarischen, noch im außerparlamentarischen Agieren –, daß die PDS und ihre Linken einen anderen Weg gehen könnten. Im Gegenteil: allein die vereinte Abwehrfront der Konsensdemokraten hindert die Partei daran, schneller als es (den wegen der Zähigkeit ihrer Linken gehemmten) Grünen vergönnt war, überall am Geschäft der demokratischen Verwaltung der Bürger teilzuhaben.

Wahlen haben die Funktion, dem staatlichen Souverän für vier weitere Jahre freie Hand zu lassen. Demokratische Opposition legitimiert diese als "Korrektiv". Veränderung beginnt nicht mit (parlamentarischer) Opposition, sondern umgekehrt ist diese im parlamentarischen System und seinen Spielregeln Garant dafür, daß sich nichts verändert. Es gibt nur wenige Konstellationen gesellschaftlichen Umbruchs, in denen dieses Wechselspiel gestört sein könnte, und auch die können nur vorübergehend sein, sonst würde die Entwicklung auf eine revolutionäre Situation hinlaufen.

Es lohnt in der jetzigen Situation keine Kampagne gegen das linke Wählen. Es lohnt auch nicht, die Truppen der Linken, die wie der BWK, die VSP, die "KB-Mehrheit" oder die DKP und andere ihre "kritischen" Wahlaufrufe verabschieden, daran hindern zu wollen, ihrer Bestimmung nachzugehen. Es lohnt aber, jenem pragmatischen Umgang mit der Wählerstimme die Reflexion des eigenen Tuns aufzudrängen, der meint, aus guten Motiven das Falsche tun zu müssen.

"Die Stimme abgeben, nicht den Kopf!" hat die VSP ihren Wahlaufruf für die PDS überschrieben. Doch agiert jene Linke, die eine realistische Analyse der negativen Verhältnisse und Entwicklungen über Wahlaufrufe zu übertünchen sucht, so kopflos, daß ihr die Alternative vermutlich überhaupt nicht mehr zur Verfügung steht.

**Heiner Möller**

# Warum Dr. Strangelove ein Russe ist

## Anmerkungen zur sommerlichen Plutoniumhysterie

Wenn, wie in diesem Sommer, Geheimdienste und verdeckte Agenten den "Schmuggel" von Plutonium und eine sich daran aufhängende Aufregung im deutschen Blätterwald provozieren, bleibt der tatsächliche Ablauf der Dinge weitgehend verborgen.

Was uns im Moment lediglich zur Verfügung steht, ist eine Zusammenstellung von Einzelinformationen, deren Wahrheitsgehalt als relativ sicher betrachtet werden kann, sowie – wesentlicher! – die Kenntnis von den Kräften und Interessen, die im Hintergrund jener Plutoniumpolitik wirksam sind und die diese bestimmen.

Ein relevantes Interesse der deutschen Außenpolitik besteht z.B. darin, den Einflußbereich der anderen europäischen Großmacht zu schwächen. "Rußland ist keine Supermacht. Rußland ist ein Entwicklungsland", schrieb 1992 Werner Adam, der FAZ-Ressortleiter für Außenpolitik in einem ungewöhnlich traumtänzerischen Kommentar. (FAZ, 3.7.92) Gänzlich ignoriert wurde das russische Atomwaffenpotential, ohne dessen Zerschlagung Rußland eine militärische Supermacht bleibt. Der linksliberalen "Woche" blieb es im Zuge der Plutoniumhysterie dieses Sommers vorbehalten, ihre LeserInnen auf das diesbezügliche Interesse der deutschen Außenpolitik punktgenau einzuschwören: "Die Kontrolle und Vernichtung der nuklearen Erblast des Sowjet-Reichs" sei "das eigentliche Thema" des Plutoniumskandals: "Daß die Welt dem deutsch-russischen Agentenstück zuschaut, ist unbegreiflich. Müßte die globale Gefahr der nuklearen Erpressung nicht Top-Thema von Nato und Weltsicherheitsrat sein?" ("Die Woche", 25.8.94)

Die Abschwächung des nuklearen Statusunterschiedes ist freilich auch umgekehrt vorstellbar: Steigerung der deutschen nuklearen Kompetenz. Auch dafür ist Rußland gut. Zwar warnt alle Welt vor der Abwanderung russischer Spezialisten nach Nordkorea oder in den Iran. Niemand aber spricht von den Interessen, die Frankreich, Großbritannien, Japan und die Bundesrepublik an eben diesen Nuklearspezialisten und ihren Arbeitsgeräten haben. Etliche Jahre kostspieliger Forschungs- und Entwicklungsarbeiten kann sich dasjenige Land ersparen, dessen Geheimdienst die Mauern durchbricht, welche die russischen Atomwaffenzentren umgeben. Nur wird darüber, soweit es die westlichen Mächte betrifft, nicht gesprochen.

Typisch etwa die Argumentation des US-Experten Thomas Cochran, als bekannt wurde, daß im Flugzeug Moskau-München nicht nur 300 Gramm Plutonium, sondern zusätzlich fast ein Kilogramm Lithium 6 – dem Ausgangsstoff für die Wasserstoffbombe – gefunden worden war: Dieser Fund sei harmlos, denn die Technik der Wasserstoff-Bombe sei so kompliziert, daß sie Länder wie Nordkorea oder der Iran unmöglich beherrschen könnten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, weshalb das Bundeskanzleramt (nach Angaben des "Spiegel") alle mit dem Lithium 6-Fund befaßten Stellen zur Verschwiegenheit verdonnert hatte. Überflüssigerweise: H-Bombenmaterial in deutscher Hand macht uns keineswegs zu Opfern und taugt deutschen Journalisten somit weder zur Schlagzeile noch zum Kommentar.

Die Produktion von Lithium 6 erfolgt in militärischen Anreicherungsanlagen, ist äußerst aufwendig und dient ausschließlich dem Zweck, hieraus Tritium zu gewinnen, dessen Fusion mit Deuterium die Sprengkraft der Wasserstoffbombe bewirkt. Lithium 6 und Tritium werden nach Gramm bemessen. Alle Tritium-Produktionsreaktoren der USA zusammengenommen hatten 1981 beispielsweise eine Menge von insgesamt 2,8 kg Tritium produziert. (Nuclear Weapons Databook Vol.II) Kein Wunder also, daß Helmut Kohl die Anlieferung von fast 1 kg Lithium 6 in die deutschen Atomlabore zur "Chefsache" und zum Staatsgeheimnis erklären ließ.

### Atomachse Moskau-Berlin?

Rußlands Atomwaffenpolitik abwerten und die deutsche Nuklearoption anreichern – dieses Programm kann auf zweierlei Weise verfolgt werden, kooperativ oder einseitig operativ, wobei sich beide Methoden nicht unbedingt widersprechen.

Beginnen wir mit dem kooperativen Modell, dessen historischer Vorläufer die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee zwischen 1928 und 1932 ist. Man hatte Deutschland im Versailler Vertrag jede Beschäftigung mit modernen Kriegsmitteln (damals waren dies Kampfflugzeuge, Panzer und Gaswaffen) untersagt. Die Sowjetunion bot Deutschland die Möglichkeit, diese Waffen auf eigenem Boden zu entwickeln und zu testen, um zugleich den technischen Rückstand der eigenen Armee mit deutscher Hilfe wettzumachen. "Militärisch hatte das Deutsche Reich die Vorteile der Kooperation deutlich auf seiner Seite", resümierte 1994 das Freiburger Militärgeschichtliche Forschungsamt. Man habe hiermit "Schritt für Schritt die Voraussetzungen einer deutschen Rüstungsfähigkeit (ge)schaffen, um damit künftigen Reichsregierungen – welche es auch immer sein mochten – eine Option für moderne Streitkräfte zu eröffnen." ("Militärgeschichte" 1/94) Den Gedanken an ein Revival jener Zusammenarbeit, wenn auch unter gänzlich anderen Bedingungen, hatte Jelzin-Berater Wladimir Klimenko ins Spiel gebracht. Rußland sehe "in der Affäre um den Atomschmuggel den Versuch einer 'dritten Kraft', das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau zu belasten", schrieb am 24.8. die FAZ unter Bezugnahme auf Klimenko. Ihm zufolge habe jenes imaginäre Drittland den Versuch unternommen, "die Berliner Mauer zwischen den beiden Staaten wiederzuerrichten ... Nicht alle Staaten – und folglich auch nicht deren Geheimdienste – wollen eine Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland." Diese Aussage macht eigentlich nur dann Sinn, wenn man unterstellt, daß Rußland ungestört ein wenig Bombenmaterial gegen harte D-Mark hatte eintauschen wollen. Es liegt mir fern, zu bestreiten, daß Klimenko einfach nur dummes Zeug geschwätzt haben könnte, um gut' Wetter für die deutsch-russischen Beziehungen zu machen. Dennoch kann auch die genannte gewagte Hypothese Indizien für sich in Anspruch nehmen.

Wer hatte das Lithium 6 (sowie die weniger bedeutenden 300 g Plutonium) in Auftrag gegeben, wer hatte die Stoffe geliefert? Der Auftraggeber ist eindeutig identifiziert: Das Landeskriminalamt München, welches den "Schmugglern" nicht nur den Betrag von 70.000 Dollar pro Gramm Plutonium angeboten, sondern ihnen darüber hinaus versichert haben soll, "daß es beim Moskauer Zoll keine Probleme geben werde." ("Spiegel" 34/94) Über die Lieferanten hatte der bayerische Innenminister behauptet, diese würden in einer "hochrangigen Verbindung zum russischen Sicherheitsapparat stehen." (FAZ, 16.8.) Wenn diese Information zutreffen sollte, wäre der Kern der Sache klar:

Teile des russischen Staatsapparats verschieben Bombenmaterial an Teile des deutschen bzw. bayerischen Staatsapparats. Den Staatsagenten bleibt es im Prinzip freigestellt, zu entscheiden, ob sie das Lithium einkassieren und "Skandal" brüllen oder im Vertrauen auf weitere Lieferungen still und heimlich den hierfür zugedachten Preis bezahlen. Für Klimenkos Behauptung der Einmischung einer dritten Macht gibt es meines Wissens bis heute nur ein winziges Indiz: Während in den deutschen Medien stets von drei "Schmugglern" die Rede war, wußte die *International Herald Tribune* von einem vierten Mann zu berichten, der die Flucht ergriffen und sich in Frankreich abgesetzt haben soll. (IHT, 16.8.) Frankreich als jene Drittmacht anzunehmen, würde immerhin einen Sinn ergeben. Am Quai d'Orsay, dem Sitz des französischen Außenministeriums, wird seit Rapallo die deutsch-russische Option als ein erstrangiger außenpolitischer GAU interpretiert, den es mit allen Mitteln zu verhindern gilt. Im Bundeskanzleramt ist man sich andererseits wiederum perfekt darüber im klaren, daß schon der Anschein einer Atomachse Moskau-Berlin die französische Bereitschaft zu Zugeständnissen im Bereich der Atomachse Bonn-Paris, jenem Schäuble'schen "Kernbereich" der Europäischen Union, erheblich zu befördern in der Lage ist. Es folgt aus all diesen Überlegungen, daß die Hypothese vom realen oder imaginären Anknüpfen an die Politik der 20er Jahre nicht vorschnell als Schimäre denunziert werden darf – für eine deutsche Großmachtpolitik, die auch nuklear noch etwas werden will, ist dies immerhin eine Option.

## Deutsche Kontrolle über russische A-Waffen?

Wahrscheinlicher ist, daß der "Schmuggel" nach München initiiert wurde, um Rußland hinsichtlich der Öffnung seines Atomwaffenkomplexes auch für deutsche Stellen unter Druck zu setzen. Bonn ist hier weder der einzige, noch ein besonders aussichtsreicher Interessent: Hinter der Sorge der westlichen Atommächte um das nukleare Erbe der Sowjetunion steckt zuvörderst der Wunsch nach Kontrolle und einseitiger Neutralisierung der zweitgrößten Nuklearармада der Welt. Die nuklearen Emporkömmlinge Tokio und Bonn, die an der Aufteilung der russischen Atomwaffenwelt teilzuhaben besonders interessiert sind, haben die schlechteste Startposition: "Nach strenger Auslegung des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) sind nur Nuklearmächte berechtigt, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bei der Abrüstung ihrer Atomwaffen technische Hilfe zu leisten", schimpfte am 5.2.1992 die FAZ. An deutschen Versuchen, jene "strenge Auslegung" zu umgehen, mangelte es allerdings nicht.

Beispiel Nr.1: Als François Mitterrand im September 1991 die europäischen Atommächte Frankreich, Großbritannien, Rußland und die USA zu einer gemeinsamen Konferenz über die Zukunft der ehemals sowjetischen Atomwaffen an einen Tisch holen wollte, fuhr ihm die Bundesregierung in die Parade: "Germany, which has no nuclear weapons of its own ... is also seeking an invitation to the conference", schrieb am 30.9.91 die IHT. Das Mitterrand-Projekt scheiterte damals an den USA, die den Affront gegenüber der BRD scheute.

Das Beispiel Nr. 2 stammt aus dem Frühjahr 1992. Damals hatten sich Teile der Bundesregierung darum bemüht, ausgemustertes russisches Waffenplutonium nach Hanau zu lotsen, um hieraus MOX (= Mischoxid) -Brennelemente zu fertigen. Deutsche Statusanreicherung war auch hier das ausschlaggebende Motiv: Man wolle neben den USA, Frankreich und Großbritannien eine "angemessene Rolle" bei der Reduzierung der sowjetischen Atomwaffenvorräte eingeräumt bekommen, hatte damals ein Regierungsbeamter gegenüber der US-Zeitschrift Nuclear Fuel erklärt. (NF, 27.4.92) Dieser Plan scheiterte an den USA: Der Atomwaffensperrvertrag lasse ein solches Engagement, so Washington, nicht zu. In den Augusttagen der jüngsten Plutoniumhysterie wurde eben dieses Projekt von einem Führungskader der deutschen Atommafia, Klaus Knizia, neu aufgewärmt. "Das kernwaffentaugliche Plutonium aller Länder sollte ... in politisch stabile Staaten gebracht und dort zu Kraftwerksbrennstoff verarbeitet werden", forderte Knizia und fügte – die USA-Leviten von 1992 noch im Ohr – hinzu, daß "zu diesem Zweck im nächsten Jahr der Kernwaffensperrvertrag geändert werden (müßte)". (FAZ, 30.8.94)

Niemals zuvor aber hatte die Bundesregierung die vermeintliche Notwendigkeit einer deutschen Mitkontrolle über den russischen Atomwaffenkomplex so unverblümt formuliert, wie in diesem Sommer. Weder war es ein Zufall, daß jene 300 g Plutonium in die Bundesrepublik gelangt waren (BND und bayerisches LKA hätten es genausogut schon in Moskau abfangen lassen oder in jedes x-beliebige Land dirigieren können), noch ist es ein Zufall, daß die Behauptung, das Material entstamme russischen Militäreinrichtungen, hierzulande niemals auch nur dem geringsten Zweifel ausgesetzt gewesen ist. Der diesbezügliche Widerspruch der russischen Regierung wurde als Schutzbehauptung und blanke Lüge diskreditiert und der Widerspruch der USA vom 17.8. (nachgedruckt im Rundbrief der Bonner US-Botschaft vom 22.8.94) komplett ignoriert.

## Die Kampagne ...

Auftakt für den jüngsten Vorstoß war ein BND-Bericht von Anfang 1994. Darin war davon die Rede, daß in Rußland "Personen aus Ministerien, Botschaften, Industrieunternehmen und Forschungsanlagen" in atommafiose Tätigkeiten eingeschaltet seien. "Es fehlen jedoch Beweise, daß dabei über Einzeltäter hinaus staatliche Stellen kriminelle Ziele verfolgen." (zit. nach: "Spiegel" 29/94) Da paßte es ganz gut, daß ein halbes Jahr später in der Garage des "Kaufmann" Jäckle 6 Gramm Plutonium (Pu) "gefunden" wurden, das wegen seiner ungewöhnlichen Zusammensetzung (99,7 % Pu 239) dem Militärbereich zuzuordnen war. Die Beteuerungen Jäckles, das Pu sei nicht über den Ostblock, sondern über andere Länder in die BRD gelangt ("Spiegel" 31/94) wurden ebenso ignoriert wie die Aussage des Sprechers des russischen Atomministeriums, demzufolge bei der Prüfung jener Pu 239-Probe "durch Teilnahme russischer Experten der Verdacht Rußland widerlegt worden" sei (FAZ, 17.8.). Fest in der deutschen Bevölkerung verankert wurde statt dessen ein Horrorszenario, demzufolge jene neue "Weltrevolution des Verbrechens" ("Spiegel") in Rußland seinen Ursprung hat und "die Sicherheit der BRD mehrfach bedroht" (so der BND lt. "Spiegel").

Die Kampagne wurde gesteigert, als Mitte August das bayerische Landeskriminalamt die von seinen V-Leuten georderte Lieferung in Höhe von 300 g Pu öffentlich machte. "Ich habe keinen Beweis, aber auch nicht den leisesten Zweifel, daß das Material aus Rußland stammt", erklärte der bayerische Innenminister im sicheren Bewußtsein, daß es für eine Schuldzuweisung gegenüber Rußland des Beweises eigentlich nicht bedarf. (FAZ, 16.8.) Nur die deutsche "Friedensforschung" fühlte sich berufen, die BND-Progaganda mit "wissenschaftlichen" Expertisen zu untermauern: Es sei "erwiesen, daß das hier gefundene Material aus Rußland stammt", schwindelte beispielsweise Annette Scharper von der Hessischen Stiftung für Friedens-und Konfliktforschung im Gespräch mit der taz. (taz, 16.8.94)

Während der deutsche Außenminister den Russen lediglich die Unfähigkeit zur Atomkontrolle unterstellte, sah sein Kollege, Staatsminister Schmidbauer, bereits Teile des russischen Staatsapparats in jenen Schmuggel verstrickt. Auf die naheliegende Frage, warum das von Bayerns Staatspolizei georderte Lithium und Plutonium nicht bereits unter Zuhilfenahme russischer

Stellen auf dem Moskauer Flughafen einkassiert worden sei, gab er die bemerkenswerte Antwort, daß die Bundesrepublik mit Rußland beim Kampf gegen den Atomschmuggel zwar kooperieren wolle, "sie befürchtet aber auch die Verquickung staatlicher Stellen darin". (taz, 20.8.94) Unter dem zurechtweisenden Titel "Eine Unordnungsmacht" forderte am 16.8. FAZ-Kommentator Werner Adam sogleich die gesamte "vom Atomschmuggel bedrohte Außenwelt" dazu auf, ihre Beziehungen gegenüber dem "so unberechenbar gebliebenen Rußland" zu überdenken: "Rußland kann nun einmal keine Ordnungsmacht sein, der es immer mehr Mitsprache in Sachen Nato, Balkan, G-7 und dergleichen einzuräumen gilt, solange es nicht sein eigenes Haus in Ordnung bringt", oder doch zumindest für die deutschen Stellen – aus Gründen der Ordentlichkeit, versteht sich – öffnet. Darauf jedenfalls kam es dem Bundeskanzleramt an. Man erwarte von Rußland, so Kanzleramtsminister Bohl, daß "neue konstruktive Schritte zum Ausbau der Zusammenarbeit in diesem früher teilweise strengster Geheimhaltung unterliegenden Bereich ermöglicht werden." (FAZ, 19.8.) Mit dem letzten russischen Soldaten auf deutschem Boden scheinen sich die 1992 noch präsenten Skrupel, hinsichtlich der deutschen Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag, vollständig verflüchtigt zu haben. Gedacht wird z.B. an den deutsch-russischen Aufbau eines Buchführungssystems mit dem Ziel, die russischen Plutoniumbestände in den Überwachungsbereich der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) zu überführen. (FAZ, 18. und 25. 8.) Oder man wünscht eine deutsch-russische Schwachstellenanalyse an einer russischen WAA mit "Modellcharakter für andere hochsensitive Anlagen", so Bohl. Der deutsche Finanzminister schlug für den Fall, daß Rußland hierbei nicht mitspielen wolle, deutsche Töne an: "Wir werden unsere finanzielle Hilfe für Rußland von Moskaus Bereitschaft abhängig machen, mit uns zusammen den internationalen Nuklearschmuggel zu bekämpfen", erklärte Waigel. (IHT, 22.8.94) Wo künftig die Grenzen jener "Zusammenarbeit" mit der russischen Atommacht gezogen werden sollen, ist offen.

Ob Rußland (und die als Sperrvertragspartner indirekt betroffenen USA) den deutschen Penetrationskurs mittragen werden, ist zu bezweifeln. Von der Forschheit des Moskaureisenden Schmidbauer war nach dessen Rückkehr jedenfalls nicht viel übriggeblieben. Im Gegenteil. Nach "angespannten Erörterungen" waren die deutschen Spurensucher, wie die FAZ monierte, "nicht nur mit leeren Händen aus Moskau heimgekehrt", Bonn wurde zugleich zum informationspolitischen Offenbarungseid genötigt: "Die Bundesregierung habe keine Beweise, daß das in Deutschland gefundene Material aus Rußland stamme", erklärte nunmehr Kanzleramtsminister Bohl. (FAZ, 25.8.)

Dieser Dämpfer aus Moskau ändert aber nichts an dem Tatbestand, daß die Bonner Kampagne von allen deutschen Medien mitgetragen und von den eher alternativökologisch Orientierten sogar noch radikalisiert worden ist.

## ... und ihr Wahrheitsgehalt

Gewiß ist Plutonium eine hochgefährliche Substanz. Wenn aber bespielsweise die FAZ, taz und "Die Woche" der in München gefundenen Menge von 300 Gramm das Äquivalent von 2,8 Milliarden getöteten Menschen gegenüberstellt, ohne die über 2,5 Tonnen Plutonium im Hanauer Staatsbunker auch nur zu erwähnen, geschweige denn gefährlich zu finden, geht es um etwas anderes als die objektiv vorhandene Gefahr. (1)

Gewiß kann der politische und ökonomische Zerfall in den GUS-Staaten dazu führen, daß mafiose Banden sich einzelner Atomwaffen oder derer Komponenten bemächtigen, um beispielloses Unheil anzurichten. Wenn die Befassung mit dieser denkbaren Gefahr allerdings zur Identifikation mit dem Geheimdienst eines Landes führt, dessen nukleare Eigenambition ebenso notorisch bekannt ist wie seine Bereitschaft, Faschisten und Diktatoren dieser Erde legal oder halblegal mit Atomwaffenbestandteilen aller Art zu beliefern (Südafrikas Botha, Brasiliens Caetano, Iraks Hussein, um nur einige zu nennen), dann wird der Bock zum Gärtner gemacht, dann gilt die Sorge nur der "falschen" Proliferation.

Bedrohungslüge und nationale Identifikation gehören zusammen. Die mit dem "Atomschmuggel" verbundenen "Gefahren" wurden zunächst ins Unermeßliche gesteigert und "German Angst" plus Sicherheitsbedürfnis künstlich geschürt: Die "Bedrohung der Weltgemeinschaft" sei "in eine neue Dimension geraten", erklärte feierlich der "Spiegel". "Apokalypse now – oder erst später?", fragte am 15. 8. die FAZ, "Apokalypse now" behauptete steif und fest drei Tage später "Die Woche". Bissingers linksliberale Zeitung nutzte beispielhaft die Chance, die nationale Kampagne affirmativ zu begleiten und zugleich – mit ökologisch gutem Gewissen, schließlich handelt es sich um Plutoniumkritik – zu radikalisieren. "Atomare Erpressung" lautet in der Ausgabe vom 18.8. die in gefährliches Rot gefaßte Riesenschlagzeile der "Woche". Der Untertitel bringt in Boenisch-Qualität alle Ängste auf den Punkt: "Der Plutoniumschmuggel aus Rußland wird immer bedrohlicher. Gangster, Terroristen und Diktatoren können die Welt als Geisel nehmen". Die in Panik schwelgenden Kommentare der Ressortleiterin für Außenpolitik, Sabine Rosenbladt ("Die schlimmsten Alpträume des Nuklearzeitalters werden jetzt wahr") ziehen eine Linie von "Nordkoreas aberwitzigen Atomkriegsdrohungen" (eine freie Erfindung der Autorin, die bereits für sich genommen die Beschwerde beim Bundespresserat verdient) zum "Stoff selber, in Terroristen- und Verbrecherhand", während der Hauptartikel, CSU-Minister Beckstein zustimmend zitierend ("... ist damit zu rechnen, daß dieses Zeug auch in Zukunft den westdeutschen Markt überschwemmt"), nicht nur die Symptome ("explosiv entwickelnder Atom-Schmuggel" in "immer atemberaubenderen Größenordnungen") sondern auch die Ursachen benennt: Die "schlampig bewachten Nuklear-Lager Rußlands". ("Die Woche", 18.8.94)

Eben diese Verbindung von Bedrohungsgefühl, Sicherheitsbedürfnis und nationaler Identifikation dürfte Arnulf Baring im Sinn gehabt haben, als er in seinem Plädoyer für deutsche Atomwaffen auf die Verletzlichkeit der BRD "schon wegen unserer Atomkraftwerke, die Gegner bombardieren könnten", verwies. "Bei unserem ausgeprägten, extremen Sicherheitsbedürfnis wird man gespannt sein können, wie die Debatte (über die nationale nukleare Abschreckung, M.M.), sobald sie einmal in Gang kommt, ausgeht. Wir sind ja extrem risikoscheu geworden."(Deutschland. Was nun? S. 210f.)

Bedrohungslüge und nationale Identifikation: Diejenigen, die wie "Die Woche" und taz deutsche Ängste entfachten, hatten gegen Schmidbauers Forderung, den BND "künftig im Ausland Nuklearmaterial aufzukaufen" zu lassen, keine Einwände artikuliert. Wolfgang Hoffmann fand es in der "Zeit" "nachgerade absurd, daß Beamte des Bundesnachrichtendienstes sich nach deutschem Recht strafbar machen, wenn sie Nuklearmaterial, das ihnen im Ausland zugespielt wurde, allein zu Prüfzwecken in die Bundesrepublik bringen."

"Grünes" Licht und ein Bravo für den Schmuggel, der nun beginnt: Was BND-Beamte aufkaufen, wird jedenfalls keinen "Terroristen und Diktatoren" mehr in die Hände fallen können.

**Max Müntzel**

**Anmerkung:**

1) Zur Funktion des Hanauer Staatsbunkers siehe: Matthias Küntzel, Bild, Bonn und die Bombe, Konkret 9/94; zur Bonner Atompolitik; ders., Bonn und die Bombe, Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Campus-Verlag 1992.

# Deutsche Drohung mit dem Sonderweg

## Zum Europa-Papier der CDU

Beginnen wir mit einem Nebenpunkt des Schäuble/Lamers-Papiers der CDU "Überlegungen zur europäischen Politik" vom 1. September. Im Schlußabsatz der 14 Seiten wird die Europa-Zustimmung der deutschen Bürger beschworen: *"Im Unterschied zu manchen wirklichkeitsfremden, juristisch-theoretischen wie politisch gefährlichen Beiträgen von leichtfertig und unkundig redenden Intellektuellen"* wüßten jene *"im Grunde sehr genau, daß die deutschen Interessen nur im Rahmen, im Raum und im Medium Europa verwirklicht werden können und daß dieses die Nation nicht nur nicht gefährdet, sondern sie in ihrem Grundbestand sichert, weil es ihre Zukunft sichert."* (S.14)

Also: das deutsch dominierte Europa nützt zuallererst Deutschland, lautet die eine frohe Botschaft. Alle anderen werden darauf verwiesen, daß sich bereits in der Vergangenheit *"die relative wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands nicht dominierend, sondern zum allseitigen Nutzen"* ausgewirkt habe (S. 3). Das werden die europäischen Partner für die Vergangenheit durchaus konzedieren, doch für die Zukunft – das wissen alle – geht es nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um politische und militärische Dominanz. Diesen deutschen Anspruch formuliert das CDU-Papier glasklar. Es ist kein Vorschlag zur Diskussion, sondern als Ultimatum formuliert und begründet.

Wer aber sind jene ominösen "leichtfertig und unkundig redenden Intellektuellen"? An anderer Stelle des Papiers wird die deutsche Westbindung und das Bündnis mit Frankreich gegen *"vor allem in intellektuellen Kreisen wiederauflebende Tendenzen eines deutschen Sonderweges"* verteidigt (S.10). In diesem Kontext sind die geschichtsrevisionsdürstenden, neurechten Westbindungs-Kritiker Zitelmann, Weissmann, Baring & Co. unschwer zu identifizieren. Was aber soll der Verweis in einem europäischen Strategiepapier auf solche hierzulande gemeinhin als isoliert geltende Sonderwegs-Vertreter?

Vielleicht beantwortet eine offenkundige Drohung an die europäischen Partner im Abschnitt *"Deutschlands Interesse"* diese Frage. Fast zwei Seiten (S.2-4) verwenden die Autoren darauf, den Wandel der Integration Deutschlands in den Westen seit 1945 vom Schutz Europas und der Welt *vor* Deutschland, über den Schutz *mit* Deutschland (gegen die Sowjetunion) zu beschreiben, um dann zum Kern, zum Schutz Europas und seiner Einflußsphären *durch* Deutschland, zu kommen: *"Eine stabile Ordnung auch für den östlichen Teil Europas (ist) ein besonderes Interesse"* Deutschlands, *"weil es aufgrund seiner Lage schneller und unmittelbarer von den Folgen östlicher Instabilität betroffen wäre."* Daher sei politische, militärische und wirtschaftliche *"Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn"* in das westeuropäische Nachkriegssystem für Deutschland die *"einzige Lösung dieses Ordnungsproblems"*, wird ultimativ geschrieben.

Denn sonst: *"Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden (!) oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein (!!), die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen (!!!). Das aber würde seine Kräfte bei weitem überfordern"* – wie schon zweimal in verlorenen Weltkriegen sichtlich geworden – *"und zugleich zu einer Erosion des Zusammenhalts der Europäischen Union führen, zumal die geschichtliche Erinnerung daran, daß die Ostpolitik Deutschlands in der Geschichte im wesentlichen im Zusammenwirken mit Rußland auf Kosten der dazwischenliegenden Länder bestand, noch allenthalben lebendig ist."* (S.3)

Im Klartext: Ihr Europäer habt nur die Wahl zwischen unseren Vorstellungen, mit denen *"Deutschland zur ruhigen Mitte Europas"* (S. 4) werden kann, oder dem unruhigen deutschen Sonderweg eigenständiger Ost- und Bündnispolitik, für dessen Folgen dann aber nicht Deutschland, sondern die Europäer die Verantwortung tragen. Erneut wird das konservative Geschichtsbild beschworen, daß dieses Land *"aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte"* (S.2) schicksalhaft ("Sicherheits*zwang*") dazu bestimmt sei, eine Großmacht zu sein. Schon während der Zwei-plus-vier-Verhandlungen 1990 um die volle Souveränität Deutschlands hatte Helmut Kohl davor gewarnt, Deutschland noch einmal ein "Versailler Diktat" aufzuzwingen: Europa habe ja gesehen, was dann dabei herauskomme...

So wie Kohl 1990 mit seiner Drohung jede Einschränkung deutscher Souveränität durch die Westmächte, sowjetische Ansprüche und polnische Forderungen nach Schutzgarantien vor Deutschland abzuwehren wußte, so ist das Kalkül der CDU-Europapolitiker, mit der Mobilisierung des deutschen "Gespensts" ihre hegemonialen Europavorstellungen im Sinne der "einzigen Lösung" durchzusetzen.

Was lernt uns das? Zunächst einmal, wie weit jener rechte Deutschlanddiskurs um Kritik der Westbindung und eine eigenständige Großmachtpolitik bereits in die herrschenden Eliten vorgedrungen ist, wenn es den vermeintlich isolierten Zitelmann/ Weissmann/Baring gelingt, eine solche Resonanz zu erzeugen. Anders gesagt: bei aller Abgrenzung der Schäuble & Co. wird die Sonderwegsdebatte als durchaus funktional angesehen. Man bekommt eine Ahnung von dem, was – jenseits von Veröffentlichungen – an strategischen Diskussionen um die Großmacht Deutschland bereits geführt wird. Denn: Mit der Drohung der "Stabilisierung Osteuropas in traditioneller Weise" wird den westlichen Partnern Mitsprache zu deutschen Preisen angeboten.

In ihrem Papier beschreiben Schäuble/Lamers die neue Situation seit der Wiedervereinigung: *"Nachdem der Osten als Aktionsspielraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt ist"* – also der *deutsche Zwang* besteht, die Verhältnisse dort zu ordnen –, und nachdem *"der Bewegungsspielraum für Deutschland derselbe ist wie für alle seine westlichen Partner"* – also niemand "uns" mehr an eigenständiger Großmachtpolitik hindern kann –, *"stellt sich die alte Frage nach der Eingliederung der Stärke Deutschlands in die europäische Struktur, die schon am Beginn des zunächst auf Westeuropa beschränkten europäischen Einigungsprozesses gestanden hatte, in neuer, ja, in ihrer eigentlichen Bedeutung"* (S.9). Nämlich: die "genuine" deutsche Aufgabe, den Osten zu durchdringen, soll zur europäischen werden, im Zentrum steht aber aufgrund seiner "Mittellage", Geschichte und Stärke Deutschland. Das ist die "Europäisierung des deutschen Sonderwegs" oder auch das "Angebot", für die Folgen nicht alleine haften zu müssen wie 1918 und 1945.

### Deutscher Euro-Imperialismus

Wer soll den Verfassern eigentlich glauben, wenn sie schreiben, ihr Sicherheitskonzept für Europa strebe *"eine grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems an, ... in dem Hegemonie weder möglich noch erstrebenswert erscheint"* (S.2)? Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die EU zum *"maßgeblichen Ordnungsfaktor des Kontinents"* machen (S.2) und verhehlt den deutschen Hegemonieanspruch nur schlecht. Ihr Konzept ist imperialistisch und keineswegs erstlinig auf einen harmonisch gestaffelten Wirtschaftsraum "va-

riabler Geometrie" ausgerichtet, vielmehr auf militärische und polizeiliche Sicherung deutschen und europäischen Einflußgebiets mit globaler Interventionsperspektive. Die vielbeschworene Stabilität in Osteuropa geht vor allem von Absicherungsüberlegungen aus. *"Migration"* und *"Zivilisationskrise"* werden in einen Zusammenhang gebracht, weswegen die Staaten Osteuropas *"in die innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit in den Bereichen Ausländer-, Migrations-, Asyl- und Visapolitik sowie mit EUROPOL"* einbezogen werden sollen (S.14).

Militärisch beanspruchen Schäuble/Lamers die Sicherung der europäischen Südflanke gegenüber dem Maghreb und erklären Stabilität im Mittelmeerraum zum Problem nicht nur der Anrainer, sondern zum *"grundlegenden Interesse"* Deutschlands (S.11). Für die Südostflanke wird die *"strategische Partnerschaft mit der Türkei"* beschworen (S.11). Vor allem wird die im NATO-Bündnis umstrittene militärische Integration Osteuropas zum Essential erklärt, denn einerseits sollen die osteuropäischen Staaten politisch und ökonomisch in der EU gebunden werden, andererseits gehe dies nur, wenn *"der sicherheitspolitische Status in einer Gemeinschaft von Staaten, die sich als Union versteht, ...derselbe"* ist (S.12). Also: NATO-Ausdehnung bis an die russische Grenze oder "deutscher Sonderweg".

Schließlich – die sensibelste Frage – wer tritt militärisch an die Stelle der USA in Europa? *"Europa muß im nichtnuklearen Bereich den Hauptbeitrag zu seiner Verteidigung selbst leisten"* (S.12). Das bedeutet *"Neugestaltung der Beziehungen zwischen WEU und NATO"*, die den *"Europäern ein eigenständiges Handeln unter Nutzung der NATO-Mittel und von Teilen der NATO-Stäbe ermöglicht"*, perspektivisch *"die Umwandlung der NATO in ein gleichgewichtiges Bündnis zwischen den USA und Kanada und Europa als handlungsfähige Einheit"* (S.12). Das ist der *Anspruch* auf eine gleichberechtigte militärische Weltmachtposition neben den USA, der – wie alles, was Konkurrenz meint (z.B. das Verhältnis zu Rußland) – als "Partnerschaft" formuliert wird, für die sich in diesem Fall jederzeit unterstützende Zitate aus Clintons Berlinrede vom Juni finden lassen.

Erst vor diesem Hintergrund erschließt sich die Bedeutung des *"Kerneuropa"*, das in der Verbindung mit dem modischen Schlagwort der *"variablen Geometrie"* so viel Furore verursacht hat. Während letzteres nur mit einem neuen Wort benennt, was EU-Essential ist, nämlich daß ein wirtschaftliches Europa "unterschiedlicher Geschwindigkeiten" den ökonomischen Unterschieden eher gerecht wird, bedeutet ersteres die Abschaffung formaler politischer Gleichberechtigung in der EU zugunsten des Führungsprinzips und Straffung der Leitungsstruktur in Europa. Mit den Worten des CDU-Papiers: *"Demokratisierung der europäischen Willensbildung"* durch *"die bessere Balance zwischen dem Prinzip der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Mitgliedsländer einerseits und dem der Proportionalität zwischen Stimmengewicht und Bevölkerungszahl andererseits"*. Daß "wir" mit 80 Millionen Einwohnern gegenüber den kleineren europäischen Partnern unterrepräsentiert seien, wurde gleich nach der deutschen Vereinigung angemerkt. Neben der Gewichtsverschiebung wird ein *"verfassungsähnliches Dokument"* für Europa gefordert, das das *"Einstimmigkeitsprinzip"* in der EU zugunsten einer Lösung *"aufhebt, indem die Länder, die in ihrer Kooperation und in der Integration weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere, nicht durch Veto-Recht anderer Mitglieder blockiert werden dürfen."* (S.6)

Mehr Handlungsfreiheit für das "Kerneuropa" aus Deutschland, Frankreich, und den BENELUX-Ländern meint vor allem Ellbogenfreiheit für *"den Kern des Kerns"*, den die CDU-Politiker hervorgehoben haben – Deutschland und Frankreich –, während die Einbeziehung der BENELUX-Länder weniger deren politische Mitsprache meint, als es den unverhohlenen Führungsanspruch mildern soll: die Länder sind politisch unbedeutend, ökonomisch stark und sozial relativ stabil. Das CDU-Modell ist eine Klassifizierung der europäischen Länder untereinander und damit eine Abkehr von der bisherigen europäischen Gemeinsamkeit. Vom "natürlichen" Gefälle, das sich aus der ökonomischen und politischen Unterschiedlichkeit der Staaten ergibt, unterscheidet sich das CDU-Modell, indem es erstens die Kriterien dieser Klassifizierung nach deutschem Interesse setzen will, und indem es zweitens durch Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips bisherige Interventionsmöglichkeiten unbotmäßiger (vor allem Großbritannien) oder kleinerer Staaten real beschneidet.

Auch wenn das CDU-Programm europaweite Proteste hervorgerufen hat, die in der Regel den deutschen imperialen Anspruch verfehlt haben (Beispiel, Italiens Regierung: nehmt uns in den Kern auf, dann sind wir einverstanden), wird immer deutlicher, daß Großdeutschland die europäischen Markierungen setzt.

## Frankreich im deutschen Griff

Was aber macht in dem Zusammenhang die deutsch-französische Achse aus? Die *"germanische Grobheit"*, mit der "Le Monde" das Papier betitelt hat, ist hierzulande heruntergespielt worden. Tonfall und Zeitpunkt der Veröffentlichung werden vor allem als verunglückt dargestellt. Ansonsten wird in der Substanz Übereinstimmung mit Premierminister Balladur behauptet, der wenige Tage vor dem CDU-Papier in "Le Figaro" sein Konzept vom "Europa der drei Geschwindigkeiten" formuliert hat. Diese Übereinstimmung gibt es aber nur in einigen Punkten, nämlich in den Fragen der deutsch-französischen Dominanz und eines Europakonzepts unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Die erste deutsche Zumutung an den französischen "Kern des Kerns"-Partner ist die ultimative Aufforderung, bis zum Jahre 2000 die Osterweiterung von EU und NATO anzugehen, die mit der zweiten – vor allem ökonomischen – Zumutung verknüpft ist: die französische Blockade in der Industrie- und Handelspolitik sowie der Agrarpolitik aufzugeben, um die Integration zu gewährleisten. Drittens wird schließlich gefordert, die damit verbundene Stärkung der politischen Stellung Deutschlands zu akzeptieren. Durch die Osterweiterung wird Deutschland zu Lasten Südeuropas (Spanien, Griechenland, Portugal) und Irlands gestärkt und die Ausdehnung der EU auf Skandinavien und Österreich – auch das vor allem deutsche Projekte – macht es tatsächlich zum nicht mehr nur ökonomischen Machtzentrum Europas. Im nächsten deutschen Europapapier müßte dann nur noch "Kerneuropa" offen um den Kern des Kerns des Kerns gruppiert werden: Deutschland.

Daß *"die deutschen Interessen nur im Rahmen, im Raum und im Medium Europa verwirklicht werden können"* (s.o.), bedeutet die Rückkehr zu den *Europastrategien des deutschen Kapitals* seit Ende des letzten Jahrhunderts, die im zweimaligen Griff zur Weltmacht gescheitert sind. Auch der dritte *Griff zur Weltmacht* beansprucht Europa als deutschen Rahmen, deutschen Raum und deutsches Medium, als Mittel und Mittler deutscher Interessen. Es ist zu befürchten, daß diese Botschaft zwar gehört, aber nicht beachtet wird, weil alle darauf setzen, am Kuchen teilzuhaben, und die, die dies nicht können, zu schwach sind, dem Prozeß zu widerstehen.

Alt-Außenminister Genscher hat den "Genscherismus" der deutschen Außenpolitik mit seiner Intervention in Jugoslawien und der Anerkennungspolitik selber zu Grabe getragen. Ging es im Wortspiel um reale Folgen, als er im "Spiegel" sagte: *"Die Unterscheidung innerhalb der EU zwischen Kernstaaten und Restgemeinschaft führt zur Kernspaltung"*? (12.9.94) Die nukleare Option deutscher Großmachtpolitik im europäischen Gewand wäre der absehbar nächste Schritt nach der Logik des Schäuble/Lamers-CDU-Papiers...

**Heiner Möller**

Alle Zitate aus: CDU/CSU-Fraktion, Überlegungen zur europäischen Politik, 1.9.94; die Seitenzahlen beziehen sich auf die Fassung für die Presse.

# Halluzi-Nation

## Linksnationalismus in Geschichte und Gegenwart

**Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das Jürgen Elsässer im August 1994 auf einer Streitveranstaltung mit der PDS, veranstaltet von der Wunsiedel-Vorbereitungsgruppe, in Leipzig gehalten hat. Wir danken dem Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.**

Die Namen Christine Ostrowski, Johann Scheringer und Heinrich Graf von Einsiedel stehen stellvertretend für eine gefährliche Aufweichung der PDS gegenüber rechtsradikalen Tendenzen... Daß es sich hier um einen dynamischen Prozeß handelt, dessen Ende nicht ausgemacht ist, beweist die Reaktion der Parteiführung: Christine Ostrowski und Johann Scheringer wurden für ihr rechtes Techtelmechtel von der Parteispitze noch kritisiert, Graf Einsiedel wurde dagegen verteidigt und seine Kandidatur gegen teilweise massiven innerparteilichen Widerstand regelrecht durchgeholzt. Typisch war dabei, und damit sind wir beim Kern des Problems, daß diese Verteidigung der Einsiedel-Kandidatur nicht begründet wurde mit den tadellosen anti-nationalistischen Taten des Grafen – immerhin hat er im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Roten Armee gegen Deutschland gekämpft –, sondern daß sie begründet wurde mit Verweis auf seine pronationalistische Weltanschauung.

In ihrer Philippika zur Verteidigung der Einsiedel-Kandidatur nehmen Gysi, Bisky und einige andere sogar positiv Bezug auf Einsiedels Deutschnationalismus: "Für so einen ist die deutsche Nation ... nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg." Damit sind wir beim Thema "Die Linke und die Nation", denn mit dieser Erklärung Pro-Einsiedel haben die PDS-Oberen die Wurzeln der deutschen Nation fast so tief in der Geschichte vergraben wie es dem populären Mythos von der tausendjährigen Geschichte des Deutschen Reiches entspricht.

### Der Mythos vom tausendjährigen deutschen Reich

Nach diesem Mythos, der uns in Ost wie West in den Schulbüchern weisgemacht wurde, soll das "Heilige Römische Reich deutscher Nation" im Jahre 919 gegründet worden sein. Genau das aber ist eine Geschichtslüge: Was von Heinrich und Otto I. im zehnten Jahrhundert gegründet wurde, war das "Imperium Romanum", also die vermeintliche Wiedererweckung des "Römischen Reiches". Erst 1157 erhielt es den Zusatz "Sacrum", also Heiliges Römisches Reich, und erst 1442 den Zusatz "nationis germaniae", also Heiliges Römisches Reich germanischer Nation. Und vom "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" war sogar erst ab 1512 die Rede. Und diese Umbenennung hat aus der Bevölkerung dieses Reiches noch lange kein Volk gemacht: Das Deutsche Reich war bis zu seinem Untergang durch Napoleon 1806 eine Art Vielvölkerstaat, es herrschte ein buntes Gemisch von Kulturen und Sprachen. Die Unterschichten waren regional organisiert und sprachen z.B. regionale Dialekte, die Oberschichten waren supranational organisiert in den europaweiten Adelsdynastien. Eine nationale Organisationsform von Bevölkerung gab es im Mittelalter nicht, und soweit sich Ober- und Unterschichten aufeinander bezogen, war ihr Identitätsfocus nicht die Nation, sondern die Religion, das Christentum. Aus diesem Grund wurde der Begriff "deutsch", etwa im Namen "Reich deutscher Nation", das ganze Mittelalter hindurch nur als Adjektiv gebraucht. Das Hauptwort "Deutschland" wurde bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht verwendet, statt dessen ist die Rede von den "deutschen Landen", was, wie gesagt, auf die Nichtexistenz einer Nation und eines Nationalstaates hinweist.

Die neue Wirtschaftsweise, der Kapitalismus, erforderte aber großräumige Wirtschaftseinheiten und sprachlich einigermaßen homogene Produzenten, und deswegen mußte an die Stelle der zerrissenen Großreiche ein einheitlicher Nationalstaat treten. Das heißt, Nationen gab es bis zur Neuzeit nicht, sie wurden gemacht, und zwar von den neuen Staaten des Bürgertums. Die Mittel dazu waren das Militär und der Schulzwang, sie machten aus relativ chaotischen Unterklassen relativ disziplinierte Untertanen, ein Staatsvolk eben, die Nation. Und dabei fielen, nicht nur in Deutschland, sondern überall, allerdings nicht überall so schnell und so gründlich wie in Deutschland, die Juden durchs Raster: Man mißtraute ihnen, wenn sie zur Nation gehören wollten, sie waren verdächtig, weil sie internationale Verwandtschaftsbeziehungen und internationale Geschäftsbeziehungen hatten, und weil sie – und hier spielt der religiöse Antijudaismus eine Rolle – als "die Andersartigen" schon seit dem Mittelalter stigmatisiert waren. Der Jude war als "ewiger Wanderer" verschrien – wie sollte man mit ihm eine bodenständige Nation formen können?

Nationen gibt es also nicht, sie wurden gemacht und sie werden weiter gemacht, es sind politische Konstruktionen und kollektive Halluzinationen, es sind Mythen, und überall ist ihnen der Antisemitismus eingeschrieben. In Deutschland kommt allerdings noch etwas hinzu, und deswegen habe ich das entsprechende Kapitel in meinem Buch überschrieben "Die deutsche Nation – Mythos und Alptraum." (1) Im Unterschied zu Frankreich beispielsweise bildete sich hierzulande die Nation nämlich nicht als Kampfbündnis des Dritten Standes gegen den Feudaladel heraus; sondern sobald die Rede von der deutschen Nation war, also etwa von den sogenannten Befreiungskriegen gegen Napoleon Bonaparte ab, definierte man sie biologisch-völkisch: das deutsche Blut, die deutsche Seele und ähnliche Wahnideen. Für die Juden war das ein wichtiger Unterschied: Während ihnen die französische Revolution sofort die volle Gleichstellung brachte, führte jeder Anlauf zur Konstruktion einer deutschen Nation zu ihrer Verfolgung. Zugespitzt könnte man formulieren: Die deutsche Nation bil-

dete sich in Abgrenzung zu den Juden und den Franzosen, die französische Nation in Abgrenzung zum Adel. Der französische Nationenbegriff ist politisch definiert, im ius soli: Jeder gehört zur Nation, der im französischen Nationalstaat geboren ist. Im Gegensatz dazu ist der deutsche Nationenbegriff – im ius sanguinis – vorpolitisch und völkisch definiert: Die Nation existiert nicht im Nationalstaat, sondern unabhängig davon in irgendeiner metaphysischen Blutseigenschaft, weswegen der Deutschnationale Landsleute auch jenseits der Staatsgrenzen und weit vor der Nationalstaatsgründung entdeckt, was nach dem französisch-westlichen Nationenbegriff unmöglich ist. Genau in diesem Punkt fällt der PDS-Mythos von der Geburt der deutschen Nation "in der Kemenate von Junker Jörg" nicht nur hinter den linken Internationalismus zurück, sondern selbst hinter den Nationenbegriff des aufgeklärten Bürgertums in Frankreich und anderswo. Wer für das tiefste Mittelalter eine deutsche Nation erfindet, der halluziniert und der verbreitet Blut und Boden.

## Linker Nationalismus mit Tradition

Leider können sich die Einsiedelianer in der PDS dabei aber durchaus auf Traditionen des Marxismus in Deutschland berufen.

Denn Marx' Satz "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" prägte die deutsche Arbeiterbewegung allerdings in der Praxis nicht besonders stark, und wurde durch die pro-preußischen Traditionen von Lassalle von Anfang an geschwächt. Die Zustimmung der SPD zum 1. Weltkrieg machte das Verfaulen des Internationalismus lediglich offenkundig. Aber auch die sich aus den Trümmern der Sozialdemokratie erhebende kommunistische Bewegung hielt es in der Frage Internationalismus nicht mit Marx. Kurzerhand veränderte sie seine berühmte Losung aus dem "Kommunistischen Manifest", nach dem Komintern-Kongreß von Baku von 1921 lautete sie "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!"

Was aber ist das, ein unterdrücktes Volk? Sind die Kroaten ein unterdrücktes Volk, weil sie in der jugoslawischen Staatsbürokratie nicht so zahlreich vertreten waren wie die Serben? Oder sind die Serben ein unterdrücktes Volk, weil man in Zagreb und Ljublana einen höheren Lebensstandard genoß als in Belgrad? Die Unmöglichkeit, die Kategorie "unterdrücktes Volk" anders als subjektiv zu bestimmen, das heißt der Willkür Tür und Tor zu öffnen, mußte dazu führen, daß irgendwann auch die Deutschen – Meister im Selbstmitleid – diese Formel für sich entdeckten. Und die Kommunisten – solcherart ideologisch entwaffnet – sind darauf hereingefallen. Die fatalen Folgen der nationalrevolutionären Politik der deutschen Kommunisten möchte ich an ihren drei Hauptphasen veranschaulichen, den Jahren 1923/24, den Jahren 1930 bis 1932 und dem ersten Nachkriegsjahrzehnt.

## Der "Schlageter-Kurs"

1923 hatte Frankreich das Ruhrgebiet besetzt, bürgerliche Parteien sowie SPD und KPD propagierten den passiven Widerstand, die militante Rechte organisierte Terror und Sabotage gegen die Besatzungsmacht. Dabei wurde der Nationalsozialist Albert Leo Schlageter verhaftet und von den Franzosen hingerichtet. Die KPD versuchte, die reaktionäre Empörung für ihre Politik zu nutzen, der Komintern-Beauftragte Karl Radek propagierte den "Schlageter-Kurs": "Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden. (...) Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes", phantasierte Radek (2). In dieser Phase versuchte die KPD selbst mit dem Antisemitismus ins politische Geschäft zu kommen. Ruth Fischer, KPD-Vorsitzende in der "linken" Periode 1924-1926, wagte sich auf faschistische Veranstaltungen und agitierte dort: "Wer gegen das Juden-Kapital aufruft ... ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß ... Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie! Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?" (3) Die KPD-Zentrale stoppte den Kurs erst, als manche Bezirksgrößen auf Plakaten neben den Sowjetstern das Hakenkreuz brachten und zu Streitgesprächen zwischen völkischen und kommunistischen Rednern einluden (4).

## Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Nach dem Durchbruch der Weltwirtschaftskrise griff die KPD im August 1930 die nationale Phrase wieder auf. Für die Reichstagswahl verfaßte sie ihr "Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" und bemühte sich, in der Agitation gegen den Versailler Vertrag die Nazis noch zu übertrumpfen: Das "Schanddokument nationaler Versklavung", der "Raubvertrag" mache Deutschland zum Opfer der westlichen Imperialisten. Die KPD akzeptiere kein Stück der Gebietsabtretungen – nicht Danzig und nicht Südtirol – "an andere nationale Staatsgebilde", keine Grenzanerkennung "ohne Zustimmung der werktätigen Massen". "Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, ...daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären." In Abgrenzung gegen die anderen Parteien versuchte sich die KPD als die einzig nationale Kraft zu profilieren: "Hitler und seine Partei (haben) die nationalen Interessen ... Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat." Parallel zur verschärften Frontstellung gegen die "sozialfaschistische" SPD hielt der nationalistische Kurs bis 1932 an. Erst die Machtübertragung an Hitler am 30.1.1933 machte dieser Anbiederung ein jähes Ende.

## Nach 1945: für die deutsche Einheit

Durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition hätten die Kommunisten die einmalige Chance gehabt, in der SBZ einen Staat zu gründen, der mit der bürgerlichen Legitimation seiner Begründung – der Nation – rigoros bricht. Doch dem deutschen Imperialismus einen Teil seines Territoriums zu entreißen und darauf eine vorgeschobene Operationsbasis des internationalen Antifaschismus aufzubauen – das war der SED nicht gut genug. Statt dessen versuchte sie, Antifaschismus mit Deutschnationalismus zu kombinieren. Erneut bildete man sich ein, mit der "deutschen Karte" einen Trumpf in der Hand zu haben.

Auf Initiative der SED startete Ende 1947 die "Volkskongreßbewegung" für die deutsche Einheit. Nach Gründung beider deutscher Staaten 1949 überschwemmte die DDR-Volkskammer den Westen mit Angeboten zur Wiedervereinigung (die Gesamtzahl beläuft sich auf über 100). Zu Jahresbeginn 1952 präsentierte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland ("Stalin-Note"), der nicht nur ein einiges Deutschland vorschlug, sondern überdies noch dessen Remilitarisierung anbot und sie lediglich von einer Bedingung abhängig machte: der Neutralität.

Synchron dazu entwickelte die KPD ihre Linie der nationalen Befreiung des "kolonialen Ausbeutungsprojektes" BRD aus den Klauen der Westmächte. Während die KPD ansonsten die SED-Vorgaben fast

buchstabengetreu übernahm, versuchte sie ausgerechnet in der nationalen Frage Eigenständigkeit zu demonstrieren: Bis zum Jahre 1949 propagierte sie nicht nur die Wiedervereinigung, sondern auch die "Heimholung" der abgetrennten Ostgebiete.

## Kulturspießertum und Antisemitismus

Flankiert wurde die Nationalismus-Offensive durch einen spießigen Kulturkampf. So wurde die Faust-Oper, die Hanns Eisler 1951/52 ausgearbeitet hatte, von der SED unter Verschluß genommen. Begründung: Dem Eisler-Text fehle "die Liebe zum deutschen Volk".(...) Das ist wiederum ein Resultat jener Propaganda, die (...) nicht erkennt, daß der Patriotismus kein taktischer Winkelzug ist, sondern daß das ein unlösbarer Bestandteil des Kampfes für eine höhere Gesellschaftsordnung ist." (5)

Auch die KPD übte sich in deutschnationaler Heimattümelei: "Kein Quadratmeter deutscher Heimaterde darf preisgegeben werden! Schützt den deutschen Bauern, seinen Hof und seine Scholle! Schützt unsere Frauen und Mädchen vor der Willkür fremder Soldaten!" (6)

Ähnlich wie in den 20er Jahren transportierte auch der Nationalismus der Nachkriegszeit wieder Antisemitismus. Hintergrund war eine in allen Ländern des sowjetischen Blocks angelaufene Hetzkampagne gegen "Kosmopoliten" und "Zionisten", der in der UdSSR jüdische Ärzte und andere Prominente, in der CSSR der ehemalige KP-Generalsekretär Slansky und weitere hohe Funktionäre zum Opfer fielen. In der DDR führte diese Klimaveränderung zu einer großen Verängstigung der noch im Lande gebliebenen Juden, vier von acht Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden flohen. Im Zentrum des Kesseltreibens stand das ZK-Mitglied Paul Merker, der als "zionistischer Agent" beschuldigt und nach einem mehrjährigen Prozeß 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Merker wurde in der Anklageerhebung als "König der Juden" diffamiert, weil er für "Wiedergutmachungszahlungen" der DDR an die Überlebenden des Holocaust eingetreten war.

Die DDR praktizierte also nicht zuviel Antifaschismus, wie das dumme Schlagwort vom "verordneten Antifaschismus" glauben machen will, sondern zuwenig. Der deutsche Nationalismus und die preußischen Sekundärtugenden, wichtige Wurzeln des Nazismus, wurden nicht bekämpft, sie wurden im Gegenteil zur Stützung des sozialistischen Staates instrumentalisiert. Ein Kalkül, das nicht aufgehen konnte und letzten Endes die DDR ebenso unterminiert und gegen die deutsche Teilung gearbeitet hat, die ja das größte historische Verdienst der SED war.

## Zur aktuellen PDS-Bündnispolitik

Wenn Herr Einsiedel sagt, er ist ein Deutschnationaler, wenn Frau Ostrowski sich in den sozialen Forderungen der "Nationalen Alternative" wiederfindet, dann sind das Werbeangebote an das schwarzbraune Potential in dieser Gesellschaft, das so für die Wahl der PDS gewonnen werden soll. Und nur aus einem einzigen Grund hat dieses Liebeswerben bisher nur eine eingeschränkte Wirkung: Jeder Rechte weiß, daß die PDS etwas mit der SED zu tun hat, und darüber wird die PDS auch mit der größten historischen Leistung der SED, der Teilung der deutschen Nation, die für jeden Rechten natürlich die schlimmste Sünde ist, identifiziert. Man muß der antikommunistischen Presse regelrecht dankbar sein, daß sie die PDS immer wieder als SED-Nachfolgepartei bezeichnet, sonst wäre die Osmose zwischen Teilen der PDS und den reaktionären Deutschnationalen schon weiter fortgeschritten.

Allerdings hat das Umdenken im schwarz-braunen Milieu schon eingesetzt. Während die etablierten Rechtsradikalen rund um die CSU mit ihrer "Rote Socken"-Kampagne noch volle Breitseiten gegen die PDS abschießen, haben andere Rechtsradikale in Teilen der PDS schon ihren nützlichen Idioten erkannt. So schreibt das Brandenburger Mitteilungsblatt der Nazi-Gruppe "Nationale e.V." in seiner jüngsten Ausgabe:

"Die Erfolge der PDS sind ... eine Fortsetzung der 89er Revolution. Von den 50-60% Wählern, die in Mitteldeutschland noch an die Urne gehen, haben wiederum nur ca. 60% für CDU/SPD votiert. Demgegenüber führt die PDS als parlamentarische Kraft das Anti-Bonner Roll back an. In Mitteldeutschland formiert sich der Widerstand gegen Liberalkapitalismus, westliche Dekadenz, liberale Egoistengesellschaft, Verausländerung und kollektive Umerziehung zu einer willenlosen Horde von Konsumidioten. Die linksnationale PDS profitiert von dieser Stimmung am meisten, weil noch keine anderen Alternativen jenseits des Liberalkapitalismus auftreten."

An anderer Stelle steht ein Satz, der besonders Frau Ostrowski, eine der Lokalmatadore der PDS, sehr nachdenklich machen sollte: "Die Zustimmung für die linksnationalen Lokalmatadore könnte ein idealer Nährboden für die Ideen der Neuen Rechten sein." Das heißt, ein Teil des faschistischen Spektrums setzt auf ein Bündnis rot+braun, wie es ja schon in Rußland existiert, und hofft, Teile der PDS hineinziehen zu können. Davor darf die PDS nicht die Augen verschließen, dazu muß sie, Frau Ostrowski, deutlich Stellung nehmen.

## Und wo bleibt das Positive? 3 Thesen zum Abschluß

**1) Die soziale Frage muß antinational gestellt werden.**

Nazis und Deutschnationale versprechen, daß der einzelne seine sozialen Interessen am besten dadurch wahren könne, daß er sich im Rahmen der Volksgemeinschaft an den wirtschaftlichen und vielleicht bald auch militärischen Beutezügen des Vaterlandes beteiligt. Für das Gegenteil zu werben, müßte doch gerade in Ostdeutschland nicht so schwer sein: Die Wiedervereinigung hat die zehntstärkste Wirtschaftsmacht der Welt, die DDR, deindustrialisiert, hat Millionen ihren Arbeitsplatz gekostet. Warum drücken Protestaktionen in Ostdeutschland so oft Enttäuschung über die Ergebnisse der Wiedervereinigung aus und erinnern so an die peinliche Wahrheit, daß die Mehrheit tatsächlich dem Kanzler das Gerede von den "blühenden Landschaften" geglaubt hat? Warum versuchen nicht wenigstens die Sozialisten, aus enttäuschter Liebe über das Vaterland glühenden Haß gegen das Vaterland zu machen? Warum endet nicht jede Gewerkschaftsdemonstration, jeder Streik und jede Betriebsbesetzung mit der Parole, die auch am Beginn der deutschen Arbeiterbewegung stand? Es waren die schlesischen Weber 1844, von denen Heinrich Heine den Ruf übermittelt hat: Deutschland, wir weben Dein Leichentuch, wir weben hinein den dreifachen Fluch. Das müßte doch in Bischofferode oder Eisenhüttenstadt zumindest bei einem Teil der Deklassierten verstanden werden.

**2) Im Zeichen der weltweiten Renaissance des Nationalismus muß der Internationalismus zum Antinationalismus geschärft werden.**

Erneut entfesselt der Kapitalismus in seiner Abschwungsphase die barbarischen Mechanismen, die er in der langen Phase des Aufschwungs nach 1945 integriert hatte. Die Internationale des Kapitals hat sich zu Tode gesiegt und setzt – kaum ist der einigende Gegner im Osten gefallen – die konkurrierenden ökonomischen Kräfte als antagonistische Nationalismen frei. Ein neuer Internationalismus muß sich dem nationalen Wahn weltweit entgegenstemmen. Stichwortartig ließe sich formulieren: Links ist da, wo keine Heimat ist. Nicht um

nationale Selbstbestimmung geht es, sondern um gesellschaftliche; nicht um den Schutz von Völkern, sondern um den Schutz der Einzelnen und Minderheiten vor den Völkern; nicht um die Konstruktion neuer Staaten, sondern um die Destruktion der bestehenden; nicht um die Zwangshomogenisierung der Individuen zu Nationen, sondern um ihre freie Assoziation zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft.

**3) Jeder emanzipatorische Ansatz muß die Individuen vom nationalen Kollektiv losreißen.**

Willst Du Deutscher sein oder Mensch – diese Frage muß eine emanzipatorische Politik an jeden und jede einzelne stellen, und jeder und jede einzelne ist in der Beantwortung dieser Frage frei. Denn zum Deutschen wird man nicht geboren, zum Deutschen wird man auch nicht durch den Besitz eines Personalausweises, zum Deutschen wird man nur durch sein Einverständnis. In diesem Sinne markiert die Redewendung – "Ich als Deutscher" – schon den Beginn der Katastrophe, und die Worte von Romy Schneider – "Ich bin keine Deutsche, weil ich mich nicht so fühle" – weisen bereits den Ausweg aus dem nationalen Kerker heraus.

Im Gegensatz dazu reißt das Gejammere der PDS, die Ostdeutschen dürften nicht als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden, die Menschen nicht vom nationalen Kollektiv weg, sondern führt sie ihm zu. Daß man dabei auf gefährliche Weggefährten trifft, liegt in der Natur der Sache. Vielleicht finden nationale Sozialisten nichts dabei, mit Nationalsozialisten zu plaudern. Ich bin gegenteiliger Ansicht und möchte auf Karl Marx verweisen. Sein Vorwort aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie liest sich stellenweise wie eine Strategie gegen den Rassismus nach Mölln und Solingen. Beachten Sie bitte auch, wie ungeniert Marx hier von "den" Deutschen spricht! Ich zitiere: "Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. (...) Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt! Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen." (7)

Marx' Ziel ist "die Emanzipation der Deutschen zu Menschen" (8). Das ist auch heute ein gutes, ein notwendiges Programm.

**Jürgen Elsässer**

**Anmerkungen:**
1) Jürgen Elsässer, Antisemitismus – Das alte Gesicht des neuen Deutschland, 1992
2) Karl Radek zum Tode Schlageters, in: Theo Pirker, Utopie und Mythos der Weltrevolution, München 1964
3) zitiert nach: Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, Opladen 1983
4) zitiert nach: Ossip Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969
5) So der "Neues Deutschland"-Redakteur Wilhelm Girnus, zitiert nach: Knut Mellenthin, Eine wahrhafte und erschröckliche Geschicht, in: ak 340
6) zitiert nach: Heiner Möller, Nationalkommunismus, in: konkret 12/90
7) Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie
8) Karl Marx, Zur Kritik... Es heißt dort wörtlich: "Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der *Deutschen* zu *Menschen* vollziehen."

# Nationaler Verrat!

## Kohls "Morgenthauplan" für die DDR

*"Vogel (1) – ein Jünger des Morgenthauplans? Ostdeutschland im allgemeinen und Thüringen im besonderen wurden weitgehend entindustrialisiert."* So ist ein Zeitungsartikel vom 13.9.94 überschrieben. Weiter heißt es:

*"'Morgenthau-Plan' wurde ein von dem amerikanischen Finanzminister Morgenthau 1943 in Quebec (2) unterbreiteter Vorschlag genannt. Er sah vor, Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg zu – wie man damals sagte – 'desindustrialisieren' und in ein vorwiegend von Landwirtschaft und Hausindustrie lebendes Land zu verwandeln (3). Dies wird jetzt in den östlichen Ländern Deutschlands Wirklichkeit, fünf Jahre nach ihrem Zusammenschluß mit Deutschlands westlichen Ländern. Beläuft sich die Quote der Industriebeschäftigten pro 1000 Einwohner im Westen auf etwa 120, hat man sie im Osten auf unter 50 gesenkt.*

*Was die auswärtigen Besatzungsmächte Deutschland als Ganzem nach 1945 nicht angetan haben, wird in Deutschlands Osten durch die Bestimmungsmacht aus Deutschlands Westen praktiziert. Das ist das Ergebnis des Wirkens und Nichtwirkens solcher Politiker wie Kohl in Bonn und Vogel in Erfurt... Wolfgang Schäuble beschwört in jüngster Zeit auffällig oft Nationales als Bestandteil von ihm betriebener Politik. Das Zurückstoßen eines beträchtlichen Teils der Nation in das Stadium industrieller Unterentwickeltheit – erfüllt solches Handeln nicht eher den Tatbestand nationalen Verrats in Form von fortgesetzter, vertiefender und verewigender Spaltung der Nation über den Zeitpunkt ihres staatlichen Zusammenschlusses hinaus?"*

Vogel wolle *"ablenken von einer lebenswichtigen Frage, zu welcher der Thüringer Ministerpräsident Farbe bekennen muß: Ist er ein Jünger im Geiste des einstigen Morgenthau-Plans und ein öffentlicher Prediger des Gegenteils?"*

Weder ein Rep-Organ noch die "Deutsche Nationalzeitung" hat diesen Artikel veröffentlicht, sondern das "Neues Deutschland", 13.9.94. Der Autor ist Klaus Höpcke, Landtagsabgeordneter der PDS in Thüringen.

**Anmerkungen:**

1) Es handelt sich um Thüringens CDU-Ministerpräsidenten.

2) Die Konferenz von Quebec fand im September 1944 statt.

3) Henry Morgenthau entwickelte seinen Plan einer harten Besatzungszeit im besiegten Nazideutschland unter dem Eindruck von Meldungen über Auschwitz und die Vernichtung der Juden. Der "Morgenthau-Plan" sollte es Deutschland unmöglich machen, wieder Krieg zu führen. Er sah neben Gebietsabtretungen (die im Potsdamer Abkommen 1945 verwirklicht wurden), eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands (Erschießung von Nazi-Führern), die Heranziehung von Nazis und der Wehrmacht für den Wiederaufbau ihrer Zerstörungen sowie demokratische Umerziehung vor. Wirtschaftlich forderte er die Umwandlung Restdeutschlands in einen Agrarstaat mit leichten Zubringerindustrien und eine Internationalisierung des Ruhrgebiets. Der Plan ist vor allem ökonomisch nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden und spielte in der Nachkriegszeit nur eine marginale Rolle. Goebbels nahm den "Plan zur Vernichtung Deutschlands" zum Anlaß, eine wüste Durchhaltepropaganda gegenüber der deutschen Bevölkerung zu entfachen. Der "Morgenthau-Plan" war aber auch nach dem Krieg das Haßobjekt aller Nationalen, vor allem von rechts, aber wie man sieht auch von links, die darin den Untergang Deutschlands erblickten.

# "Die Farben der DDR sind Schwarz-Rot-Gold"*

## – ihr Grabstein ist es auch

*Art. 2, DDR-Verfassung vom 7.10.49

Eine verbreitete, jedoch nicht unbegründete Meinung der Wessis über ihre östlichen Brüder und Schwestern besagt, diese seien gänzlich humorlos, kaum jemand sei auch nur annähernd zur Produktion von Witz und Ironie befähigt. Leider verstellt diese durch Alltagserfahrung gesättigte Einstellung oft den Blick auf für politisch interessierte Zeitgenossen höchst aufschlußreiche Details der zum permanenten Scheitern verurteilten ostdeutschen Humorversuche. So wird von den meisten Anhängern dieser Meinung der Versuch des "Neues-Deutschland"-Redakteurs Holger Becker ignoriert worden sein, am 21.7. dieses Jahres den Staatsfeierlichkeiten zum 20. Juli ein ironisches Beinchen zu stellen. Durch ihre Ignoranz wird ihnen ebenso entgangen sein, daß Becker auch, als Nebenprodukt seiner Anstrengungen, einen Beitrag zur Beantwortung der berüchtigten nationalen Frage lieferte.

In seinem auf der Titelseite des "ND" veröffentlichten Kommentar läßt Becker den Bundeskanzler ein Zitat von Stauffenberg vortragen. In diesem geht es um Pläne für einen deutschen Staat nach dem Ende der Nazi-Herrschaft. Der Höhepunkt des Zitats besteht in folgenden Sätzen: "Ein neuer Rechtsstaat muß an die Stelle der nazistischen Willkürherrschaft gesetzt werden. Dieser neue demokratische Staat, der mit fester Hand die Rechte seiner Bürger wahrt und die nationalen Interessen des ganzen Volkes vertritt, wird auch die Kraft sein, die die alte Zersplitterung des Volkes überwindet und die Nation, wie nie zuvor in ihrer Geschichte, zu einer festen Einheit zusammenschweißt." Nun besteht der Geländewitz darin, daß dieses Zitat gar nicht von Stauffenberg sondern von Wilhelm Pieck stammt. Der Kommentator will durch diese Enthüllung offenbar seiner Unzufriedenheit mit der offiziellen Verbannung der Kommunisten aus dem Ehrenhain deutsch-demokratischen Widerstandes Ausdruck verleihen.

Interessant bezüglich der nationalen Frage ist dieser gescheiterte Versuch, Humor im tagespolitischen Kampf einzusetzen, weil er zeigt, daß dem deutschen Kommunismus, exklusive weniger linksradikaler Nebenlinien, die politischen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung stets näherstanden als deren Aufhebung. Wenn die Partei-Ikone Wilhelm Pieck 1944 ein Hohelied auf Nation und starken Staat singt, das man zurecht für ein Bekenntnis des mit seinem Führer hadernden Nazis Stauffenberg halten kann, ist das nicht nur der "Ausnahmesituation" des antifaschistischen Kampfes geschuldet. Wenn ein PDS-Journalist heute kritiklos dieses nationale Bekenntnis präsentiert, ist dies nicht nur dem Opportunismus von zu unrecht radikaler Bestrebungen Verdächtigter, aber in Wahrheit radikal geläuterter Ex-SEDler geschuldet. Nationales Engagement war eine wesentliche, vielleicht die wichtigste Konstante parteikommunistischer Politik, die bis heute nachwirkt. Heutige PDS-Aktivisten, die sich gern in der koketten Pose, alle möglichen "Gewißheiten" verloren zu haben, gefallen, zweifeln zumeist an einem nicht: an der als "historische Notwendigkeit" beurkundeten "deutschen Einheit". Wie es dazu kommen konnte, soll der folgende Exkurs in die Geschichte klären.

### Stalins Nationentheorie

Seit jeher wies der Parteikommunismus eine nationale Komponente auf, wenngleich diese auch nicht immer so ausgeprägt war wie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Gründungsphase der DDR. Bereits Ende des vorigen Jahrhunderts proklamierte die damals noch auf Ablösung des Kapitalismus bedachte Sozialistische Internationale das "Selbstbestimmungsrecht der Völker". Dabei waren strategische Überlegungen in Bezug auf mögliche Bündnisse mit den bürgerlichen Nationalbewegungen in den "Vielvölkerstaaten" Österreich-Ungarn und Rußland sowie die Spekulation auf mögliche antiimperialistische Bewegungen in den Kolonien ausschlaggebend gewesen. 1913 veröffentlichte Stalin die Broschüre "Marxismus und nationale Frage". Die darin enthaltenen Definitionen blieben aufgrund ihrer "Wissenschaftlichkeit" in den an der Sowjetunion (und später an China etc.) orientierten Parteien verbindlich, auch wenn gelegentlich "Korrekturen" – die im Wesentlichen aus Ergänzungen bestanden – vorgenommen wurden. Das strategische Interesse von Sozialdemokraten und Bolschewiki an der Ausnutzung nationalen Gedankengutes vor der Oktoberrevolution wurde nach dieser noch erweitert durch das Bedürfnis der jungen Sowjetunion, die imperialistische Einkreisung aufzuweichen. Nun wurden kleinere Staaten mit Konkurrenzinteressen gegenüber großen, nationalistische und separatistische Parteien und selbst traditionalistische und reaktionäre Bewegungen in den Kolonien als potentielle "antiimperialistische" Bündnispartner betrachtet. Die Attraktivität der Sowjetunion für diese alles andere als emanzipatorischen politischen Phänomene sollte in ihrem "fundierten" Engagement für die nationale Sache bestehen.

In der erwähnten Schrift von 1913 kam es Stalin darauf an, " die mit idealistischen Fäden genähte Theorie" des österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer, nach der die Nation "eine relative Charaktergemeinschaft" war, zu widerlegen. Anstelle der Berufung auf veränderliche und vergängliche Charaktereigenschaften sollte eine "materialistische" Begründung vermittels der als unhintergehbar vorgestellten Instanzen Geschichte und Ökonomie treten (1).

"Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart." (2) Diese Definition taucht in direkter oder indirekter Zitierweise in so gut wie jeder Schrift zum Thema Nation in der Frühphase der DDR und den Texten der westdeutschen KPD auf. Dem nationalen Artikulationsbedürfnis war damit ein unschätzbares Hilfsmittel in die Hand gegeben. War die nationale Sinnstiftung der bürgerlichen Staaten bislang durch den Rückgriff in die jeweilige historische Mythologie und die Modellierung der Fundstücke nach aktuellen politischen Er-

fordernissen vonstatten gegangen – und insofern in Krisensituationen von Unzufriedenen als interessengeleitet durchschau- und ablehnbar –, so lag nun eine gegen alle Unwägbarkeiten der Geschichte resistente "Theorie" vor. Diese "Theorie" war wasserdicht, weil sie niemandem die Möglichkeit gestattete, aus der "stabilen Gemeinschaft von Menschen" herauszutreten. Den vormals "vaterlandslosen Gesellen" kam nun die Aufgabe zu, mit den angestammten Betreibern der Nation – Bürgertum und Staatspersonal – um die Führungsrolle zu konkurrieren.

Die Arbeiterbewegung hatte – von linksradikalen Nebenerscheinungen abgesehen – die staatliche Herrschaft niemals grundlegend kritisiert. Der Staat war ihr stets als notwendiger und sinnvoller Überbau gesellschaftlicher Betriebsamkeit erschienen, Kritik wurde ausschließlich an seinem Gebrauch durch die bürgerliche Klasse geübt. Durch die Einführung der "nationalen Frage" in die Arbeiterbewegung wurde staatlicher Herrschaft zusätzlich eine quasi "ontologische" Qualität zugeschrieben. Die Errichtung nationaler Unabhängigkeit bzw. die Erhaltung nationaler Souveränität gegenüber den Ambitionen der "Fremdherrschaft", also die vordringliche Verteidigung des Prinzips nationalstaatlicher Herrschaft, wird zur bewußt artikulierten Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung. So verwundert es nicht, wenn Wilhelm Pieck 1946 im Namen der KPD schreibt: "Unsere politische Orientierung war immer auf Deutschland, auf die nationalen Interessen unseres Volkes gerichtet. Das ist auch ganz natürlich. Nur so können wir zur Partei des deutschen Volkes werden." Dann zitiert er drei Zeilen von Schiller und fährt fort: "So lassen wir uns an nationaler Gesinnung und Betätigung von niemandem übertreffen. Das gilt nicht nur für die Gegenwart und die Zukunft, sondern hat auch seine volle Berechtigung für die Vergangenheit. Die Entwicklung hat uns darin absolut recht gegeben." (3) Wenn Pieck hier von der Vergangenheit spricht, meint er die nationalistische Agitation der KPD in der Weimarer Republik gegen das "Versailler Diktat" und wohl auch das "Programm zur nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands", mit dem die KPD 1930 versuchte, NSDAP-Wähler für sich zu gewinnen.

## Volksstaat und...

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen die Deutschen der KPD und später der SED als größtenteils von einer Minderheit verführt und mißbraucht. In zum Teil den heutigen Kohlschen Jargon antizipierenden Worten spricht Pieck 1947 von "dem grauenhaften Verbrechen, das die Hitlerbande (...) an der Menschheit beging und wozu sie das deutsche Volk und seinen Namen mißbrauchte". (4) Entsprechend plädiert er auch dafür, Entnazifizierungs-Repressalien nur auf an Verbrechen unmittelbar beteiligte Nazis anzuwenden, der großen Masse der NSDAP-, SS- und SA-Mitglieder jedoch Gnade zu gewähren. "Wenn diese Massen auch nicht frei von jeder Schuld zu sprechen sind, so muß doch alles getan werden, ihnen verständlich zu machen, daß ein neuer Weg gegangen werden muß, um Deutschland aus dem Unglück herauszuführen und seinen Wiederaufstieg zu ermöglichen. Es würde aber diese Aufgabe sehr erschweren, wenn gegen sie auch jetzt noch mit Strafmaßnahmen, Entlassung aus der Arbeit, Beschlagnahmung ihres Eigentums oder Verächtlichmachung vorgegangen wird." (5) Neben der Bagatellisierung der Schuld der deutschen Normalbevölkerung, ohne deren tätiges Engagement kein einziges Nazi-Verbrechen möglich gewesen wäre, muß um des Wiederaufstiegs Deutschlands willen auch das Resultat des "grauenhaften Verbrechens" begrenzt werden. Im September 1945 hält Pieck eine Rede, in der er die menschlichen und materiellen Verluste, die der deutsche Überfall auf die Sowjetunion hinterließ, detailliert auflistet und ausdrücklich die Notwendigkeit materieller "Wiedergutmachung" anerkennt. Dies bleibt aber auf die Sowjetunion beschränkt, andere deutsche Verbrechen, vor allen der Massenmord an den europäischen Juden findet keine Erwähnung. (6) Später, nach dem Ausscheren Jugoslawiens aus dem sowjetischen Einflußbereich und dem Einsetzen von Säuberungen und politischen Schauprozessen in den osteuropäischen KPen wird die SED als "antizionistische" Agitatorin selbst antisemitisch aktiv werden. (7)

Die Beantwortung der "nationalen Frage" in Deutschland bedeutete für die KPD und die spätere SED zunächst einmal die Herstellung einer Volksgemeinschaft gegen finstere Mächte, deren Beschreibung durchaus Ähnlichkeit mit den aus der Nazipropaganda bekannten "Finanzjuden" aufwies. Für Anton Ackermann beispielsweise, einen der führenden kommunistischen Köpfe in Sachen "nationale Frage" jener Zeit, war der Nationalsozialismus die "barbarischste Form der Herrschaft des anonymen Finanzkapitals": Auch die "Weimarer Republik verkörperte bald nach 1918 die durch reaktionäre Parteien ausgeübte Herrschaft des anonymen Finanzkapitals, dessen Macht 1918 nicht angetastet worden war." Dieses geheimnisvolle Subjekt sieht er auch noch 1946 vor allem in den Westzonen wirken: "Wenn sich bayrische Grafen und Barone oder andere Elemente zu der traurigen Rolle hergeben, (...) Deutschlands Einheit zu zerreißen, so sehen wir hinter ihrem Rücken deutlich die Gestalt des anonymen Finanzkapitals auftauchen. Es geht diesen dunklen Kräften dabei um nichts anderes als um die Erhaltung ihrer reaktionären und schmarotzerhaften Kastenprivilegien, denen zuliebe sie sich nicht scheuen, den schlimmsten Landesverrat zu begehen." Gegen diese anonyme Bedrohung hilft dann nur die konkrete Volksgemeinschaft: "Die neue antifaschistisch-demokratische Republik muß der Staat des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten, vom Gelehrten bis zum Landarbeiter sein." (8)

## ... Verschwörungstheorie

Nun ist diese Verschwörungstheorie aber nicht aus der Nazipropaganda übernommen, wie die äußerliche Ähnlichkeit nahelegen könnte. Sie entspringt vielmehr der sogenannten "Imperialismustheorie" Lenins, die in den sowjetisch inspirierten Parteien ebenso kanonisiert worden war wie die beschriebene Theorie der "nationalen Frage". Lenin konstatierte in seinem 1916 erschienenen Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (9), die Welt sei unter die Herrschaft des "Finanzkapitals" geraten, und damit dem Eigennutz einer "schmarotzerhaften" aber omnipotenten Führungsschicht der Bourgeoisie ausgeliefert. Schmarotzerhaft sei das Finanzkapital, weil sein Betätigungsfeld sich nicht mehr in der unmittelbaren Produktionssphäre, sondern in deren Überbau, der Geldzirkulation befinde. Die ökonomische Funktionalität der Trennung von Industrie- und Geldkapital erkannte Lenin nicht. Diese Funktionalität besteht darin, daß durch die Kreditsphäre, in der beispielsweise durch das Aktienkapital die Größe des Kapitals als Konkurrenzmittel effektiv zum Einsatz gebracht werden kann, das Kapital die Freiheit erlangt, sich von seiner Anlage in einem besonderen Produktionsbereich unabhängig zu machen, indem es seine Bindung an konkrete Personen und Gewerbebereiche abstreift. Dadurch erlangt es die Möglichkeit, beständig günstige Verwertungsbedingungen zu erschließen. So kommt schließlich das Prinzip der Wertverwertung zu sich selbst, indem es unabhängig von personifizierten Machtansprüchen die Geschicke der Welt, und damit der Nationalstaaten, als "automatisches Subjekt" (Marx) bestimmt.

Ihre Neigung, die Wirkungen des international durchgesetzten Wertverwertungs-

prinzips mit dem Treiben einer besonders raffgierigen Fraktion des Kapitals, die die Mühen der konkreten Produktion scheut, zu verwechseln, brachte die an der Sowjetunion orientierten Kommunisten immer wieder nicht nur zu Bündnissen mit reaktionären, aber als "antiimperialistisch" interpretierten Kräften, sie führte in Verbindung mit der "nationalen Frage" direkt zu einer reaktionären Theorieproduktion und zu einer entsprechenden Politik. Darin kommt die kapitalistische Gesellschaft nicht als von den Bedürfnissen der Wertverwertung konstituiert und geformt vor, sondern als eine hauptsächlich in zwei Lager gespaltene. Dies führte eine verhängnisvolle Tradition der vorleninistischen Arbeiterbewegung fort, die als wesentliche gesellschaftliche Gruppen Lohnarbeiter und Kapitalisten erkannte. Allerdings wurde deren im Lohnkampf ausgetragener Interessengegensatz nicht als Ausdruck der beide Seiten objektiv einigenden Anerkenntnis der Warenproduktion begriffen, er wurde als Gegensatz von Produzenten, denen aufgrund ihrer Produktivität quasi automatisch die Zukunft gehörte, und unproduktiven Ausbeutern, die aufgrund ihres Eigennutzes und ihres schlechten Willens auf den Müllhaufen der Geschichte landen sollten, aufgefaßt. Diese Arbeiterbewegung scheiterte nicht zuletzt an ihrer Nichterkenntnis der eigenen Konstituiertheit durch das Bewegungsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft und der daraus resultierenden Unfähigkeit, den Kommunismus als revolutionäre Aufhebung von Warenproduktion und Staatlichkeit zu projektieren. Statt dessen favorisierte diese Arbeiterbewegung einen Volks- bzw. Arbeiterstaat. Unter dem Einfluß der Leninschen und Stalinschen Theorien über Imperialismus und Nation erfuhr dieses manichäische Weltbild, in dem der guten Seite ein automatischer Sieg zufällt, eine Weiterentwicklung. Nun war der Kampf zwischen "anonymer", abstrakter Raffgier und der im "schaffenden Volk" vergegenständlichten Nation eingeläutet.

## Gegen "Boogie-Woogie-Kultur"

Es handelte sich für KPD und SED von Beginn an um einen Kampf zwischen Einheimischen und Fremden, es war ein Kampf, in dessen Dynamik die Aufhebung der Klassengegensätze zugunsten der Nation enthalten war. 1949 glaubte Pieck: "Weil der Markt für die Westdeutschen und Westberliner Unternehmer durch die rücksichtslose imperialistische Politik der amerikanischen Monopolverbände gefährdet ist, fangen sie an, zu begreifen, daß sie zusammen mit den Kräften des Proletariats den Kampf für die Erhaltung der nationalen Existenz Deutschlands führen müssen." (10) Zwar korrigierte die reale Interessenwahrnehmung der umworbenen Unternehmer bald diese Bündnisillusionen, doch konnte sie die ihnen zugrunde liegende Einschätzung nicht erschüttern. Wieder zieht die böswillige Absicht dunkler Kräfte an den Fäden des Geschehens. "Der Wille, die deutsche Nation ohnmächtig zu machen, kommt in der Politik der Zerreißung Deutschlands zum Ausdruck, wozu die antidemokratischen volksfeindlichen Kräfte der Großbourgeoisie gefügige Werkzeuge in solchen Figuren wie Adenauer und seiner Marionettenregierung stellten." (11)

Das geschäftige Treiben der jungen BRD, die sich als vorerst untergeordneter Partner der antikommunistischen Roll-Back-Strategie der West-Alliierten anschloß, wird in erster Linie als Angriff auf nationale Werte begriffen, die von der DDR standhaft verteidigt werden. "Die Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes wird immer mehr zerrissen. Während sich in Westdeutschland unter dem Einfluß der Okkupanten immer mehr die sogenannte 'amerikanische Lebensart' mit ihrer Boogie-Woogie-Kultur, Kaugummi-Ästhetik und Gangster-Moral breitmacht und das reaktionäre Gedankenerbe des Preußengeistes seine Blüten treibt, stehen die freien Länder der Deutschen Demokratischen Republik aufgrund ihrer besonderen Pflege des klassischen deutschen Kulturerbes, ihrer Vernichtung des reaktionären Preußengeistes durch die demokratische Schulreform am Beginn einer neuen deutschen Kulturepoche." (12) Wenn auch die SED bezüglich des "reaktionären Preußentums" in den 70er Jahren einen rigorosen Schwenk vollzog und dieses in ihre eigene Tradition, in ihr "Erbe" eingemeindete, so galt diese Einschätzung bis zum Ende der DDR ebenso wie die folgende Schlußfolgerung Anton Ackermanns: "Lenin und Stalin lehren uns, was echter und wirklicher Patriotismus ist. Das ist die Liebe zur Muttersprache, die Liebe zur Heimat, der Stolz auf alles, was im eigenen Volke gut und edel, das heißt freiheitlich und fortschrittlich ist. Patriotismus ist die Liebe zu den Massen des eigenen Volkes." (13)

## Gegen die "nationale Unterdrückung" Westdeutschlands

Im Westen begann der "freiheitlichste Staat, der je in Deutschland existierte" (O-Ton BRD) mit einer gnadenlosen Kommunistenjagd. 1950 wurden alle Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst entlassen. 1951 beantragte die Adenauer-Regierung das Verbot der KPD. Ebenfalls 1951 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der SPD-Opposition ein explizit gegen Kommunisten gerichtetes politisches Strafrecht, das 1953 noch ergänzt und verschärft wurde. Ende März 1952 kam es in der BRD zu den ersten größeren Verhaftungswellen. Seit diesem Zeitpunkt war die KPD de facto in die Illegalität gedrängt, gegen die meisten ihrer Funktionäre lagen Haftbefehle vor. Das offizielle Verbot 1956 war nur der Endpunkt einer von allen die junge BRD tragenden Kräften betriebenen Kriminalisierungskampagne. Tausende KPD-Mitglieder und Sympathisanten verschwanden in den demokratischen Gefängnissen. Auch unpolitische Kontaktaufnahme mit Personen oder Institutionen aus der DDR war der Kriminalisierung ausgesetzt. (14) Die Zusammenarbeit von ehemaligen Gestapo-Leuten und Ex-Nazi-Richtern mit den demokratischen Politikern und Journalisten – hier taten sich besonders sozialdemokratische Demagogen wie Kurt Schumacher und Ernst Reuter hervor – erwies sich als äußerst erfolgreicher Meilenstein zur Schaffung der postfaschistischen Volksgemeinschaft der BRD: Von den etwa 300.000 KPD-Mitgliedern des Jahres 1948 waren beim Verbot 1956 nur noch ca. 7.000 in der Partei. In der westdeutschen Bevölkerung war die KPD nun weitgehend isoliert und geächtet. (15) Die BRD hatte bekanntlich den Anspruch auf Rechtsnachfolge des nationalsozialistischen Deutschen Reiches und dessen Wiederherstellung in den Grenzen von 1937 für sich geltend gemacht und beanspruchte damit nicht nur die Herrschaft über die als "Ostzone" abqualifizierte DDR, sie erhob auch weitgehende territoriale Ansprüche auf Gebiete Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Um diese Ziele zu erreichen, schienen ihr die Integration in die entstehende NATO und die politische Unterordnung unter die amerikanische Führungsmacht die geeigneten Mittel zu sein. Die Umsetzung dieser eindeutig nationalen imperialistischen Programmatik wurde von der KPD und der SED als "nationaler Verrat" gebrandmarkt, die BRD wurde als fremdbestimmte Quasi-Kolonie begriffen.

Auch hier handelte es sich für die deutschen Kommunisten um einen Kampf zwischen Einheimischen und Fremden. Die Repräsentanten der BRD wurden als Abhängige, gar Marionetten der USA beschrieben, die gar keine eigenen nationalen Interessen vertreten könnten. Doch der Aufstieg der BRD zur ökonomischen Führungsmacht in Westeuropa nötigte den

Theoretikern der "nationalen Frage" zunehmend komplizierter werdende Leistungen ab. Beispielhaft dafür sollen hier die Anstrengungen Alfred Kosings stehen – neben dem Politbüromitglied Hermann Axen war er zeitweise der führende nationale Denker der DDR. Kosing schreibt 1962: "Die nationale Unterdrückung Westdeutschlands durch den USA-Imperialismus weist einige Besonderheiten auf, die es erschweren, ihr Wesen zu erkennen. Unter dem Eindruck der Versicherung der Bonner Regierung, daß sie volle Souveränität besitze, stellen viele die Frage, ob wir hier überhaupt von nationaler Unterdrückung sprechen können. Westdeutschland habe doch eine eigene Regierung, es besitze eine hochentwickelte Wirtschaft, es sei sogar hinter den USA zum zweitstärksten Industrieland des ganzen kapitalistischen Lagers geworden, es habe eine entwickelte Kultur und ein umfangreiches Bildungswesen, kurz, es unterscheide sich grundlegend zum Beispiel von den national unterdrückten Kolonien. Das ist in gewisser Hinsicht zutreffend. Aber die nationale Unterdrückung eines Landes muß durchaus nicht in der Form einer offenen Kolonialherrschaft erfolgen." (16)

Laut Kosing unterscheidet sich der US-Imperialismus von traditionellen Kolonialstaaten durch seinen Verzicht auf offene Unterwerfung. Er bevorzuge die ökonomische Durchdringung und die Einsetzung formal unabhängiger Marionettenregierungen. Diese Form nationaler Unterdrückung sei, weil verschleiert und damit wenig Widerstand provozierend, wesentlich effektiver als die bekannten kolonialen Herrschaftsformen und deshalb erst recht als kolonialistisch zu bezeichnen. In seinem Erklärungsmodell gelingt Kosing nicht mehr als die Beschreibung von in der imperialistischen Konkurrenz allgemein üblichen Mitteln. Nach dem Ende des Kolonialismus und der Durchsetzung des freien Weltmarktes sind ökonomische Durchdringung und die Herstellung politischer Abhängigkeit in der Tat die wesentlichen Instrumente einflußreicher Staaten gegenüber schwächeren. Wie damit allerdings der unaufhaltsame Aufstieg der BRD zur Europäischen Führungsmacht erklärt werden soll, bleibt Kosings Geheimnis. Er kann zwar den Machtzuwachs des aggressiven westdeutschen Konkurrenten nicht verleugnen, aber er will dessen genuin deutsche Antriebskräfte nicht wahrhaben und verkleinert die BRD zu einer abhängigen Variablen der US-Strategie, zum "Satellitenstaat". "Die entscheidende Besonderheit der nationalen Unterdrückung Westdeutschlands besteht also darin, daß der westdeutsche Staat Satellit des amerikanischen Imperialismus und damit an dessen den Interessen der deutschen Nation zutiefst widersprechenden Kriegspolitik gekettet ist. Diese Art der nationalen Unterdrückung setzt in weit größerem Maße als beim Kolonialsystem voraus, daß die herrschenden Kreise des betreffenden Landes zur aktiven Mitwirkung, das heißt zum Verrat an den nationalen Interessen, bereit sind." (17)

Indem die BRD-Interessen beim imperialistischen Vormarsch auf die moralische Kategorie "Verrat" reduziert werden, kann die Fiktion einer auf den Interessen eines unschuldigen "Volkes" begründeten Nation unbeschädigt gerettet werden. Wie schon bei den oben angeführten Klagen über die Zersetzung der deutschen Kultur durch amerikanischen "Schund" und die Unterstellung einer angeblichen bloßen Verführtheit der Deutschen durch die Nazis soll die Nation als durch fremde Begehrlichkeiten gefährdete und erhaltenswerte, "objektiv" begründete Volksgemeinschaft dargestellt werden.

## Von "Zwei Staaten deutscher Nation"...

Die nationale Ideologie ist, wie jede Ideologie, Produkt eines "notwendig falschen Bewußtseins" (Marx). Sie ist Ausdruck des a priori vorausgesetzten Einverständnisses der von einem nationalstaatlichen Souverän unterworfenen Individuen mit dieser Unterwerfung. Weil diese Unterwerfung in nichts anderem begründet ist als in ihr selbst, der unmittelbare gewaltsame Unterwerfungsakt zumeist historisch zurückliegt und die alltäglichen Einverständnisrituale der vom modernen Staat als Bürger konstituierten Subjekte Mittel des alltäglichen Überlebens in Form von ökonomischer und politischer Konformität darstellen, die aufgrund der Basisideologie bürgerlicher Staatlichkeit, dem Warenfetischismus, als naturgegeben und unhinterfragbar gelten, erscheint auch der Nationalismus als dem Menschen ontologisch inhärente Lebensäußerung. Auch die von einer strategischen Intention geleitete Hinwendung der historischen Sozialdemokraten und Bolschewiki zur "nationalen Frage" durchschaute diese Ideologie nicht, und die scheinbar instrumentelle Strategie wurde zu einem "wissenschaftlich" fundierten Selbstläufer, der mit Notwendigkeit in jenes Lager führte, welches von ihren Konstrukteuren nicht zu unrecht als das feindliche definiert worden war. Die Funktionalität des Nationalismus für den Souverän besteht in erster Linie in der existentiellen Anbindung der unterworfenen Subjekte an das Auf und Ab des Staatsschicksals, in dem als selbstverständlich begriffenen Aufopferungswillen der Individuen für die Nation. Insofern ist die konkrete Form einer nationalen Ideologie von Veränderungen ihres Staates in der Stellung zu seinen internationalen Konkurrenten abhängig. Dies macht die im folgenden dargestellte Modifizierung, die die deutschnationale Ideologie der DDR in den 60er und 70er Jahren erfuhr, deutlich.

Aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aufrüstung der BRD als kompromißlosen Frontstaat des Westens wurde der "gesamtdeutsche" Nationalismus der SED quasi "nach innen" gewendet. Zu deutlich waren die unüberbrückbaren Unterschiede beider Gesellschaften; jedem halbwegs nüchternen Betrachter mußte klar werden, daß die Berufung auf historische und kulturelle Gemeinsamkeiten das real Trennende nicht beeinträchtigen konnte. Hinzu kamen die schmerzhaften Schäden, die die BRD ihrem östlichen Nachbarn durch Sabotage, Währungsschiebereien und vor allem durch Abwerbung des Staatsvolkes zufügte. Dies alles im Namen der deutschen Einheit. So kam es dann im Umfeld des sogenannten "Mauerbaus" zu einer wesentlichen Umformulierung der "nationalen Frage" durch die SED.

Nun ging man davon aus, daß die historische Entwicklung der deutschen Nation eine qualitativ neue Stufe erreicht habe. Die Spaltung der Nation in Bourgeoisie und Proletariat habe zur Entwicklung eines proletarischen und eines bürgerlichen Nationalstaates geführt. Innerhalb der Grenzen dieser Staaten entwickelten sich nun zwei getrennte Nationen, jeweils unter der politischen Führung der hegemonialen Klasse. In diesem Zusammenhang konnte sich Alfred Kosing die Freiheit erlauben, Stalins Definition der Nation als unzureichend zu kritisieren. Dessen Definition reduziere nämlich die Nation auf eine bloße Zusammenfassung von Merkmalen, berücksichtige aber nicht ihre Veränderung durch die gesellschaftliche Entwicklung, kläre nicht ihre "Entwicklungsgesetze" und verdeutliche vor allem nicht die Wandlung der "Nation unter Führung der Arbeiterklasse" zur "sozialistischen Nation"(18). Kosings Kritik an Stalin beschränkt sich letztendlich auf dessen Nichterwähnen des Faktors politische Entwicklung, was als Ignorieren des Klassenkampfes interpretiert wird.

## ... zur DDR-Nation

Zwar bekannte sich die DDR auf der außenpolitischen Ebene nach wie vor zu ihrem Ziel der deutschen Einheit, war aber aufgrund der realen BRD-Politik zu mehr Realismus gezwungen. Sie forderte zu-

nächst noch "gesamtdeutsche Beratungen" mit dem Ziel der Schaffung einer "deutschen Konföderation". Diese Konföderation wurde als Übergangsmodell begriffen, das bis zu dem Zeitpunkt existieren sollte, da die "friedliebende Bevölkerung in Westdeutschland" (Ulbricht) ihre antinationale Regierung gestürzt hätte. Das Unrealistische dieses Projekts wurde bald klar, spätestens ab 1967 setzte man eindeutig auf die Entwicklung einer eigenen "sozialistischen deutschen Nation". Dennoch kam einer möglichen Arbeiterbewegung im Westen nach wie vor eine nationale Aufgabe zu: "Unser nationales Geschichtsbild ist aber nicht nur das Geschichtsbild der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist das Geschichtsbild der ganzen deutschen Arbeiterklasse, die auch im anderen Teil Deutschlands im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung steht, wenngleich sie diese Entwicklung noch nicht bestimmt. Die Geschichte Deutschlands hat sich in den letzten zwanzig Jahren (...) so gestaltet, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik in der einen oder anderen Form den zukünftigen Weg auch der Arbeiterbewegung auch im anderen Teil Deutschlands vorzeichnet. Die Erkenntnis über diesen Weg kann auch ein noch so reaktionäres Geschichtsbild in jenem anderen Teil auf Dauer nicht verhindern." (19) Sicher ahnte das zum Nationalkommunisten konvertierte Ex-NSDAP-Mitglied Lothar Berthold 1966 nicht, daß diese Sätze einmal als skeptische Prophezeiung des Schicksals der deutschen Arbeiterbewegung um das Jahr 1989 interpretiert werden konnten. Durch die weiter aufrechterhaltene Verbindung der Arbeiterbewegung mit der Nation wurde allerdings die widerstandslose Kapitulation auch der SED-Basis in den Jahren 1989/90 ideologisch vorweggenommen.

Die schon in den zitierten Äußerungen von Pieck und anderen zum Ausdruck gekommene Bereitschaft, zugunsten des Wiederaufstiegs eines als "friedliebend" gedachten Deutschlands großzügig das Engagement vieler Deutscher für höchst unfriedliche Ziele zu verkleinern, wurde nun auch beim Aufbau der "sozialistischen deutschen Nation" konsequent praktiziert. In der sogenannten "Nationalen Front" waren neben der SED auch die später als "Blockparteien" diffamierten CDU, LDPD und NDPD organisiert. Dieses Bündnis aller gutwilligen Deutschen sollte Klassenharmonie als sozialistischen Staatszweck realisieren. In einer Laudatio auf den ehemaligen Nazi, Wehrmachtsmajor und nachmaligen NDPD-Vorsitzenden Heinrich Homann beschreibt Walter Ulbricht 1965, wie das funktionierte. "Hier sitzt unser lieber Freund Homann. Vor langer Zeit, vor Stalingrad, haben wir gegeneinander gekämpft. Aber was ist seitdem geschehen? Die sozialistischen Kräfte haben gesiegt, wir haben uns verständigt. Ich möchte sagen: seine Lebenserfahrung, seine Kenntnis der Besonderheiten der Menschen aus diesen Kreisen des Volkes waren für uns sehr wichtig. Für uns war die Sache einfach. Wir stammen aus der Arbeiterklasse. Wir sind Söhne des arbeitenden Volkes, und wir haben sozusagen den Marxismus mit der Muttermilch eingesogen. Aber für unsere Freunde, die Bauern, die Gewerbetreibenden, die bürgerlichen Kreise, die Wissenschaftler und die technische Intelligenz war es doch viel komplizierter. Ein Teil der Bürger ist vom Christentum zum Sozialismus gekommen. Dabei entstanden komplizierte Probleme. In der Zusammenarbeit in der Nationalen Front haben wir den gemeinsamen Weg gefunden und gemeinsam manchen möglichen Fehler vermieden. Das sage ich zu Ehren der Nationalen Front. (...) Wir handeln nach dem Gesetz des Humanismus: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!" (20)

## "In erster Linie alle Deutsche"

Der hier aufkommende Spott angesichts der abgefeierten Turnvereins- und Schrebergartenidylle sollte sich allerdings des hier auch deutlich werdenden besonderen Charakters des DDR-Deutschnationalismus bewußt sein. Dieser war nicht, wie sein westdeutscher Konkurrent auf die Wiederherstellung der imperialistischen Größe Deutschlands bedacht. Es handelt sich hier vielmehr um eine defensive Ideologie eines beständig bedrohten Staates, der sich in der Tat angemaßt hatte, mit seinen bescheidenen Mitteln die Grundlagen des deutschen Imperialismus durch Entmachtung und Enteignung seiner Betreiber zu zerstören. Seine nationale Ideologie war gewissermaßen sein Geburtsfehler, ihre Wurzeln sind in der durch Leninismus und Stalinismus geprägten Arbeiterbewegung zu finden. Dieser Geburtsfehler wurde dann auch zu einer der wichtigsten Todesursachen der DDR. Nicht zufällig stammt die prominenteste Parole der deutschnationalen Fahnenschwenker von 89/90 aus der DDR-Nationalhymne.

Einer der Anführer der völkischen Strömung in der PDS, Ronald Lötzsch, bringt die Wirkung bzw. Wirkungslosigkeit des DDR-Nationalismus auf den Punkt: "Trotz staatlicher Trennung und unterschiedlicher Lebensverhältnisse fühlten sich nicht nur die meisten Westdeutschen – von pseudolinken Parolen des Typs 'Linke brauchen kein Vaterland!' verkündenden nationalen Nihilisten einmal abgesehen –, sondern auch die Mehrheit der DDR-Bevölkerung in erster Linie als Deutsche." (21) That's it. Die kürzlich verblichene Arbeiterbewegung und ihre staatlichen Organisationen starben auch am Fehlen nationaler Nihilisten.

**Horst Pankow**

**Anmerkungen:**

1) Zu einem anderen, nicht unwichtigen, weil antisemitischen Aspekt der Stalinschen Schrift vgl. Initiative Sozialistisches Forum: Ulrike Meinhof, Stalin und die Juden: Die neue Linke als Trauerspiel, in: ISF, Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken, Freiburg 1990

2) J. Stalin, Marxismus und nationale Frage, Berlin 1950, S. 32

3) W. Pieck, Um die Einheit der deutschen Nation, in: derselbe, Reden und Aufsätze, Band II, Berlin 1950, S. 32

4) W. Pieck, Der Sinn der Entnazifizierung, in: Reden und Aufsätze, Band II, S. 123

5) W. Pieck, a.a.O., S. 125

6) W. Pieck, Die demokratische Bodenreform. Deutschlands Aufbauproblem. Die Kraft der demokratischen Einheit, Rede in: Berlin am 19.9. 1945, in a.a.O., S. 11ff.

7) Zum antizionistischen Engagement der DDR siehe den Vortrag von Thomas Haury, Antizionismus made in GDR, Freiburg 31.5.94; zu beziehen über den Autor, Talstraße 46, 79102 Freiburg.

8) Zitate aus: A. Ackermann, An die lernende und suchende deutsche Jugend, Berlin-Leipzig 1946, S. 15 und 16

9) In: Lenin Werke, Band 22

10) W. Pieck, Stalin – Führer und Lehrmeister des Weltproletariats, in: Reden und Aufsätze Band I, Berlin 1950, S. 536

11) Anonymer Verfasser, Arbeiterklasse und Nation, in: Der junge Marxist. Populärwissenschaftliche Hefte für junge Menschen, Nr.11, Berlin 1949, S. 12

12) Arbeiterklasse und Nation, a.a.O., S. 7

13) A. Ackermann, Der Kampf gegen den Nationalismus – für die Entwicklung eines deutschen Nationalbewußtseins, in: Einheit Nr. 6/1950, Berlin 1950

14) Vgl. dazu Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1968, Frankfurt a.M. 1978

15) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 35

16) A. Kosing, Die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes, Berlin 1962, S. 78

17) A. Kosing, a.a.O., S. 81

18) A. Kosing, Illusion und Wirklichkeit in der nationalen Frage, in: Einheit Nr. 5/1962, S.15

19) Lothar Berthold, Unser nationales Geschichtsbild, 1966, hier zitiert nach: Rainer Koenen, Nation und Nationalbewußtsein aus der Sicht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bochum 1975, S. 79

20) W. Ulbricht, Die nationale Mission der DDR. Rede auf der Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands 15.2.1965, in: derselbe, Die nationale Frage in heutiger Sicht, Berlin 1965

21) R. Lötzsch, Von der DDR-deutschen zur "Ossi"-Identität, in: "Neues Deutschland" vom 26.3.94

# Gute Deutsche sind schlechte Kommunisten

## Die nationale und soziale Frage in der Arbeiterbewegung und der DDR

In Deutschland wurde die soziale Frage aufgrund der schnellen und späten Industrialisierung besonders relevant. 1848 ging das Kommunistische Manifest davon aus, daß die Arbeiter kein Vaterland besäßen und tatsächlich war noch die durch die Sozialistengesetze geprägte Arbeitergeneration von der Nation ausgeschlossen. Klasse und Nation stellten in den Anfängen der kapitalistischen Vergesellschaftung einen Antagonismus dar. Es sollte allerdings nicht mehr lange dauern, bis die deutschen Arbeiter begeistert gröhlten: "Wir sind Soldaten und Sozialdemokraten, beides mit Leib und Seele". Die staatliche Fixierung der Arbeiterbewegung brachte sie sehr schnell ihrer Nation näher. Bei Marx und Engels tauchen Nation und Volk nur als Elemente einer theoretischen Reflexion auf. Die beiden Theoretiker bestanden darauf, jedwede nationale Bestrebung dem Ziel der proletarischen Revolution unterzuordnen. Unglücklicherweise negierten noch nicht einmal Marx und Engels das Recht auf unabhängige Existenz und Selbstverteidigung einer jeden Nation. Wilhelm Liebknecht und August Bebel traten dann in die Fußstapfen der bürgerlichen Tradition von 1848 und fühlten sich schon damals der Nation mehr verpflichtet als ihrer Klasse.

### Wie die SPD die Nation ...

Im Sommer 1913 stellte Bebel in der Budgetkommission des Reichstages die Weichen für die kommende Katastrophe: "Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch von der Sozialdemokratie..." So schnell war die soziale Frage von der Nation überrumpelt worden. Bis auf die wenigen berühmten Ausnahmen kapitulierten die sozialdemokratischen Politiker bedingungslos vor der nationalen Herausforderung. Vollmar hatte bereits 1907 auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale klar Stellung bezogen: "Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein ... so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einen formlosen Völkerbrei denken". (1)

1905 bis 1907 war die Zeit, in der sich die Sozialdemokratie immer mehr mit Preußen/Deutschland zu identifizieren begann. Die Partei erhob Anspruch auf Teilhabe an der deutschen Kulturnation und den Ursprungswerten des Preußentums. Auf dem Essener Parteitag von 1907 verkündete Bebel:

"Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist, als den Boden, auf dem wir leben, dessen Sprache wir sprechen, dessen Sitten wir besitzen, weil wir dieses unser Vaterland zu einem Land machen wollen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht." (2) Einmal die nationalen Interessen des deutschen Volkes gegenüber denen anderer Bevölkerungen anerkannt, war der Weg nicht mehr weit zur Verteidigung des monarchistisch-autoritären Staates.

### ... und die KPD das deutsche Volk liebte

Die leninistische Variante unterschied sich in der nationalen Frage nicht wesentlich von der der Sozialdemokratie. Darüber täuscht die Imperialismustheorie und der konsequente Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung während des Ersten Weltkriegs leicht hinweg. Stalins 1913 verfaßtes Werk "Nationale Frage und Marxismus" blieb bis zuletzt theoretische Grundlage der realsozialistischen Staaten und spukt noch heute in den Programmen der meisten revolutionären Gruppen und Parteien weltweit herum. Lenins später noch genauere Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen eröffnete die Möglichkeit, diese Kategorie weiterhin positiv zu besetzen.

Nachdem es unvermeidlich war, daß sich die Oktoberumwälzung von 1917 allein auf die Sowjetunion beschränkte, entwickelten die dortigen Staatssozialisten die "Theorie vom Sozialismus in einem Land" und von der Verteidigung der sozialistischen Nation, selbst um den Preis damit grundlegende soziale Umwälzungen in anderen Ländern zu verhindern. Bis auf das Adjektiv "sozialistisch" unterschied sich diese Argumentation kaum von der nationalistischen Phrase ihrer sozialdemokratischen Klassenbrüder.

Die deutschen Kommunisten wollten zu Zeiten der Weimarer Republik die besseren Nationalisten sein. In der Programmerklärung zur "nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" von 1930 vollbrachte die KPD das dialektische Kunststück, nationale und soziale Frage unter einen Hut zu bringen. Ausgangspunkt der Überlegungen in dieser Erklärung war die damals populäre Klage über die Ausplünderung Deutschlands durch die Siegermächte. Um das faschistische Kleinbürgertum davon zu überzeugen, daß die nationale und die soziale Frage untrennbar miteinander verknüpft seien, verlor sich die KPD in unerträglicher nationalistischer Rhetorik, die sich in den Jahren zwischen 1930-1933 zu einem Konkurrenznationalismus zu den Nazis steigerte. Ständig versuchte sie den "inkonsequenten Nationalismus" der Nationalsozialisten zu entlarven: "Um mit der eigenen Bourgeoisie fertig zu werden, muß man auch den Mißbrauch des Begriffs der Nation durch sie entlarven." Konsequenterweise begann die KPD kurz vor dem Faschismus, die soziale Revolution in den Begriff der "Volksrevolution" aufzulösen. Immer häufiger sprach und schrieb die KPD von nationalen Interessen. Die imperialistische Nation wurde – wie später in der DDR – zum Gegensatz der "Einheit des deutschen Volkes".

Man müsse dem Kapital das Recht nehmen, im Namen der Nation zu sprechen, denn die nationale Frage sei allein von der fortschrittlichen Klasse zu vertreten. Die KPD schreckte in ihrer Programmerklärung nicht davor zurück, dem "Kapital" und seiner weder "nationalen noch sozialen NSDAP" vorzuwerfen, die Interessen des deutschen Volkes an den italienischen Faschismus zu verkaufen, weil sie in Südtirol die Unterdrückung deutscher Bauern dulden würden. (3)

Kurt Funk (d.i. Herbert Wehner) beschuldigte in seinem Papier von 1938 ("Die deutsche Arbeiterklasse und Großdeutschland") den Imperialismus nur vorgeblich nationalistisch zu sein und griff die Sozialdemokratie wegen der Behauptung an, es existiere eine Differenz zwischen sozialen

und nationalen Interessen. Um in ihrem Glauben an das deutsche Volk nicht irre zu werden, leugnete die KPD noch während der Jahre des triumphalen Massenerfolges der Nazis und der schlimmsten Verfolgung der eigenen Kader – die nicht zuletzt durch Denunziation so rasch dezimiert werden konnten – die deutsche Volksgemeinschaft, ja selbst die Existenz einer faschistischen Massenbewegung. Walter Ulbricht hatte 1936 in einem – allerdings in der Partei umstrittenen Papier – aufgerufen, die antifaschistischen und die nationalsozialistischen Massen auszusöhnen. (4)

Im Widerstand bemühte sich die KPD, bei ihren Volksfront-Bündnispartnern nicht als vaterlandslose Gesellen zu gelten, die noch dazu einer ausländischen Macht verpflichtet waren. Dabei betonte sie ständig, wie sehr ihr die nationale Frage am Herzen lag. Im nachhinein bezeichnete sich die SED in ihrer Geschichtsschreibung als das "heimliche Deutschland". Sie identifizierte sich mit den deutschen Massen und wollte sogar beim 20. Juli dabeisein. Bis zuletzt stritt sie die Volksgemeinschaft ab: "Wir hätten gern dem deutschen Volk das Härteste erspart. Unsere kleine Schar hat aufrecht und tapfer gekämpft. Wir konnten nicht feige sein." (5)

## Die Geburt der DDR aus dem Nationalkomitee Freies Deutschland

Bereits 1935 votierte die KPD im Westen für eine demokratische Republik, das sozialistische Deutschland rückte in weite Ferne. Dennoch konstituierte sich die DDR gewissermaßen während des Zweiten Weltkrieges. Im Mai 1943 beschloß die KPD, eine Organisation deutscher Soldaten und Offiziere zu gründen. Erich Weinert bildete im Kriegsgefangenenlager Krasnogorsk mit wenigen gefangenen Wehrmachts-Offizieren ein Nationalkomitee "Freies Deutschland" mit einem klassisch bürgerlich-demokratischen Programm. Das Komitee bekannte sich zur deutschen Nation und stellte sich das Ziel: "Deutschland darf nicht sterben!" Nur wenn das deutsche Volk sich selbst von Hitler befreie, erobere es sich das Recht, über sein künftiges Geschick selbst zu bestimmen und in der Welt gehört zu werden... Die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung sei die dringendste Aufgabe. Diese Regierung müsse aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen müßten. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee hätten dabei eine entscheidende Rolle zu spielen. (6) Das Manifest endete mit einem Bezug auf deutsche Nationalhelden wie Arndt und Clausewitz, die sich ihre Lorbeeren vor allem im Kampf gegen die "Fremdherrschaft" verdient hatten und als Ideologen bereits Entscheidendes zur Herausbildung jenes völkisch-antisemitischen Gebräus beigetragen hatten, das seither unter dem Markennamen "deutsche Nation" die Welt das Fürchten lehrt. Es entstand ein aus 38 Mitgliedern bestehendes Nationalkomitee mit Weinert als Präsidenten und jenem Grafen Einsiedel als Vize, der noch 50 Jahre später die nationale Zuverlässigkeit einer Partei des demokratischen Sozialismus Kraft seiner über jeden Zweifel erhabenen ungebrochenen Leidenschaft für Deutschland verbürgt.

Die Zeitung "Freies Deutschland" und ein Rundfunksender unter der Leitung von Anton Ackermann wurden gegründet. Die deutschen Offiziere erhielten von der Sowjetunion jeden erdenklichen Spielraum, denn die neue Taktik bestand darin, in den meisten osteuropäischen Ländern patriotische Fronten entstehen zu lassen, und sie deckte sich hervorragend mit den nationalistischen Auffassungen der meisten Komiteemitglieder. Den Höhepunkt der Volksfront-Orientierung bildete die Gründung des Bundes deutscher Offiziere am 11. und 12. September 1943, der keinen Deut besser war als der 20. Juli. Oberst van Hooven argumentierte genau wie Stauffenberg, als er die Notwendigkeit, Hitler zu stürzen damit begründete, daß die totale Niederlage anders nicht abgewendet werden könne.

Die Offiziere betrachteten ihren Widerstand als Aktion zur Rettung des deutschen Volkes. Die Sowjets hielten die KPD dazu an, die Propaganda des Offiziersbundes in das Nationalkomitee zu übernehmen. Sie glaubten dadurch an Wehrmachtsführer heranzukommen und Einfluß auf die Ereignisse nehmen zu können. Als sich immer deutlicher abzeichnete, daß das Nationalkomitee weder Hitler stürzen, noch die Wehrmacht an die Reichsgrenze zurückbewegen konnte, wurde damit begonnen, die DDR aufzubauen, d.h. wichtige Positionen im Nachkriegsdeutschland wurden angepeilt. Polizei, Armee und besonders die Sicherheitsdienste der späteren DDR schöpften ausgiebig aus dem Reservoir ihrer frisch konvertierten Antifa-Schüler. Die Vereinigung des Bundes mit dem Nationalkomitee bedeutete schließlich, daß die Sowjetunion genauso wie die KPD mehr auf nationale, als auf kommunistische Kräfte setzte. Aus einer taktischen Überlegung, die aus der Schwäche der kommunistischen Bewegung geboren war, wurde ein staatliches Projekt, das sich sozialistisch nannte.

Wie im Osten, so hat auch die KPD im Westen nach dem Krieg nicht als revolutionäre Klassenpartei, sondern als antifaschistisch-demokratische Partei des Kampfes für die nationale Einheit Deutschlands gewirkt, eine Partei die darauf beharrte, einen deutschen Weg zum Sozialismus zu gehen. Nach dem schlechten Wahlergebnis von 1949 (5,7 %) beanspruchte, die "Nationale Front" unter Führung der KPD den revolutionären Klassenkampf und den nationalen Widerstand erneut zu koppeln, d.h. ihr Kampf richtete sich sowohl gegen die "alliierten Kolonialmächte" als auch gegen ihre Helfer, die deutsche Bourgeoisie.

Die SED vermied es genauso, Lehren aus der Niederlage der Arbeiterbewegung im Faschismus zu ziehen. Sie blieb dem KPD-Programm von 1930 auf redundante Art und Weise treu. Bis zum bitteren Ende der DDR 1989 blieb die "deutsche Nation" positive Grundlage ihres politischen Handelns. Bereits die Forderung der KPD 1945 nach einer antifaschistischen Demokratie in einem einheitlichen Deutschland entbehrte jeder sozialen Kategorie. Kurz darauf unterstellte man Adenauer, die deutsche Nation zerrissen zu haben. Deutsche Nationalkommunisten wollten damit nichts zu tun haben.

Das politische Kräfteverhältnis und die Entwicklung und Stimmung in den Bruderstaaten bestimmten die Position zur deutschen Nation und deren Legitimation in der DDR. Der emanzipatorische Gehalt der sozialen Frage, der darin besteht, die kapitalistische Vergesellschaftung endgültig aufzuheben, hatte von Anfang an in der DDR keinen Platz. Die SED gab vor, die soziale Frage gelöst zu haben und bestritt so die Möglichkeit einer menschlichen Emanzipation außerhalb des Kommandos über die Arbeit. Daß ihnen dieser Weg verschlossen blieb, trug nicht unwesentlich dazu bei, daß die DDR-Bürger ihre "soziale Frage" im einigen Vaterland, also national lösten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung war die ihrer Integration in die bürgerliche Gesellschaft, die sich endgültig durch einen positiven Bezug erst auf die bürgerliche, dann auf die sozialistische Nation vollzog. Durch ihre Haltung zur nationalen Frage arbeitete die DDR seit ihrer Gründung für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Bis Ende der 60er Jahre unternahm sie dies offen und bewußt. Zunächst verkaufte man die DDR als Fortsetzung des deutschen Klassenkampfes nach dem Faschismus. Die SED lehnte die deutsche Nation nach dem Nationalsozialismus nicht ab, wie es sich für anständige Kommunisten geziemt hätte, sondern beanspruchte, der eigentlich legitime Vertreter Deutschlands zu sein. Dabei spielte der Legitimationsdruck, nicht einfach nur Teil des "Besatzerregimes" zu sein, keine unwesentliche Rolle.

Die beiden Cheftheoretiker in der nationalen Frage, Alfred Kosing und Hermann Axen, begründeten diesen Alleinvertretungsanspruch bzw. die Überlegenheit des

DDR-Gemeinwesens zwar immer noch mit der sozialen Frage, aber behaupteten dreist, dieselbige gelöst und überwunden zu haben. Kosing ging davon aus, daß es in jeder Nation eine führende Klasse gebe, in der BRD natürlich die Bourgeoisie und in der DDR die Arbeiterklasse. In einem seiner vielen langweiligen Texte zur nationalen Frage setzt er Nation und Klasse gleich, d.h. er behauptet, daß die kapitalistische Nation aus zwei Nationen bestünde, während in der DDR die Homogenisierung der Nation durch die Machtübernahme der Arbeiter vollendet worden sei.

Kosings Vorstellung von der sozialistischen Nation erinnert unangenehm an die deutsche Volksgemeinschaft, die es ja auch geschafft hatte, alle Klassen in der deutschen Nation aufzulösen. "Auch die sozialistische Nation, die aus der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Nation hervorgeht, ist eine soziale Einheit von Klassen und Schichten, die durch ökonomische, soziale, politische und ideologische Beziehungen im nationalen Rahmen verbunden sind." (7) Wieder einmal ist es die Nation, die soziale Widersprüche glättet und in den Sozialismus überführt. Spätestens nach 1945 kann eine derartige Argumentation nur noch volksgemeinschaftlich verstanden werden: "Die sozialistische Nation kennt keine Antagonismen, Krisen und sozialen Erschütterungen. Sie bildet mit ihrem Fortschreiten die nationalen Beziehungen allmählich zu einer Gemeinschaft aus, die durch eine weitgehende soziale Homogenität charakterisiert ist". (8) Als geschichtsmächtiger Träger des ganzen deutschen Volkes firmiert die Arbeiterklasse unter Führung der SED, die die national unzuverlässige deutsche Bourgeoisie abzulösen berufen gewesen sei, weil nur sie in der Lage gewesen sei, die soziale und die nationale Frage so harmonisch miteinander zu verbinden.

"Der unversöhnliche Widerspruch zwischen den egoistischen Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie und den nationalen Interessen des deutschen Volkes hatte besonders krasse und mehrfach dramatische Formen angenommen. Im Gegensatz dazu war die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung stets den Interessen des ganzen Volkes verpflichtet gewesen. Sie hatte sich damit das geschichtliche Recht auf die Führung der Nation erworben... Die Bürger der DDR hatten von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch gemacht." (9)

Die pragmatische Wende der SED gegen die Wiedervereinigung Ende der 60er Jahre führte keineswegs zur einer Abkehr von der Nation. Die soziale Frage erlangte erneut ideologische Bedeutung, allerdings nur im Westen, da sie als im Osten bereits gelöst angesehen wurde, und dieser fundamentale Unterschied – "der soziale Inhalt der Nation" – stünde der Wiedervereinigung im Weg. So wie es unterdrückte und unterdrückende Nationen gebe, so gebe es den fortschrittlichen (proletarischen) und den reaktionären (bürgerlichen) Nationalismus.

Der Todfeind der Nation war in der DDR-Wissenschaft leider nie der Kommunismus, sondern der kosmopolitische Imperialismus. Dem BRD-Alleinvertretungsanspruch auf die deutsche Nation stellte man einen absurden, plumpen und vor allem hilflosen Konkurrenznationalismus gegenüber: "Der konsequente Kampf gegen diese nationalistische Ideologie ist untrennbar mit der weiteren Entwicklung des sozialistischen Nationalismus in der DDR verbunden." (10) Dieser Konkurrenznationalismus leitet seine Überlegenheit aus der Verschmelzung von nationaler und sozialer Frage ab. "Das Bekenntnis zur Arbeiter- und Bauern-Macht und die Förderung eines sozialistischen Staatsbewußtseins waren unter den gegebenen besonderen Bedingungen von großem Gewicht für die Entwicklung des nationalen Selbstverständnisses der Bürger der DDR. An der Existenz eines souveränen sozialistischen deutschen Nationalstaates und an der tiefen gesellschaftlichen Kluft, die ihn vom imperialistischen deutschen Staat trennte, wurden die Ergebnisse des Kampfes um die Lösung der nationalen Frage besonders sichtbar. Der sozialistische deutsche Staat war eine wichtige Realität und Orientierungsgröße, wenn es galt, den eigenen Platz zu bestimmen." (11) Schließlich benötigten Nationen eigentlich alle den Sozialismus, den nur da könnten sie sich "voll entfalten". (12) Was sich da unter Führung der SED entfaltete, war allerdings die Nation, deren "Orientierungsgröße" dann – nur für SED-Nationalisten verwunderlich – nicht der Sozialismus war, sondern das einige Vaterland, das mit nationalen Kommunisten genau so zu verfahren gewohnt ist, wie jetzt zum Beispiel das Strafgericht Moabit mit Erich Mielke.

Lenins Auslegung der Kannibalenparole des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen suggerierte, daß die nationale Frage einen sozialen Inhalt besäße. Die DDR erbrachte den historischen Beweis, daß die soziale Frage nur unter die Nation subsumiert, aber keineswegs emanzipatorisch aufgehoben wurde.

Noch der Versuch, den DDR-Konkurrenznationalismus aus dem sogenannten "Wärmestrom der deutschen Geschichte" (Ernst Bloch) abzuleiten, also aus den Klassenkämpfen seit dem Bauernkrieg, blamierte sich jämmerlich. Im Kampf mit dem bürgerlichen Nationalismus in der BRD, der als antikommunistische Ideologie zurückgewiesen wurde, versuchte man kein Feld unbestellt zu lassen. Hatte man zunächst nur auf den Thomas Münzer gesetzt und den Luther den Reaktionären im Westen überlassen und durch diese selektive Traditionspflege die geteilte Nation symbolisiert, sollte es seit Aufgabe der Forderung nach Wiedervereinigung, Ende der 60er Jahre, der ganze Kuchen sein. So gesellte sich der Bauernschlächter zum Revolutionär, Bismarck zu Bebel und Nietzsche zu Marx. Wo die Klassenwidersprüche aufgehoben sind und nationale Geschichte im glücklichen Hafen der Erfüllung für immer vor Anker geht, kann keine Wegmarke zufällig und kein Weggefährte nur schlecht gewesen sein – jedenfalls bis zum Anbruch des Zeitalters des Imperialismus. Und wahrlich: "Von einer Flucht aus der deutschen Geschichte – wie imperialistische Ideologen behaupteten – konnte keine Rede sein". (13)

Was blieb, war die Aufhebung aller Klassenwidersprüche in der deutschen Nation. "Das Programm kennzeichnet die sozialistische deutsche Nation als eine von – "antagonistischen Widersprüchen" – freie, stabile Gemeinschaft freundschaftlich verbundener Klassen und Schichten, die von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird." (14) Ein Programm, das 1989 prächtig erfüllt, ja schon geradezu übererfüllt werden sollte: Eine untereinander freundschaftlich verbundene, stabile Volksgemeinschaft hat sich von dem ihr auferlegten antagonistischen Widerspruch befreit und die marxistisch-leninistische Partei, die sich die Führung angemaßt hatte, zum Teufel gejagt und so der deutschen Nation zu sich selbst verholfen.

**Elfriede Müller**

**Anmerkungen:**

1) Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 136.
2) Parteitag 1907 in Essen, Protokoll, S. 255.
3) Vgl. Antifaschistischer Kampf und KPD-Politik in der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 30.
4) Vgl. Ulbricht, W., Für die Aussöhnung des deutschen Volkes, gegen die dreitausend Millionäre, gegen die Kriegstreiber", Rundschau Nr. 46, 1936, S. 1897ff. 1937 distanzierte sich Ulbricht bereits von diesem Text.
5) Weisenborn, G., Der lautlose Aufstand, Hamburg 1953. Das Zitat stammt von dem Bildhauer Kurt Schumacher aus seinem letzten Brief.
6) Weinert, Erich, Das Nationalkomitee "Freies Deutschland", Berlin (Ost) 1957, S. 17f.
7) Ebenda, S. 51.
8) Ebenda, S. 52.
9) Hofmann, Jürgen, Ein neues Deutschland soll es sein, Berlin 1989, S. 189
10) Buhr, M. und A. Kosing, Kleines Wörterbuch der Marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1974, S. 196.
11) Hofmann, J., S. 243.
12) Ebenda, S. 258.
13) Ebenda, S. 262.
14) Ebenda, S. 272.

# “Die Sache mit der Nation”

## Völkisches aus der PDS

Think-tank der PDS in Sachen Nationalismus ist eine Professorengruppe ehemaliger DDRler, die eifrig bemüht ist, den DDR-Nationen-Begriff, der nur darin geirrt habe, daß er von der Möglichkeit einer DDR-Nation ausging, auf die Höhe der wiedervereinigten Zeit zu heben. Ihr Nationalismus grenzt ans Völkische, ihr Ausgangspunkt für das Scheitern der DDR und des Realsozialismus ist die These, daß dieser die “nationalen Gefühle” der Völker mißachtet habe. In drei Tagungen des PDS-nahen Bildungsvereins “Helle Panke” wurde die “Sache mit der Nation” erörtert (1).

Unwidersprochen scheint unter den Professoren die Aussage zu sein, “die politische Linke” habe “ihre Position zum Nationalen zu überdenken”, weil für sie “nationale Probleme weitgehend im Internationalismus des Klassenkampfes aufgingen” (2). Diese Aussage ist absurd, unterstellt sie doch, daß ernsthaft Internationalismus und Klassenkampf Denken und Handeln in den realsozialistischen Staaten bestimmt hätten. Das hat Stalin bei all seiner Rhetorik, die dieses Mißverständnis nahelegen könnte, auch postum nicht verdient.

### Die “ethnische Substanz eines Volkes”

Am deutlichsten ist in der Professorenriege der Leipziger Sorabistik-Professor (3) Ronald Lötzsch, regelmäßiger Autor von “Neues Deutschland”. Sein ganzer Haß gilt den “nationalen Nihilisten” und jenen, die propagieren “die Linke braucht kein Vaterland”. Lötzsch betrachtet die historische Entwicklung der Menschheit und des Verhältnisses Mensch – Natur vom Standpunkt des Völkerkundlers. Und nichts liebt er so sehr wie die “ethnische Vielfalt der Menschheit”, der in der Geschichte “nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt” worden sei (4). Menschen tauchen bei ihm nicht als Individuen auf, sondern als Völker. Nicht der Mensch, eine Gruppe von Menschen oder die Insassen eines Staates wurden in ihren Rechten verletzt, sondern “Völker, deren nationale Interessen und Gefühle permanent, nicht selten jahrhundertelang, mit Füßen getreten wurden.” Als Beweis, daß jeder Angehörige einer Gemeinschaft das zwar nicht so erfahren haben muß, es aber dennoch irgendwie in sich trage, dient, daß “99,9% aller Menschen das ausgeprägte Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ethnos” besitzen (5). Prof. Engelstädter hat erkannt, daß egal wo jemand Staatsbürger ist, “die Zugehörigkeit zur ethnischen Gemeinschaft erhalten bleibt. Der eine oder andere mag dies subjektiv anders empfinden. Doch seine ethnische Herkunft ist ihm von Geburt an eigen.” (2)

Nicht einmal der Begriff *Nationalität* findet vor Lötzschs Urteil Gnade, ethnische Gemeinschaften sollten *Völkerschaften* genannt werden (6). “Die mittelalterliche deutsche Völkerschaft” entstand für Lötzsch als “Prozeß der Integration zu einer ethnischen Gemeinschaft, die sich ihrer Zusammengehörigkeit auch bewußt war und sich tatsächlich zusammengehörig fühlte, [er] dauerte Jahrhunderte, brachte dann aber Bindungen hervor, die alle später hinzukommenden an Stabilität übertrafen.” Und das seit tausend Jahren, denn “der Volksname Deutsche, der einen gewissen Abschluß der Integration unserer Vorfahren zu einem Volk manifestierte, kam z.B. um die Jahrtausendwende auf” (4). Hat man hier schon den Eindruck, daß der Professor Völkisches als genetische Bindung faßt, die wir in uns wiederfinden (müssen), so spricht er an anderer Stelle von “in der Substanz geschwächten Ethnien wie Sorben und Friesen”. (6)

Sein Kollege Prof. Kasper formuliert noch unmißverständlicher, daß “die dogmatischen stalinistischen Praktiken in der Nationalitätenpolitik der SED... *der ethnischen Substanz des sorbischen Volkes* irreversiblen Schaden zugefügt” habe (7). Die Rede ist von “Methoden des Drucks und des Zwangs” bei der Errichtung landwirtschaftlicher Genossenschaften und von der Umgestaltung des Mittellausitzer Gebiets in das Braunkohle- und Erzbecken der DDR. Sorbisches Kulturgut sei unter die Bagger der industriellen Entwicklung, die sorbische Sprache unter die Räder des Arbeitsalltags geraten, da sie in “gemischtnationalen Arbeitskollektiven” weniger gepflegt wurde als “im bäuerlichen Familienbetrieb” (obwohl beides, Sprache und Kultur, durchaus in der DDR-Verfassung geschützt war). Das ist so, als wenn die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Auswirkungen von EG-Agrarpolitik und Landflucht unter dem Gesichtspunkt der “Vernichtung der ethnischen Substanz des deutschen Bauerntums” betrachtet würden, und nicht als gewaltsames Ergebnis der Durchsetzung einer Produktionsweise, die derlei “ethnische Substanz” nur noch als Folklore oder plattdeutsche Talk-Show präsentieren mag.

### “Mißachtung der eigenen nationalen Interessen”

Doch den Professoren geht es eben um mehr als Folklore und Pflege von Kulturgut. Sie wollen den Vorrang des Nationalen beweisen. Lötzsch: “Solange Angehörige bestimmter Gemeinschaften begründete Ursache haben, sich in ihren nationalen Interessen und Gefühlen als beeinträchtigt anzusehen, braucht man ihnen mit anderen Problemen nicht zu kommen. Die Endphase der Sowjetunion spricht gerade in dieser Hinsicht Bände.” (5) Will sagen, der reale Sozialismus ist an seinen “Völkerschaftsproblemen” gescheitert und nicht an der Unfähigkeit, eine andere als den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie verpflichtete Produktionsweise aufzubauen. Der Vorrang des Nationalen vor dem Klassenantagonismus drückt sich auch darin aus, daß Lötzschs Mitdiskutanten in “Die Sache mit der Nation” sich redlich bemühen, den kapitalistischen Prozeß unter nationalen Gesichtspunkten sozial zu regulieren und staatsinterventionistisch das “nationale Kapital” an der Flucht in nichtnationale Anlageinvestitionen zu hindern, um den Vorrang der “Gemeinschaftsaufgabe Ost” zu betonen (8).

Da wird ein weiterer Eckstein der DDR- und KPD-Nationentheorie deutlich: der “Verrat der Bourgeoisie an der Nation”. “Lediglich die Unterjochten”, schreibt Lötzsch, “wehrten sich” im Prozeß der Herausbildung der “Völkerschaften (...) solange sie dazu in der Lage waren” gegen das Verschwinden ihrer jeweiligen Ethnie. “Schien der Widerstand aussichtslos, ging die Oberschicht meist mit schlechtem Beispiel voran und ließ sich, sofern ihr nur ihre Privilegien belassen wurden, bereitwillig assimilieren.” (4) Erleben wir das heute nicht auch wieder? “Vereinigungsgewinne” werden – so Stefan Bollinger (8) – nur abgezogen und nicht reinvestiert, und im Sinne eines “Wirtschafts’internationalismus’” außer Landes geführt.

Was aber soll das Ganze für die Linke bedeuten? In seiner These 7 zur "nationalen Frage" wirft Lötzsch Rechten wie Linken Versäumnisse vor. "Während sich die Rechte *nur* gegenüber den nationalen Belangen anderer Völker nihilistisch verhält, die Interessen der eigenen Nationalität dagegen egoistisch mit allen Mitteln verteidigt, neigt die Linke *sogar* zur bewußten Mißachtung der eigenen nationalen Interessen." Beweis, so These 8: "Ein beredtes Zeugnis dafür ist die Geschichte der DDR, deren Scheitern auch darin begründet ist, daß die Mehrheit ihrer Bürger, nicht nur der unfreiwilligen, nicht bereit war, die Trennung vom größeren Teil der Nation hinzunehmen." (4) Wir sind ein Volk, von "links" begründet.

Doch wie kommt dann die Wendung zustande, daß Lötzsch auf einmal die Ossis "in historisch kürzester Frist" als "zur größten nationalen Minderheit in Deutschland geworden (ansieht) – vor Türken, Kurden, Sorben, Dänen und Friesen", als Opfer einer "Kolonialisierung Ostdeutschlands" (4)? Das ist in erster Linie der begrifflichen Schludrigkeit des Autors geschuldet, denn als unterdrückte Ethnie kann er sie nach eigener Logik ernsthaft nicht bezeichnen. Deshalb spricht er auch von "Deutschen zweiter Klasse". Mal ist für ihn eine Ethnie eine Ethnie, weil sie es eben immer schon war – deshalb erwähnt er Sorben, Dänen und Friesen, die normalerweise niemand als unterdrückte Minderheit ansieht –, mal konstruiert er die Ethnie über ein Unterdrückungsverhältnis (9), weswegen auch die Ossis zur "nationalen Minderheit" werden, die besonderen Schutzes bedürfen.

## Volksgruppenpolitiker

Gemeingefährlich werden die ideologischen Folgerungen der PDS-Nationalisten. Auf ihrer dritten Fachtagung am 17. September wurde über "Nationales im Konzept der Neuen Rechten" und linke Gegenkonzepte diskutiert. In den dazu vorgelegten Thesen von Prof. Engelstädter steht das Bemühen im Vordergrund, dem Nationalismus der Rechten ein "modernes Selbstverständnis des Nationalen" entgegenzusetzen. Bei ihm liest sich das in seinen Thesen 20 und 21 so: "Rassen sind menschliche Gemeinschaften, die sich in bestimmten geografischen Lebensräumen differenziert entwickelt haben. Ihre regionale Eigenart prägt unterschiedliche Elemente der Weltkultur. Nationen entstehen auf einer viel jüngeren Entwicklungsstufe. Historisch gehen sie aus ethnischen Gemeinschaften hervor, die sich an kapitalistische bzw. auch nachkapitalistische Lebensverhältnisse annähern. Nationen sind ethnische Gemeinschaften, die ein solches Stadium erreichen und als gemeinsame Entwicklungsform nutzen. Nationale Interessen wären dann die gemeinsamen Interessenstrukturen der nunmehr nationalen ethnischen Gemeinschaft. Sie heben sozial differenzierte Interessenlagen in der nationalen Gemeinschaft nicht auf." (2)

"Rassen" und Nationen als natürliche und historisch entstandene Gegebenheiten gesetzt, will Engelstädter dem "Ethnopluralismus" der Rechten, der gegen eine "Vermischung von Ethnien und Kulturen" agiert, den linken Ethnopluralismus entgegensetzen: zwar keine Vermischung, aber ein rechtlich geregeltes Nebeneinander. "Unterschiedliche ethnische Gemeinschaften und soziale Interessengruppen" (früher: Klassen) bilden eine "multikulturelle und vielschichtige" "nationale Gemeinschaft". (These 22)

Der Nationalstaat als Kern der Gemeinschaft entspreche einer "eurozentristischen", "westeuropäischen" Sichtweise. (These 22). Zwar werde der Nationalstaat noch lange "für nationale Entwicklungen" bedeutsam bleiben, doch Nation und Nationalstaat sind daher für ihn so wenig dasselbe, wie "Ethnisches und Staatsbürgerliches". (These 23) Seine Perspektive "sind Lösungen der nationalen und ethnischen Probleme zunächst in Regionen, innerhalb und zwischen den Staaten", die "schrittweise gleiche Beziehungen zu anderen Regionen auszubilden" haben (These 25).

Man denke dies weiter, und schon ist man bei der Tradition deutscher Volkstumspolitik gelandet. Engelstädters "Europa der Regionen" mag sich noch so gleichberechtigt und aufgeklärt geben (er benutzt sogar den Begriff des "Weltbürgers"), es würde auf der Basis ungleicher ökonomischer und sozialer Entwicklung vonstatten gehen. Über die Aufhebung von Staat und Kapitalismus reden die marktorientierten PDS-Nationalisten dagegen gar nicht mehr. Damit wäre der deutschen, oder einer anderen ökonomisch vergleichbar starken "Ethnie" der Weg der Ordnung dieses Europas nach eigenem Interesse geebnet. Über regionale Interessenpolitik (denn die deutsche "nationale Gemeinschaft" gibt es in Dänemark, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Italien, Rumänien, Tschechien, Polen, Rußland) wäre beliebig in andere Staaten hineinregierbar.

Daß dieses nationale Hauen und Stechen auch noch rechtlich abgesichert werden soll, ist makabrer Höhepunkt dieser Gedanken: "Doch Subjekte des Völkerrechts sind nach wie vor Staaten, nicht Individuen und Gemeinschaften", beklagt Engelstädter derzeit geltendes internationales Recht (These 24). Verknüpft mit Lötzschs Forderung der "Anerkennung des Rechts jeder Nation, auch der kleinsten, auf Selbstbestimmung", die dem derzeit geltenden "Prinzip der 'Unverletzlichkeit der Grenzen'" übergeordnet werden sollte (4) (These 10), wäre dann der Übergang der "Linken" von Rosa Luxemburgs "Sozialismus oder Barbarei" zum "Barbarei statt Sozialismus" gelungen.

Es ist gerade diese deutsche Definition von *Völker*recht als Recht von Volksgruppen in der Tradition des Nationalsozialismus, die auf internationaler Ebene von bundesdeutschen Experten verstärkt ins Spiel gebracht wird (10). Die linke "Sache mit der Nation" strebt einem traurigen Höhepunkt zu.

**Heiner Möller**

**Anmerkungen:**

1) Die Sache mit der Nation 1, Materialien zweier Fachtagungen der "Helle Panke" vom Mai und November 1993, Berlin, Februar 1994; die dritte Tagung fand am 17.9.94 statt.

2) Prof. Dr. Heinz Engelstädter, Nationales im Konzept der Neuen Rechten, Juni 1994, 26 Thesen für die 3. Fachtagung "Die Sache mit der Nation" der Bildungseinrichtung "Helle Panke" (unveröffentlichtes Skript)

3) Sorabistik, die Wissenschaft von der Volkstumskunde der Sorben, die als in der brandenburgischen und sächsischen Landesverfassung anerkannte Minderheit vor allem in der Lausitz leben; man geht von etwa 60.000 Bekenntnis-Sorben aus.

4) Ronald Lötzsch, Zehn Thesen zur nationalen Frage, in: Die Sache..., S. 5-11

5) Ronald Lötzsch, Linke Schwierigkeiten mit der nationalen Frage, in: Die Sache..., S. 12-14

6) Ronald Lötzsch, Der Schutz nationaler Minderheiten aus historischer und aktueller Sicht, in: Utopie kreativ, 45/46, Juli/August 1994, S. 16-37

7) Martin Kasper, Zum Platz ökonomischer Komponenten im Gefüge der Wertvorstellungen bei Sorben im Streben nach nationaler Identifikation, in: Die Sache..., S. 26-32 (s. Anm. 1)

8) So schreibt z.B. Dr. Stefan Bollinger, daß "in den Wirtschafts'internationalismus' der Unternehmen einzugreifen" sei, weil "deutsche Unternehmer" 28 Mrd. DM im Ausland, ausländische Unternehmer aber nur 1,2 Mrd. DM in Deutschland investiert hätten. In: Die Sache..., S. 46/47

9) Insbesondere, wenn Lötzsch über Jugoslawien schreibt, geht mit dem Volkstumskundler die Sau politisch durch. Kroaten, Slowenen und Bosnier werden auf einmal zu unterdrückten Völkern der "großserbischen" Ethnie. Daß er hier politisch und nicht "völkerkundlich" argumentiert, wird da deutlich, wo er seine uneingeschränkte Sympathie im politischen Zerfall Jugoslawiens antiserbisch begründet. Ausgerechnet in der serbenfresserischen BRD entdeckt er einen Chor proserbischer Linker und lobt nur einige wenige Lichtblicke, Andrea Lederer und ihren Bundestagsmitarbeiter Schmidt von der PDS, sowie als "rühmliche Ausnahme": "die TAZ mit ihren fundierten Berichten und Kommentaren beispielsweise von Erich Rathfelder und Andreas Zumach bzw. mit prononcierten Stellungnahmen von Politikern wie Freimut Duve oder Daniel Cohn-Bendit" (Lötzsch, Schutz..., s. Anm. 6).

10) Vergleiche dazu meinen Artikel über das deutsche "Völkische Prinzip", in: BAHAMAS 11/1993, insbesondere die Seiten 26 und 27.

# Ost-Identität und nationale Geschichtspropaganda

In letzter Zeit mehren sich die Veranstaltungen besonders im Osten, auf denen Linke die "schwierige" Frage diskutieren, wie sie mit der Nation umzugehen hätten. Nicht die Kritik des Nationalismus in Deutschland wird betrieben, nicht die sich neu formierende Nation wird aufs Korn genommen, sondern der Platz, den man innerhalb dieser Nation einnehmen möchte, wird ausgespäht. Besonders in Diskussionen, bei denen eine antinationale Position formuliert wird, verbünden sich Ost-Linke argumentativ noch offensiver als linke Nationalisten aus dem Westen mit Rechten und Neonazis. So jedenfalls ist es in Berlin inzwischen auf mehreren Veranstaltungen geschehen. Konfrontiert mit einem antinationalen Standpunkt bieten Ost-Linke hemmungslos die Restposten feil, die aus der DDR von der Geschichts- und Theoriepropaganda zur "sozialistischen deutschen Nation", zum "Vaterland", zum "Patriotismus" und zur "sozialistischen Heimat" übriggeblieben sind. Der DDR-Konkurrenznationalismus gegenüber der BRD und seine geschichtsphilosophischen Begründungen verbinden sich heute mit der Ost-Identität in den fünf neuen Ländern. Solche Identifikation wird von Linken im Osten kräftig gefördert, immer an Vorstellungen anknüpfend, ihre neue Welt sei als imperialistisches Ausgreifen der BRD gegenüber der DDR zu verstehen. Die KPD verteilte in Berlin einen Aufkleber, der diese Haltung in den Worten eines "Nationalkomitees Freie DDR" auf den Punkt brachte: Kampf dem BRD-Besatzer-Regime; als sei die Behandlung, die sie heute erfahren, nicht die redliche Realisierung eines von der überwiegenden Mehrheit der DDR-Bevölkerung an die Bundesregierung erteilten Auftrags. Jene Minderheit, die das Ende der DDR lieber verhindert hätte, täte gut daran, ihre Mitverantwortung für die Ausbrüche jenes ungepflegten Nationalismus vom Herbst 1989 zu erkennen: Sie besteht in der 40jährigen Propagierung eines "gepflegten", sozialistisch geläuterten Nationalismus, der auch heute noch mit Zähnen und Klauen gegen linke Sektierer verteidigt wird. "Wir sind ein Volk" beinhaltete die Forderung nach Gleichbehandlung im nationalen Kollektiv in der Hoffnung, die Übergangszeit werde schon nicht allzu schlimm werden, schließlich sind wir ja alle Deutsche.

Die Ost-Linken, und nicht nur sie, reagieren geradezu allergisch auf die richtige antinationale Erkenntnis, daß aus einem Haufen staatlicher Gewalt unterworfener Leute dann eine Nation wird, wenn Nationalisten sie dazu erklären. Die Reaktionen auf diese Position sind litaneimäßig die gleichen. Ein "linksradikales Wolkenkuckucksheim" wird ausgemacht, "Fakten" und "historische Tatsachen" würden geleugnet. Fakten sind danach Sprache, Kultur und Staatsgrenzen, innerhalb derer sich die Klassenkämpfe abspielen. Antinationalisten leugnen aber nicht Sprache, Kultur und Staatsgrenzen, sondern die Behauptung, daß sich daraus so etwas wie eine Nation erklären ließe – nicht zu reden von einem positiven Verhältnis dazu. Die DDR-Geschichtswissenschaft trat mit dem Anspruch an, die Nation und ihre Herausbildung "materialistisch" und "konkret" mit Marx, Engels (die in der DDR auch als "Patrioten ihres Volkes" bezeichnet werden konnten) (1) und Lenin erklären zu können. Sie unterschied sich dadurch von den bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften, an denen von DDR-Seite kritisiert wurde, daß sie die Nationsbildung "weitgehend auf die Entwicklung des Nationalbewußtseins verengt" hätten. "Demgegenüber bleiben die realen geschichtlichen Basisprozesse (...) weitgehend ausgespart." (2) Entsprechend wird der obige antinationale Standpunkt als unmaterialistisch, bzw. als bürgerlicher Idealismus identifiziert.

## Die "Basis" der Nation

Nationalbewußtsein kann als irrationale gedankliche Bewegung parallel zur ungleichen Entwicklung des weltweiten Kapitalismus gefaßt werden. Es setzt die Herausbildung von Staaten und damit von Staatsvölkern voraus. Was weltweit als sich verschärfender Konkurrenzkampf zwischen Staaten ausgetragen wurde, die um die Beherrschung der natürlichen und menschlichen Ressourcen stritten – erste Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit im unaufhaltsam sich etablierenden Weltmarkt –, wurde besonders in den entwickelten Ländern unter nach innen gerichteten Kriterien wahrgenommen. Diese Kriterien konnten unterschiedliche Formen annehmen, es konnten der Nationwerdung immanente Entwicklungen, Prozesse der Unterdrückung oder der Befreiung beschrieben werden. Gemeinsam ist allen diesen Konzepten, daß die unterschiedlichen Niveaus und Bedingungen der kapitalistisch dominierten weltweiten Entwicklung darin als innerstaatliche, als nationale Probleme wieder auftauchen.

Die notwendige Zurichtung der Bevölkerung für die Erfordernisse des allseitigen Warentausches erforderte neben ihrer gewaltsamen Mobilisierung auch die praktische und ideologische Verpflichtung des ganzen Staatsvolkes auf die Ziele des Handelsstaates. Wo früher persönliche Abhängigkeitsverhältnisse vom Fronherren jede Vorstellung des Beherrschten von Staatlichkeit im modernen Sinne überlagerten, sollte der Hintersasse nun im Zeichen der abstrakten Gleichheit von Geld und Gesetz dem ganzen Land als Staatsbürger dienen. Um den unverständlichen Zuständen Sinn zu verleihen, wurde der von außen gesetzte und nach innen durchgesetzte Zwang als aus der Mitte des Landes und der ihn bewohnenden Menschen entsprungener Auftrag interpretiert. Zur Natursache und kollektiven freien Entscheidung wurde erklärt, was unter nacktem Zwang den Menschen angetan wurde. Ein Konglomerat aus Territorium, Geschichte, Sprache und Kultur wurde so zunächst von interessierten Teilen eines Staatsvolkes und schließlich qua staatlicher Doktrin als Nation interpretiert und allen als identitätsstiftender Rahmen übergestülpt. Weil die Stifter von Nation und Erfinder von Nationalbewußtsein an ihre Sache glaubten und glauben, wie sonst nur an Naturtatsachen, und der Appell an den gesunden Menschenverstand den falschen Zusammenhang dem Alltagsverstand immer wieder als Realität vorstellt, konnte die offenbare Willkürlichkeit und Subjektivität des herbeihalluzinierten Gebäudes als verobjektivierter Schein wissenschaftliche Wahrheit für sich beanspruchen. Die jedem Nationalismus innewohnende Mischung aus Homogenisierung nach innen und geschichtlich fundiertem Heilsauftrag macht sie alle gleich in ihrer extrem gewalttätigen Potentialität nach innen wie nach außen, bis hin zum Faschismus (3).

Der Marxismus vermochte den Nationalismus ebensowenig wissenschaftlich zu erklären, wie andere Theorien. Marx und Engels sind fälschlicherweise davon ausgegangen, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats stärker bleiben würde als das Nationalbewußtsein. Lenin glaubte deshalb, das Nationalbewußtsein realpolitisch einbinden zu können.

Geschichtsmetaphysische Hilfsmittel wie der Dialektische Materialismus vermochten das Problem auch nicht zu lösen. Dieser wußte zwar von einem "dialektischen Verhältnis von Nationalismus und Internationalismus" zu raunen, vermochte dabei aber nicht mehr als einen simplen Zusammenhang philosophisch aufzuladen, ohne auch nur die verwendeten Begrifflichkeiten zu bestimmen.

In dem aktuellen Streit über die Nation wirken die theoretischen Bemühungen der DDR-Wissenschaft zur Etablierung des "sozialistischen Vaterlandes" nach. Sehen wir uns genauer an, mit welchen "Fakten" die DDR-Theorie zu diesem Thema aufwartet. Um die Wurzeln heutiger ostlinker Haltungen durchschaubar zu machen, sollen im folgenden Positionen einiger Ideologen des DDR-Nationalismus diskutiert werden (Nachweise der jeweils Zitierten finden sich in den Anmerkungen).

Die DDR-Theorie zur Nation ist, wie jede bürgerliche Ideologie der Nation, ein Erklärungsversuch nach dem Binnenmuster. Zwar wird wahrgenommen, daß sich Nationen mit dem Kapitalismus herausbilden, die Antriebskräfte dafür werden aber fälschlich im Land selbst gesucht (nationale Klassenkämpfe, Kultur). Die DDR ging eher gezwungenermaßen (sie wollte ja noch lange nach 1945 die Einheit) daran, die "sozialistische deutsche Nation" zu propagieren. Der zunächst ungewollte Staat wurde als das "sozialistische Vaterland" bezeichnet und mit entsprechenden Würden versehen. Das "sozialistische Vaterland", argumentierten DDR-Gesellschaftswissenschaftler nun, sei bereits als Ziel und Zweck in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung angelegt gewesen. Zwar griffen sie nationalistische Ideologien im Westen an und kritisierten sie, aber doch nur, um eine neue eigene nationale Ideologie dagegenzusetzen. Der sozialistische Staat verstand sich als proletarische Nation, die jeden als fortschrittlich geouteten Aspekt deutscher Geschichte und Kultur beerbte und, so ausgestattet, unschwer als "Vaterland" aller fortschrittlichen Kräfte auftreten konnte.

Die Tatsache, daß das Proletariat in Deutschland selbst eine nationale Kraft mit entsprechender Ideologie in Vergangenheit und Gegenwart gewesen ist, wurde in dieser Ideologie nicht problematisiert, sondern affirmiert. Gestützt auf die in der DDR vielzitierte Marx-Aussage von der "Nation der Besitzer" und der "Nation der Arbeiter" (4) wurde dem proletarischen Patriotismus ein anderes Wesen zugeschrieben als jenem der Bourgeoisie. Das Marx-Zitat wurde als analytische Aussage genommen, um das Entstehen einer proletarischen Nation bereits in der bürgerlichen Nation zu begründen. Die DDR wurde als zum Nation gewordenen Ausdruck des Klassenwiderspruches begriffen. Folgerichtig wurde im Sinne solcher Ideologie der Klassenkampf zwischen der BRD und der DDR als Nationenkampf weitergeführt. Marx hatte sich bei seiner Unterscheidung von Besitzer- und Arbeiternation auf die Junirevolution in Paris 1848 bezogen. Er wollte verdeutlichen, daß die Arbeiter dort allein und ohne Verbündete gegen die übrige Nation kämpften und geschlagen wurden (5). Keinesfalls lassen sich mit dieser Textstelle die Vorstellungen von der proletarischen Nation mit ihrer eigenen proletarischen Kultur, die bereits in der bürgerlichen Nation herangereift sei, begründen.

Der Nationenbegriff wurde in der DDR-Ideologie stets stark kulturalistisch besetzt. Parallel zur Entwicklung des sozialistischen Staates sollten die überlieferten bürgerlichen Anteile an der Kultur teils überwunden, teils von der proletarischen Kultur absorbiert werden, um so die sozialistische Nation zu konstituieren. Erklärtes Ziel des Proletariats und seiner Kämpfe war nach Darstellung der DDR-Wissenschaft immer schon der Aufbau des proletarischen Staates. In den sozialistischen Staat münden alle Bewegungen, die für Fortschritt und Freiheit angetreten waren: "Wer das bürgerliche als Vaterland schlechthin, folglich als Heimstatt der Arbeiter im absoluten Sinne und dadurch als Endziel der Entwicklung betrachtet, widmet seine Liebe stets dem 'Scheinvaterland', vernachlässigt immer den Kampf für 'ein wirkliches Vaterland, einen wirklichen Herd' (Lenin) der Arbeiter." (6)

Der Arbeiter-Patriotismus für einen Staat der Arbeiter hat so wenig eigenen Inhalt, daß er für "die nationale Idee von rechtskonservativen Kräften okkupiert und für ihre egoistischen Ziele mißbraucht werden" kann (7). Nationalismus ist aber nach DDR-Ideologie die bürgerliche Ideologie der Einheit, der die Tatsache der Klassenspaltung entgegenzuhalten sei: Dies beinhaltete das Primat der Klassenposition in der nationalen Frage. "Die Arbeiter haben kein Vaterland" galt danach nur für den Kapitalismus... (8)

## Fortschritt: "dialektisch", aber unaufhaltsam

Für den Nationenbegriff der DDR war die Kategorie Fortschritt eine notwendige Implikation. Nur weil es beständig vorwärts ging, konnte die geschichtswissenschaftliche Schein-Systematik des dialektischen Materialismus sich auf jede historische Erscheinung einen Reim machen. Zum wissenschaftlichen Prinzip wurde erhoben, was der Volksmund immer schon wußte: "Alles hat seine guten und schlechten Seiten". Da die Entwicklung konsequent ihrem vorläufigen Endpunkt, also der DDR, entgegenstrebte und diese DDR als Alleinerbin des Fortschritts in Deutschland vorgestellt wurde, mußte in allen vorherigen Ereignissen bereits ein Kern DDR schlummern. Die ganze deutsche Geschichte, das Erbe, wurde also zunächst nach fortschrittlichen Anteilen durchsucht, um die DDR-Tradition zu begründen. Der Kampf zum Beispiel, den das ganze deutsche Volk im innigen Bündnis mit seinen Oberen von Gottes Gnaden gegen die Okkupations-Armeen der französischen Republik geführt habe, wurde so zu einer fortschrittlich-patriotischen Tat verklärt.

Ab der Honecker-Ära kam man zunehmend vom selektiven Umgang mit Geschichte ab und bezog sich auf die ganze deutsche Geschichte: wohl weil man nun nicht mehr auf Wiedervereinigung setzte und keine Notwendigkeit mehr sah, Teile der Vergangenheit als reaktionär zu exterritorialisieren. Nun ging es um die Eingemeindung der ganzen deutschen Geschichte durch die echte Nation – der unechten wurden selbst noch Soldatenkönig und Eiserner Kanzler streitig gemacht. Die Wiederaufstellung des Reiterstandbildes von Friedrich II. Ende 1980 in Berlin wurde durch die Neubewertung des Potentaten nach "Fortschrittskriterien seiner Zeit" möglich, und so wurde wieder einer mehr in die dialektische Ahnenreihe der Fortschrittsträger auf dem Weg zum Arbeiter- und Bauernstaat aufgenommen. Luther habe, hieß es nun in der DDR-Geschichtsschreibung, eben nicht nur zum Massenmord an aufständischen Bauern aufgerufen und ein ganzes Arsenal kerniger Argumente für den nächsten Judenpogrom im Säckel gehabt, sondern er habe auch Positives für die Vereinheitlichung der deutschen Sprache geleistet und wacker gegen den Papst gestritten. Bismarck hat danach nicht nur die Sozialdemokratie bekämpft, sondern sich schließlich auch für die Sozialgesetze eingesetzt. Der 20. Juli 1944 galt als zwar konservative, aber doch auch patriotische Tat usw.

Eine Geschichtsdeutung wurde betrieben, die von den politischen Bewegungen weg und zu den sozialen Grundlagen hin, also zu den "Fakten" führen sollte. Die sozialen Grundlagen, also die Herausbildung der Arbeiterklasse und deren soziale Besserstellung im Staat, wurde sich als mehr oder weniger kontinuierliches Voranschreiten vorgestellt, und diese Kontinuität als "Fortschritt" identifiziert. So sollte eine Identifikation mit der DDR über die Identifikation mit der "fortschrittlichen" Kontinuität in deutscher Geschichte hergestellt werden. Es ging der DDR darum, die positive Kontinuität, statt den Bruch herauszuarbeiten und sich so selbst als Nation mit Tradition zu erklären. Die Hervorhebung hervorragender "deutscher Kulturleistungen" in der Welt wurde zu diesem

Zweck noch verstärkt (9). Wo einem so viel Schönes wird beschert, da ist es auch einen Patriotismus wert...

Es leuchtet in diesem Zusammenhang übrigens wenig ein, daß die Inanspruchnahme "der ganzen deutschen Geschichte" für den Traditionsbestand der DDR einen guten Boden für die Zementierung der Teilung abgeben sollte: "Zu einem nationalen Integrationsferment wird Geschichte also letztlich nur dadurch, daß sie durch ein entsprechendes Geschichtsbild als nationale Gemeinsamkeit bewußt gemacht wird" (10), befand man - immerhin - schon in der DDR.

Nationalität und Nation wurden mit Hilfe sozialer Kriterien als fortschrittlich besetzte Begiffe definiert. So wurde etwa mit Friedrich Engels klargestellt: "Die modernen Nationalitäten sind das Erzeugnis der unterdrückten Klassen" (11). So wie im Kapitalismus die Arbeiter den Wert hervorbringen, seien es auch im Feudalismus die unterdrückten Klassen gewesen, die die materiellen Grundlagen der Nationalität erarbeiteten. Nationalität sei bei der Herausbildung des Feudalismus durch Zentralisation der gesellschaftlichen Beziehungen entstanden, hieß es im DDR-Geschichtsbild, und es galt damit als Produkt eines gesellschaftlichen Fortschritts. Ein Produktions- und Kulturzusammenhang habe sich herausgebildet, der als Voraussetzung für die spätere Nationsbildung anzusehen sei. Als reaktionär wurde bewertet, was die Gradlinigkeit der fortschreitenden Entwicklung behinderte.

Bei so viel Fortschritt gab es natürlich irgendwann Probleme zwischen Realität und Anspruch in der DDR-Gegenwart. Die DDR wurde als das mit dem kulminierenden historischen Fortschritt aufgeladene Deutschland verstanden. Die Entfremdung der Arbeit galt als aufgehoben, weil der Arbeiter in seinem eigenen Staat lebte, und die Entfremdung zur Natur wurde als beseitigt angesehen. Von der Beendigung der Entfremdung wurde nicht nur auf die Beseitigung von Umweltschmutz geschlossen, es wurde auch ein durch Abwesenheit von Entfremdung glänzender neuer Heimatbegriff geprägt.

## Gegen Heimat-Nihilismus

Nach DDR-Lesart handelt es sich bei der "sozialistischen Heimat" um ein "objektives, reales Verhältnis" "zwischen sozialen Menschengruppen und sinnlicher Außenwelt" – also um eines, das sich wieder in "Fakten" präsentieren sollte. "Heimat" gebe es im weiteren Sinne als "Vaterland" und im engeren Sinne "als regionales Milieu im Vaterland". Im "regionale(n) Milieu" weste der ideelle Proletarier. Dieser habe schon immer dort Heimatgefühle entfaltet, wo er seinen Lebensmittelpunkt hatte, wo er tätig war, um sich zu ernähren. Allerdings ist dieses Milieu der unmittelbaren Lebenstätigkeit dem Proletariat im Kapitalismus durch den Kapitalisten – und als deutsche Besonderheit: durch den Nationalsozialismus – entfremdet worden. So wie die Nation gegen Verführer in Schutz genommen werden müsse, müsse auch die "Heimat" gegen die "heimatfeindliche" monopolistische Bourgeoisie verteidigt werden. Die Bourgeoisie sei, so arbeitete es die DDR-Ideologie heraus, für das Proletariat das Fremde, das gleichzeitig feindlich sei. Weil sie dem Proletarier das Vaterland vorenthalten habe, finde er auch keine Heimat.

Die Entfremdung könne, führte der Gedanke weiter, nur dann beendet werden, wenn zum Heimatgefühl auch der Heimatgedanke stoße, der das Verstehen der regionalen sozialen Verhältnisse und deren Kontrolle ermögliche. Wie das Denken vom Konkreten zum Abstrakten aufsteige, so müsse das sozialistische Heimatbewußtsein von den spontanen Äußerungen der Liebe durch Bildung und Erziehung zu einer Einheit, der Tiefe innewohne, verschmolzen werden. Für die DDR-Theoretiker, die entsprechende Ideologie ausarbeiteten, hörte in der DDR die Entfremdung zu Natur, Arbeitsmittel und Arbeitsertrag auf zu existieren und der Prolet konnte tun, wozu es ihn immer schon zog: er liebte seine Heimat. Die unmittelbare Klassenkampferfahrung, an der es in der DDR fehlte, sollte ersetzt werden durch geschichtliches Wissen über die Leistungen, die in der Heimat in der Vergangenheit vollbracht wurden. Dazu gehörte z.B. das Wissen darüber, daß Turnvater Jahn in Neubrandenburg damit begonnen habe, "junge Burschen zu ertüchtigen und patriotisch zu erziehen." Über die gewünschte Heimatverbundenheit wurde immer wieder behauptet, sie sei weder Heimattümelei noch kontemplativ, sondern aktive Aneignung der unmittelbaren Umgebung. Intendiert wurde dabei aber nicht nur die Zufriedenheit des Heimatfreundes, sondern auch seine Aktivierung für "hohe Disziplin und Ordnung" und die "Schaffung einer öffentlichen Meinung, die Verstöße gegen die Stadtordnung nicht als Kavaliersdelikt abtut, sondern als gesellschaftswidrig wertet". (12)

So wenig die Texte der DDR belegen können, daß der "sozialistische Patriotismus" etwas anderes ist als Nationalismus, der auch bruchlos in die Heimat der fünf neuen Ländern überführt werden kann, so bleibt als Unterschied zum Alt-BRD-Nationalismus doch die Abwesenheit des großdeutschen Chauvinismus festzuhalten. Der DDR-Nationalismus war nach innen gekehrt und homogenisierte gegen Abweichendes und Fremdes. Die Ost-Identität kann daran heute anknüpfen. Nachdem sich die unmittelbar deutsch-nationalen Anteile der DDR-Identität im Zusammenhang mit der Vereinigung erst einmal ausgetobt haben, bleiben heute die unerfüllten sozialen Erwartungen damit verbunden, wie sie im Ruf nach der inneren Einheit artikuliert werden.

## Der Staat geht, der Nationalist bleibt

Führende Köpfe, die bei der Herausarbeitung des DDR-Patriotismus und dessen geschichtstheoretischer Begründung an hervorragender Stelle gewirkt haben, versorgen heute das große Deutschland apologetisch mit nationaler Identität. Walter Schmidt arbeitet nach dem Untergang seiner "Nation" weiter an dem "ganzen Deutschland" und braucht seine Bezugsgrößen dabei kaum zu verändern. Heute beschreibt er allerdings nicht mehr die Herausbildung der Nation als Fortschritt für die Arbeiter, sondern die Arbeiter als Fortschrittselement für die Entwicklung der Nation: Als ginge es immer noch darum, die Arbeiterbewegung vom Vorwurf zu befreien, sie bestünde aus vaterlandslosen Gesellen oder verbreite nationalen Nihilismus. Heute belehrt er die Nation darüber, daß sie bereits in der Frühphase ihrer Entstehung ein Produkt der Arbeiterbewegung gewesen sei, diese sich bereits ab 1848 gegen ein "Erbübel deutscher Geschichte, die Zerrissenheit" gewandt und sich mit der "inneren Einigung Deutschlands befaßt" habe (13). Anhand der Arbeiterverbrüderung, von Zeitungen wie z.B. der "Verbrüderung" und ihrem Autor Stephan Born, untersucht er für den Zeitraum von 1848-50 die Fragen, ob in der aufkommenden Arbeiterbewegung die nationalen oder die sozialen Bestrebungen dominierten und ob von der Arbeiterbewegung ein eigener Beitrag zur Verbreitung und Verinnerlichung nationaler Ideen bei breiten Volksschichten geleistet worden sei. Beide Fragen bejahend, möchte er West- und Ost-Forschung zu diesem Thema zusammenbringen. Natürlich stellt er nur eine Scheinfrage: Für Schmidt hat schon früher festgestanden, daß die Herausbildung eines bürgerlichen Staates zur wesentlichen Voraussetzung den Klassenkompromiß in der sozialen Frage erforderte, d.h. der Nationalismus der Arbeiterbewegung auch einen sozialpolitischen Bezug hat und die Nation ein Ergebnis sozialer Kämpfe gewesen ist.

Die nationale Brille läßt Schmidt den Blick dafür verlieren, wie die von ihm angesprochene Konfrontation mit der Konterrevolution ab Ende 1848 die Arbeiter für stärkeres "nationales Denken und Fühlen" empfänglich machte und den Klassenkampfgedanken noch weiter zurücktreten ließ, als dies sowieso schon der Fall war.

Die von Schmidt analysierte "Arbeiterverbrüderung" bestand ohnehin nicht – wie der Name nahelegt – aus klassenbewußten Arbeitern, sondern aus Handwerkern und qualifizierten Fabrikarbeitern mit ständischem Bewußtsein, die auf die ungelernten Proletarier hochmütig herabsahen. Schmidt, der sich in der DDR mit des Arbeiters "Vaterland" beschäftigte, sucht jetzt die Wurzeln des allen Klassen gemeinsamen "Vaterlandes" auf: "Nationale Identität gewinnt hier einen neuen, sozial determinierten Sinn, der bisherige Gesellschaftsverhältnisse in Frage stellt. An die Stelle des rigoros-negierenden: Die Arbeiter haben kein Vaterland, tritt die Überlegung, das Land, in dem die Arbeiter leben und arbeiten, sozial so umzugestalten, daß es auch von ihnen uneingeschränkt als ihr Vaterland angenommen werden kann." (S.31) In der Zeitung die "Verbrüderung" schrieb Stephan Born denn auch sehr deutlich, ohne daß Schmidt es zitierte, was die Nationalisierung der sozialen Frage bedeutet: "Übrigens aber, und unsere Brüder, die Arbeiter, mögen es wohl wissen, wir verwerfen den Aufruhr und protestieren gegen jede Unordnung. Wir verschwören uns nicht gegen die bestehende Regierung, wir wollen nur, daß man uns einen Platz einräume in dem gemeinsamen Vaterlande". (14) Dieser Satz erschien im November 1848, nachdem die Septemberaufstände niedergeschlagen waren, die Konterrevolution in Wien gesiegt hatte und zum entscheidenden Schlag in Deutschland ausholte...

**Karl Nele**

**Anmerkungen:**

1) Erhard Hexelschneider / Erhard John, Kultur als einigendes Band? Eine Auseinandersetzung mit der These von der "einheitlichen deutschen Kulturnation", S. 21

2) Walter Schmidt, Nation und deutsche Geschichte in der bürgerlichen Ideologie der BRD, Berlin 1980, S. 26

3) Vgl. Tom Nairn u.a., Nationalismus und Marxismus, Berlin 1978

4) Hans Müller, Zu den Merkmalen und zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Sozialismus und Nation, Berlin 1976, S. 214

5) MEW 5, S. 133. Marx schrieb drei Seiten nach den obigen Textstellen: "Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen." Eher wird man bei Lenin fündig (so G. Lange, s.u.): "Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation, sagen wir allen Nationalsozialen. Es gibt zwei Kulturen in jeder nationalen Kultur." vgl. Werke 20, S.17

6) Günter Lange, Heimat – Realität und Aufgabe. Zur marxistischen Auffassung des Heimatbegriffs, Berlin 1973.

7) W. Schmidt, Nation und ..., 1981, S.19

8) Vgl. G. Lange, Heimat ..., 1973, S.63

9) vgl. Walter Schmidt, Aspekte der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft, Berlin 1988

10) W. Schmidt, Nation und ..., 1981, S.67

11) W. Schmidt, Nation und ..., 1981, S.28, vgl. dort ebenfalls zum folgenden

12) vgl. G. Lange, Heimat ..., 1973 und Heinz Hahn / Otto Schröder, Sozialistische Heimatliebe und sozialistische Kommunalpolitik, Potsdam-Babelsberg 1985

13) Walter Schmidt, Arbeiterverbrüderung, soziale Emanzipation und nationale Identität in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr.2/1994

14) Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1977, S.45

# Blaupausen für die Nation

## Neues aus der Sozio-Loge des Polit-Theaters

Der als linksliberal geltende Soziologe Karl Otto Hondrich hat sich im Kontext zunehmender rassistischer Angriffe auf ImmigrantInnen zum vielgedruckten Schreiber in diversen Feuilletons entwickelt. In seinen Artikeln geht es ihm um das Ernstnehmen deutscher "Überfremdungsängste", denn "Nationalismus lebt heute wie früher... von seiner Funktion, gerade die modernen Errungenschaften eines Gemeinwesens zu sichern. Wie jede Kultur sind diese Erfolge in Grenzen gewachsen; sie würden im Grenzenlosen sogleich verdampfen." Und: "Die nur zum zeitweiligen Arbeitsaufenthalt Gerufenen haben durch ihr Längerbleiben die Geschäftsgrundlage verändert und können dies nun als Druckmittel einsetzen, um den Deutschen ein verändertes Bild von Zusammengehörigkeit aufzuzwingen." Die Frankfurter k.o.-Gruppe hat die Auseinandersetzung mit Hondrichs Thesen öffentlich gemacht und schildert nachstehend ihre Erfahrungen.

Ihre Broschüre kann gegen drei DM in Briefmarken bezogen werden bei: Gottfried Oy, Marbachweg 320, 60320 Frankfurt.

k.o.-Gruppe 1994: Redaktionskollektiv (Hg.), *Zugeschaut und Mitgebaut. Blaupausen für die Nation. Eine Textsammlung zu den Themen: Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton. Frankfurt/M. 1994*

Der Wiederentdeckung der Kategorie "Volk" widmen sich seit einiger Zeit auch SozialwissenschaftlerInnen und ziehen damit durch die bundesdeutschen Feuilletons. So Karl Otto Hondrich, Soziologieprofessor in Frankfurt am Main und gern gesehener Gastexperte in Blättern wie "Spiegel", "Zeit" und FAZ. Ihm ist es ans Herz gewachsen, an der Stiftung "kollektiver Identitäten", von "Wir-Gefühlen" und anderen Reinwaschungen völkisch-nationalen Gedankenguts zu partizipieren. (vgl. Hondrich 1994) "Kollektive Identitäten" entstehen bei Hondrich durch "kollektive Gefühlsvorstellungen". Diese sind, analog einem schlechten Basis-Überbau-Schema, in mehr oder weniger tiefen Schichten angeordnet, wobei im "Überbau" "kultur- und klassenspezifische Gefühlsvorstellungen" anzusiedeln sind und als "Basis" die "tieferen Schichten der grenzaufhebenden Gemeinsamkeiten" gelten. Da sich jedoch "kollektive Gefühlsvorstellungen, Wirgefühle" nach Hondrich immer auf "Volk, Staat und Nation", die ohne dieses "Unterfutter" nur "willkürlich konstruierte Gewalthülsen" sind, beziehen, meint hier "grenzaufhebend" nicht etwa "die Grenzen zwischen allen Menschen aufhebend", sondern "die Grenzen innerhalb eines Volkes aufhebend".

Die bei Hondrich allgegenwärtige Glorifizierung des einfachen Mannes und der einfachen Frau, die als Deutsche durch Hondrich die Angst vor dem "Fremden" als biologische Konstante unveränderbar eingepflanzt bekommen, läuft auf einen völkischen Populismus hinaus, der sich in die konstruierte Gefühlslage des eigenen Volkes eindenkt. In seiner populistischen Versteifung spricht Hondrich mit dem Schnabel, den er bei den Deutschen wachsen sieht

und vergißt auch nicht, sie gegen "die da oben" zu verteidigen. Parteiführer werden kurzerhand zur gesellschaftlichen Elite erklärt, die als ebensolche Minderheit "eine latente Koalition mit den Ausländern eingehen gegen das Volk, dem Ausländer in großer Zahl im Alltag viel näher rücken und das sich von ihnen bedrängt sieht". Damit wäre das Szenario der Verschwörung komplett: Das Volk, von außen bedroht durch Überfremdung, von oben verraten und verkauft durch seine Eliten, findet allein bei Hondrich noch Verständnis, der weiß, wie es fühlt und denkt.

## Hondrich und die Sinnkrise der Sozialwissenschaften

Mit seiner Theorie praktiziert Hondrich bereits, was er in seiner Politikerschelte einfordert: Angleichung an das Interesse des Volkes. Solche populistischen Ergüsse sind ein wichtiger Bestandteil seiner Texte. Seine Umschmeichelung des Publikums, das er kurzerhand als amorphes Etwas in ein Gefühlskollektiv verwandelt, die Anpreisung des deutschen Volkes und dessen Befreiung von belastender Geschichte wird mit der Verharmlosung der von Deutschen begangenen rassistischen Morde der letzten Jahre erkauft.

Hondrich garniert in populärwissenschaftlicher Manier seine Texte vorzugsweise mit Beispielen aus dem "einfachen Volk". Da gibt es Urs, ein Schweizer Freund und Liftarbeiter, ein zoon politikon, das seine Weltoffenheit schon allein dadurch beweist, daß es mit einer Philippinin verheiratet ist. Wenn Urs in rassistischer Laune die Aufnahme eines Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien in sein Lift-Team verhindert, streicht Hondrich ihm mit väterlich-professoraler Sympathie über's Haar und hält ihm sein Verhalten als Tugend zugute. Die Erkenntnis, die der gemeine Wissenschaftler für seinen Beispiel-Eidgenossen formuliert, läßt sich auf die Behauptung einer "Ausländerfeindlichkeit" reduzieren, für die er um Verständnis ringt – zuviel sei eben zuviel.

Nicht um die SoziologInnenzunft zu retten, sondern mit dem Vorhaben, die Bedeutung derselben als Hort der Legitimierung von Rassismus und Nationalismus aufzudecken, initiierten wir als k.o.-Gruppe an der Frankfurter Uni eine Kampagne gegen Hondrich. Am dortigen Fachbereich Gesellschaftswissenschaften galt es, das Schweigen des linksliberalen Mainstreams zu brechen. Dabei verfolgten wir die Strategie der Skandalisierung des Falles Hondrich.

Mittels Flugblatt und Plakat wurden Übereinstimmungen von "Überlegungen" Hondrichs mit denen bekannterer Rechter belegt. Daß dies unterschiedlich bewertet würde, war uns nicht nur klar, sondern beabsichtigt. Die Flugblätter hatten deshalb zweierlei Funktionen: zum einen galt es, die rassistischen Thesen K.O.'s potentiellen KritikerInnen zugänglich zu machen. Zum anderen sollte die Kritik all jene provozieren, die bislang ihre Zustimmung durch Schweigen bekundeten. Insofern ist die Taktik aufgegangen. Nicht nur das erste Flugblatt rief Empörung hervor – freilich an seinen KritikerInnen. Hondrich gelang es auf einer von ihm inszenierten PR-Veranstaltung, die bedrohte Statusgruppensolidarität der ProfessorInnen ins nächste Semester zu retten. Zugegeben war das nicht nur sein Verdienst, viele KollegInnen suchten seltsam eifrig den erleichternden Konsens mit ihm – und lieferten damit einen neuerlichen Beleg für die Notwendigkeit einer Kritik am Wissenschaftsbetrieb. Und nicht wenige Studierende mühten sich, bei der Reinwaschung behilflich zu sein. Um die Diskussion abseits der professoralen Selbstinszenierung zu ermöglichen, fand deshalb eine von StudentInnen vorbereitete Veranstaltung statt. Auch ihr lag das Konzept zugrunde, die Statusgruppensolidaritäten aufzubrechen, indem KritikerInnen gruppenübergreifend zu Wort kommen konnten. Letztlich fand sich dieses Konzept auch in unserer Textsammlung wieder. Es bleibt festzuhalten, daß die Polarisierungsstrategie es vermochte, den Streit in allen Statusgruppen zu schüren und damit eine denkbar günstige Voraussetzung zu schaffen, um den politischen Kampf weiter zu forcieren. Gleichwohl zeigte sich, daß die bis dahin schweigende Mehrheit offensichtlich zugunsten der Nationalsoziologie geschwiegen hat.

## Bis hierher – und wie weiter?

Die Übernahme ideologischer Versatzstücke der Neuen Rechten, am Beispiel des Frankfurter Soziologie-Professors K.O. Hondrich, fand im Erscheinen des Readers "Zugeschaut und Mitgebaut. Blaupausen für die Nation. Eine Textsammlung zu den Themen: Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton." ihren vorläufigen Abschluß.

Hondrichs Thesen sind nur ein – jedoch besonders aufdringlicher – Bezugspunkt, an dem sich obengenannte Tendenzen haben belegen lassen. K.O. & Co. verbreiten derweil ihre "soziologischen Überlegungen zur Ausländerfeindlichkeit" weiter. Hauptsächlich muß es jetzt darum gehen, die zurückliegende Aktion zu analysieren, ihre Wirkung zu untersuchen und mögliche bzw. nötige Konsequenzen daraus zu ziehen.

Wer sich nicht darauf ausruhen möchte, "dazu auch mal was gesagt zu haben", dem ist klar, daß die Auseinandersetzung fortgeführt werden muß. Zu fragen bleibt: wie? Den politischen Kampf nunmehr weiterzutreiben, wirft die Frage nach den Mitteln bzw. neuen Aktionsformen auf – insbesondere vor dem Hintergrund, daß ein neuerlicher Rückgriff auf das Set Flugblatt-Veranstaltung-Reader Gefahr liefe, durch den Wiederholungscharakter eher gegenteilige Wirkung zu erzielen.

Die Skandalisierungsstrategie bleibt (trotz allem) ambivalent. Die Notwendigkeit einer Anbindung der Kritik an eine konkrete Person, in unserem Fall Hondrich, birgt die Gefahr einer individualpsychologischen Reduktion. Die Gratwanderung zwischen jenem Erfordernis und dieser Gefahr kann sich zugunsten des Kritisierten entwickeln. In diesem Fall tritt die eigentliche Ebene der Kritik, d.h. ihre gesellschaftliche in den Hintergrund. Besagte Taktik erschien uns dennoch am vielversprechendsten, schließlich wird Kritik durch die Rückkoppelung an eine Person nicht widerlegt und, was viel entscheidender ist, Kritik bedarf einer Materialisierung, einer Angriffsfläche um praktische Politik werden zu können.

Zudem entwickelte eben jener Zwiespalt eine wertvolle Dynamik in der Auseinandersetzung.

Am Beispiel der Gruppe der Studierenden wurde dies am deutlichsten. Das Auseinanderfallen zwischen der Wahrnehmung eines Professors wie Hondrich als Personifizierung des guten, väterlichen, und an studentischen Bedürfnissen interessierten Lehrenden und dem Nachweis, daß dieser gleichzeitig völkisch-rassistische Thesen vertritt, provozierte Bekenntnisse. Die sich daraus ergebenden Zwänge der Solidarisierung und Entsolidarisierung bildeten die Grundlage für das Aufbrechen traditioneller Blöcke, um dadurch neue Spielräume für die politische Auseinandersetzung zu erringen.

Die Reaktionen auf die Kampagne mischten sich auch aus der Palette der bekannten Vorwürfe an die antirassistische Praxis. Man sei unsachlich, unseriös, gar unwissenschaftlich. Statt sich an jahrelang existierende Zirkel von jungen, aufstrebenden AkademikerInnen, die Hondrich die Implikationen seines Gedankenguts mit Samthandschuhen zart einmassieren wollten, zu wenden, kritisierte man ihn öffentlich und wollte noch nicht einmal mit ihm selbst darüber reden. Doch es sollte nicht darum gehen, dem einzelnen Vertreter einschlägiger Theorien auch noch ein zusätzliches Forum zu bieten. Vielmehr sollte den inzwischen ja bekannten Verlautbarungen Karl Otto Hondrichs etwas entgegengesetzt werden.

Diejenigen, die mit dem Wissenschaftler Hondrich Argumente austauschen wollen,

laufen in die Falle ihres Kommunikationsgebots. Wenn das Hamburger Institut für Sozialforschung zum Beispiel stolz darauf ist, politisch zu sein, und Hondrich zu einer Diskussion seiner Texte einladen will, vertraut es auf vermeintliche Selbstheilungskräfte der scientific community. Der fröhliche Austausch von Argumenten führt eben nicht dazu, daß alle Beteiligten die besten Argumente zu ihren eigenen machen, sondern stellt eine beliebige Auswahl von Meinungen zur Verfügung. Das Publikum ist so frei auszuwählen, was ihm zusagt. Durch die Wahrung der Form, indem man sich mit Hondrich an einen Tisch setzt, wird der Disput zum Meinungsaustausch und der politische Angriff zum theoretischen Pluralismus.

Solche Formen von repressiver Toleranz lassen jede völkische Deutschtümelei neben liberalen Spielarten von Nationalismus bestehen, selbst wenn sie in rassistische Exzesse abgleiten.

## Tabu und Moral

Auch wenn man mit einer solchen Strategie stets in den Verdacht der Tabuisierung und des Moralismus gerät, ist angesichts des zunehmenden Einflusses rechter Argumentationsfiguren der Versuch angebracht, diese auszugrenzen. Mit Blick auf die realen Machtverhältnisse wird der Tabuisierungsvorwurf zum Zynismus. Auch der Vorwurf des Moralismus verweist auf bekannte Ressentiments gegen antirassistische Strategien. Laut Kowalsky beispielsweise sind es "moralisierende Antirassisten", die mit ihrer "Aufteilung in gut und böse, links und rechts" sich den Herausforderungen der Beschäftigung mit dem "Verhältnis Nationalstaat-Weltgesellschaft", um das es doch eigentlich ginge, verweigern. Man solle erst überprüfen, ob die Argumente einer globalen Analyse standhielten, bevor man sich für moralisch überlegen halte. (vgl. Kowalsky 1992)

Es wird eine Gegenüberstellung von Moral und einer sich praktisch-politisch gebenden bloßen Beschäftigung mit Phänomenen und der Mannigfaltigkeit ihrer Ursachen betrieben. So erscheint jegliche politische Stellungnahme und eine Einforderung von Konsequenzen als etwas der Analyse Entgegenstehendes, Unseriöses und daher Abzuwehrendes. Schon die bloße Verwendung des Begriffs Rassismus provoziert ja bereits den Vorwurf moralisch zu sein. Die Nichteinhaltung diverser Sprachregelungen, die jeweils zivilgesellschaftlichere Varianten vorsehen ("Fremdenfeindlichkeit", "Heterophobie" u.ä.) scheint schon ein gar zu massiver Angriff zu sein. (vgl. Heitmeyer 1992) Es kann nicht darum gehen, Differenzierungen grundsätzlich zu verdammen, werden sie jedoch angewandt, um Phänomene zum verschwinden zu bringen, gilt es, sich gegen diese Art der Analyse zu stellen. Es sind eben nicht nur die ängstlichen Modernisierungsverlierer und die gelangweilten Jugendlichen, die rassistisch handeln, sondern eben auch die Regierenden und die Intellektuellen mit ihrer ideologischen Begleitmusik. Der Moralismusvorwurf gerät zum Rundumschlag gegen jegliche Kritik und verunmöglicht antirassistische Strategien.

## Neue Rechte und Wissenschaftsproduktion

Hondrich ist nicht der einzige Vertreter des Typus von ProfessorInnen, der im Augenblick der verunsicherten deutschen Volksseele auf den Plan tritt. Ihre wissenschaftliche Reputation verleiht ihnen die fachliche Kompetenz, Rassismus zum Ausdruck von kollektiven Ängsten umdichten zu dürfen. Diese seit langem bekannte Spielart von Sozialwissenschaft wächst jedoch nicht aus sich heraus, sie steht in keinem gesellschaftlichen Vakuum, das nur von "Zeit" und "Spiegel" gefüllt zu werden braucht. Erfolgreich und medienpräsent sind sie nicht, weil sie methodisch seriös sind, sondern weil sie in Kategorien einer Gesellschaftstheorie denken, die bei dem Versuch, Massenphänomene zu erklären, immer bei kollektiven Identitäten landet. Daß in eine solche Theorie begriffliche Versatzstücke der Neuen Rechten sich einfügen, hat uns nicht überrascht.

Was die scientific community gegen eine Kritik an ihrer Theorieproduktion eint, ist die Ideologie eines herrschafts- und wertfreien Wissenschaftsethos, der bei Gefahr in Verzug bis zur Absurdität verteidigt wird. Zudem ist ein solcher Konsens funktional, weil sich die einzelnen WissenschaftlerInnen nicht gegenseitig ans Bein pinkeln, sondern "autonom" ihrer jeweiligen Theorieneigung nachgehen können. Aus dieser selbsternannten Objektivität der Wissenschaft, die einseitig Gesellschaft immer nur als Anschauungsobjekt kennt, speist sich folgerichtig erstens der Glaube, bei Hondrich die falsche Wissenschaft zu finden. Denn wer so gefährlich nah den rechten Demagogen steht, muß einfach der unrichtigen Methode zu überführen sein. Zweitens: die Zurückweisung jeglicher politischen Kritik, die gerade diese Strukturen, in denen ein Hondrich groß wird, aufs Korn nimmt.

Hondrichs Argumentation, die eine deutsche "kulturelle Identität" konstruiert und volkstherapeutisch um Verständnis für daraus resultierende "Ausländerfeindlichkeit" wirbt, steht im Kontext der Neuen Rechten, die mit der theoretischen Spezialisierung auf Unterteilung in "Kulturkreise" sich vom alten Verdacht des plumpen Faschismus abgrenzt. Daß Hondrich nicht personell zur Neuen Rechten gehört und auch noch nicht für die "Junge Freiheit" geschrieben hat, kann kein Hinderungsgrund dafür sein, diese Kritik zu formulieren.

Inwieweit ein Diskurs der Neuen Rechten, die erklärtermaßen auch die Hochschule als ihr Operationsfeld reklamiert, in die Überlegungen von SozialwissenschaftlerInnen eingeht, ist bisher nicht thematisiert worden. Nicht selten werden solche Theoriestränge von einer Forschungsrichtung flankiert, die sich dezidiert der Untersuchung von "Rechtsextremismus" verschrieben haben. Meistens erklären sie Rassismus, vor allem wenn sie öffentliche Aufmerksamkeit gewinnen, als Folge von sozialen Mißständen oder allgemeinem Werteverfall. Oder sie verklären ihn zum Problem Halbwüchsiger, die als Modernisierungsverlierer anscheinend keine andere Handlungsoption haben, als Ausländer totzuschlagen. Selbst wenn es um die Rolle der Intellektuellen bei der Konstituierung einer national-konservativen politischen Bewegung geht, bleibt es entweder bei historischen Verweisen oder man fixiert sich auf ausgewiesene Exponenten, die den Wissenschaftsbetrieb ausnutzen, um zu verschleiern, daß sie für rechte Kreise arbeiten. Fest mit beiden Beinen in der sogenannten demokratischen Mitte stehend, richten die ExpertInnen für Rechtsextremismus ihre Blicke auf den vermeintlichen Rand. Der Funktionslogik ihrer Wissenschaft folgend, geht den ForscherInnen zwangsläufig der Rechtskonservatismus ihrer KollegInnen durch die Lappen. Die notwendige Kritik an eben dieser Logik läßt sich nicht mit der Wissenschaft, sondern nur gegen sie realisieren.

**k.o.-Gruppe Frankfurt/Main**

**Literatur:**

Heitmeyer 1992: Wilhelm Heitmeyer, *Die Gefahren eines schwärmerischen "Antirassismus"*, in: Das Argument Nr.195, Sept./Okt. 1992

Hondrich 1994: Karl Otto Hondrich, *Das Fremde in uns. Soziologische Überlegungen zu Ausländerfeindlichkeit*, in: Warnfried Dettling (Hg.) Perspektiven für Deutschland, München 1994

Kowalsky 1992: Wolfgang Kowalsky, *Moralisierender Anti-Rassismus*, in: Das Argument Nr. 195, Sept./Okt. 1992

# Kommunistischer Sündenfall

## oder Blamage der Interessen vor der Idee

"Die 'Idee' blamierte sich immer, soweit sie von dem 'Interesse' unterschieden war." (MEW, Bd.2,S.85) schrieb der junge Marx gegen die Linkshegelianer.

Blamierte schon die konkrete staatliche Realität des existierenden Sozialismus die kommunistische Idee, so wurde dennoch dessen unrühmlicher Kollaps dem Common Sense zum letzten Beweis für die Untauglichkeit der Idee, die Welt zu verändern. Versuche, die revolutionäre Substanz der Theorie zu retten, sind gezwungen ihren historischen Veränderungen und Deformationen nachzugehen und die Brüche dabei offenzulegen. Es genügt allerdings nicht, die dann schnell erkannten "Irrtümer" und "Fehler" als solche zu denunzieren und sie in der Theorie durchzustreichen. Es gab ökonomische und politische Gründe, warum die revolutionäre Theorie zur Ideologie des "wissenschaftlichen Sozialismus" wurde. Diese zu suchen und zu nennen hat nicht den Grund, die historischen Dummheiten der alten Köpfe nachträglich zu rechtfertigen, sondern könnte hilfreich sein, neue Dummheiten zu vermeiden – falls Linksradikale irgendwann einmal wieder Fakten schaffen sollten.

Als Fehler von zentraler Bedeutung hat Günter Jacob (G.J.) in Konkret 5/94 (1) die Antwort der Kommunisten nach dem Oktober 1917 auf die "nationale Frage" ausgemacht. Offenbar anknüpfend an einen Vortrag, den Jürgen Elsässer im Februar 1994 in Hamburg hielt, entwickelt G.J., wie der Umgang der revolutionären Linken mit der "nationalen Frage" der kommunistischen Idee allmählich ihr eigenes Wesen austrieb: die nationale Frage "...überlagerte bald die soziale und brachte schließlich einen antifaschistischen und antiimperialistischen Inter-Nationalismus hervor, der einige Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte und von dem heute nur der Nationalismus übriggeblieben ist."

Nachdem die marxistische Arbeiterbewegung 70 Jahre lang die Proletarier aller Länder vereinigen wollte, gesellten sich 1920 – nicht als "...Resultat theoretischer Erörterungen, sondern... als mehr oder weniger spontane politische Reaktion auf neue weltpolitische Ereignisse" (G.J.) – die "unterdrückten Völker" hinzu. Daß man diese zwielichtigen Gestalten an Bord nahm, war der eigentliche Sündenfall, dem, wie sich das so gehört, dann noch weitere folgen mußten : "Ähnlich undogmatisch wie Lenin ging rund 40 Jahre später auch die chinesische Generallinie mit Marx um, als sie, ...eine gegenüber Lenin deutlichere Unterscheidung zwischen "Völkern" und "Nationen" einführte und letztere nun auch offiziell zu zusätzlichen revolutionären Elementen der Weltpolitik erklärte. Die neue Losung lautete nun : Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt euch."

Als Ursache für diese Verschiebung der Akzente von "Klasse" zu "Nation" sieht G.J. letztlich Lenins "Weltanschauung", die es ihm erlaube "...sich zu allem ins Verhältnis zu setzen. Es geht ihm nicht mehr um die strukturale Modalität des inneren Widerspruchs einer Sache. An einem von der Geschichte ins Recht gesetzten 'objektiven' Verbündeten interessiert nicht so sehr, was dieser selbst sein will, sondern wozu er nützt." Lenins Weltanschauung gründet nach G.J. "auf einer geschichtsphilosophisch gestützten" "ideologischen Produktionsweisen-Periodisierung" (Balibar) und verführt ihn, "einen Standpunkt der Totalität" einzunehmen, "von dem aus er weiß, was 'fortschrittlich' oder 'reaktionär' ist."

G.J. schließt sich damit einer Kritik Hannah Arendts an (auf deren Text: "Über die Revolution" er im gleichen Artikel, in anderem Zusammenhang verweist), die dem Marxismus diese "Weltanschauung" als seine zentrale Schwäche vorwarf: "Es handelt sich um nichts anderes, als daß man den gesamten Bereich menschlichen Handelns nicht im Sinne der Handelnden und Vollziehenden selbst beschreibt und analysiert, sondern vom Standpunkt des Betrachters, der dem Gehandelten wie der Zuschauer eines Schauspiels beiwohnt." (2)

Diesen Standpunkt gewinnt der Betrachter, indem er die Kräfte zu kennen vorgibt, die den Handlungen der Agierenden – von diesen unbemerkt – ihren eigentlichen Sinn verleihen. Es gibt sehr viele Belege dafür, daß sich v.a. in der deutschen Sozialdemokratie schon früh ein Glaube an eine Notwendigkeit der geschichtlichen Abläufe breitmachte, der sich bis zur Gewißheit aufspreizte, das zwangsläufige Eintreffen des Sozialismus "wissenschaftlich" beweisen zu können. Dieses selbstzufriedene "Wissen" um die wirklichen Kräfte, die schließlich den Kapitalismus "mit eherner Notwendigkeit" zum Sozialismus hin überwinden würden, war schlechtes Hegelsches Erbe. Wieweit Lenin bezüglich der Interpretation vergangener Geschichte damit belastet war, wäre interessant herauszufinden. In der Nationalitätenfrage war er es ganz sicher nicht!

### Die "List der Vernunft"

Ebenso wie Hannah Arendt übersieht G.J. in seiner Kritik am "Standpunkt der Totalität" Lenins dessen entscheidende Differenz zur Führung der deutschen Sozialdemokratie. Die "List der Vernunft" – nach der bei Hegel "...in der Weltgeschichte durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; sie vollbringen ihr Interesse, aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag" (3) – endet bei Lenin mit dem entwickelten Kapitalverhältnis. Das heißt, er interpretiert sehr wohl bestimmte politische Bestrebungen und gesellschaftliche Ideen als historische Tendenzen, die, indem sie offensichtlich nur partikulare Interessen ausdrücken, dabei unbewußt "noch ein Ferneres zustande bringen", nämlich: dem sich Durchsetzen des Kapitalverhältnisses zur herrschenden Produktionsweise zu verhelfen. Sämtliche bürgerlichen Revolutionen bestätigen diese Beobachtung Hegels, die dieser an der französischen Revolution von 1789 gemacht hatte, und die er als Gesetz ("List der Vernunft") dem Ablauf menschlicher Geschichte überhaupt zugrunde legte. Die "List der Vernunft" arbeitet aber nur für die Durchsetzung des Kapitalverhältnisses, dagegen nicht für dessen bestimmte Negation. Es gibt keine "objektiv fortschrittlichen" Bestrebungen, die, indem sie sich selbst nur als Vertretung partikularer Interessen im Rahmen des Bestehenden verstehen, das Kapitalverhältnis wie auch immer tendenziell aufheben. Der Glaube, das Vertreten selbstsüchtig bornierter Interessen sei der historische Auftrag, den der, zur "Gesetzmäßigkeit" säkularisierte, Hegelsche Weltgeist dem Proletariat erteilt habe, das somit

unbewußt den Kapitalismus überwindet, war die ideologische Essenz der deutschen Sozialdemokratie. Im Gegensatz zu diesen sozialdemokratischen Objektivisten vertrat Lenin in der Frage des Wegs zum Sozialismus im allgemeinen, sowie im besonderen, z.B. der Rolle der Nationalitätenfrage hierbei, einen "aktivistischen Materialismus" (K.Korsch).

Gegen die Meinung der "Helden der II. Internationale", die die politische Unterordnung der russischen Arbeiterklasse unter die Fittiche der nationalen Bourgeoisie forderten, weil ihnen die historischen Gesetzmäßigkeiten für die Machtergreifung der Arbeiterklasse in Rußland noch nicht weit genug entwickelt schienen, plädierte Lenin für das politisch eigenständige Auftreten der Arbeiterklasse. Da er die russische Arbeiterklasse nicht als nationale, sondern als Teil der internationalen Arbeiterbewegung auffaßte, war für ihn die anstehende bürgerliche Revolution in Rußland nur Teil einer international zu führenden Klassenschlacht. Die Energie der russischen Arbeiterklasse, die Grenzen der bürgerlichen Revolution zu sprengen, wüchse ihr dabei nicht allein aus der nationalen, sondern vor allem aus der internationalen Situation zu, d.h. aus den proletarischen Revolutionen in den entwickelten westeuropäischen Ländern. Deutlich wird hier, daß Lenin in der Phase der Vorbereitung der Revolution – im Gegensatz zur offiziellen II. Internationale, die expressis verbis das Stufenmodell einer "ideologischen Produktionsweisen-Periodisierung", das jede Nation zu durchschreiten habe, verfolgte – eine eher "militärische", pragmatisch an den internationalen Kräfteverhältnissen interessierte, Sichtweise vertrat.

## Vom utilitaristischen Umgang mit der Nation

Von daher interessierte ihn tatsächlich am Nationalismus nicht so sehr, was dieser selbst sein will, sondern wozu er nützt; was G.J. kritisiert. Sein historischer "Nutzen" aber bleibt rein auf die bürgerliche Gesellschaft beschränkt. Deshalb schreibt Lenin: "Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so 'gerecht', 'sauber', verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit..." (4). Dieser skeptisch utilitaristische Umgang mit der nationalen Frage war gute Tradition. Durch die ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus waren die internationalen Arbeiterorganisationen bereits sehr früh mit unterschiedlichen nationalistischen Bestrebungen konfrontiert, auf die sie politisch reagieren mußten.

Obwohl diese Bewegungen im Prinzip alle bürgerlichen Charakter hatten – ihr historischer "Nutzen" letztlich also die Installation einer, von der nationalen Bourgeoisie beherrschten Produktionsweise war –, wurden sie von den "Alten" sehr unterschiedlich bewertet. Bekannt ist die Bemerkung von Marx zur Irlandfrage, wonach ein Volk, das ein anderes unterdrückt, sich nicht emanzipieren kann. Weniger bekannt dürfte die Haltung von Engels zu den Gründungsbestrebungen einer polnischen Nation sein. Indem Engels sich gegen das Konstitutionsprinzip nach dem Gesichtspunkt der "Nationalitäten" – heute sagt man dazu "Ethnien" – wendet: "...die Wiederherstellung Polens bedeutet die Wiederherstellung eines aus wenigstens vier verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staates"(5), führt er gleichzeitig aus: "wo immer die Arbeiterklasse in politischen Bewegungen selbständig aufgetreten ist, läßt sich ihre Außenpolitik von Anfang an in den wenigen Worten ausdrücken: *Wiederherstellung Polens*." (6) Engels ging es dabei um die Schwächung der russischen Nation, die ihm als kompakter reaktionärer Block galt, solange es dort keine Arbeiterklasse gibt, die "...ein politisches Programm aufstellen wird und dieses Programm die Befreiung Polens enthält." (7) Aus dem gleichen Grund lehnte er die unter dem "Nationalitätenprinzip" (8) firmierenden Unabhängigkeitsbestrebungen der Lappen ab. Sie wurden seiner Ansicht nach von Rußland forciert und sollten dessen Einfluß in Skandinavien verstärken.

Wie Lenin beurteilte auch Engels die sich vor seinen Augen entwickelnden nationalen Bewegungen in Europa nicht danach, "was sie sein wollen, sondern wozu sie nützen." Er unterschied ebenso wie Lenin deren "Nutzen" in zweierlei Hinsicht: in ihren historischen "Nutzen" der Konstituierung einer nationalen Bourgeoisie, der negativ in der Mißachtung "ethnischer Differenzen" deutlich wird, die häufig mit der propagierten Ideologie der "Volkseinheit" in Widerspruch steht (9); und in einen revolutionär parteiischen "Nutzen", der sich vor allem pragmatisch in der Schwächung der ärgsten Feinde des internationalen Proletariats erweist.

Die in Rußland nach 1917 allmählich aufkommende und später sich weiter verfestigende Ideologie, die unterdrückten Nationen zu den Kapitalismus überwindenden, objektiv revolutionären Subjekten zu erhöhen, hat ihren Ausgang nicht im Standpunkt Lenins. Der beschissenen Wirklichkeit "objektiv revolutionäre" Seiten abzugewinnen, war die Ideologie der deutschen Sozialdemokraten. Die Akzentverschiebung von "Klasse" zur "Nation"" wurde wie viele andere, sich parallel entwickelnde Elemente der sich verfestigenden neuen Staatsideologie, wichtiger Teil derselben. Deren Entstehen war aber nicht Folge schwerer gedanklicher Irrtümer, sondern vielmehr Reaktion auf – man verzeihe den Archaismus – Klassenkämpfe. Genauer gesagt: auf Niederlagen in diesen Klassenkämpfen.

Bekanntlich wurde das russische Proletariat allein gelassen. Die Arbeiterklasse in den westlichen Nationen arrangierte sich entweder mit der, aus dem Ersten Weltkrieg siegreich hervorgegangenen, Bourgeoisie oder brachte, wie in Deutschland, aus unterschiedlichsten Gründen, die nicht hierher gehören, keine Revolution zustande. Der "nationale" Sieg des russischen Proletariats war also Teil einer internationalen Niederlage der Arbeiterklasse. Und das ist im Grunde auch schon des Rätsels Lösung, warum die als nationale Staatspartei organisierten Bolschewiki neben so vielen praktischen Merkwürdigkeiten in vielen theoretischen Fragen eine so "eigentümliche Dialektik" (G.J.) entfalteten. Die Dialektik der "objektiv fortschrittlichen Seite" nationaler Bewegungen ist dabei eine der zentralen "Korrekturen". Sie steht aber im engen Zusammenhang mit der – nach dem isolierten Oktobersieg notwendig gewordenen – Diskussion um die Möglichkeit, die bürgerliche Revolution in eine sozialistische zu überführen.

## Vom Internationalismus zum "Sozialismus in einem Land"

Lenin ging 1921 davon aus, daß die junge Sowjetunion wegen der internationalen Isolierung, in der sich das durch den Bürgerkrieg weiter geschwächte russische Proletariat befand, noch möglicherweise über lange Zeit bestenfalls eine staatskapitalistische Ökonomie zustande bringen würde. Solange sollte die Arbeiterklasse unmittelbar und vermittels der bolschewistischen Partei über den Staatsapparat als herrschende Klasse die Nation führen und die Ökonomie durch den Staatskapitalismus hindurch zum Sozialismus hin entwickeln, der dann aber eben auch nur Folge eines erneuten internationalen Ansturms der Arbeiterklasse sein könnte. Die kommunistische Partei übernahm also die Rolle der nationalen Bourgeoisie und organisierte, da ihr keine Kolonien zur Verfügung standen, bewußt auf dem Rücken der übergroßen Bevölkerungsmehrheit – der Bauern – die

ursprüngliche Akkumulation des nationalen Kapitals.

Dabei zeigte sich schnell, daß die Notwendigkeiten, die dieser Job mit sich brachte, konfrontiert mit dem revolutionären Anspruch der kommunistischen Kader, diese bald zur Verzweiflung brachte. Die Lösung dieses Dilemmas wurde von Stalin durchgesetzt. Indem er den sich erst langsam entwickelnden Staatskapitalismus zum in einem Land erreichten Sozialismus erklärte, konnte er eine, der bürgerliche Rolle gerecht werdende bürgerliche Ideologie entwickeln, die zur Staatsdoktrin avancierte. Das falsche Bewußtsein, das sich selbst als sozialistisches begriff, war offensichtlich gesellschaftlich notwendig, um dem Willen der Kader zum Aufbau des Staatskapitalismus Dauer zu verleihen. Die in der Produktion weiterhin sichtbare Existenz der zentralen Bedeutung des Geldkapitals wurde von Stalin zur "ökonomischen Gesetzmäßigkeit" der "Periode des Sozialismus" erklärt. Stalin legitimierte die sichtbaren Merkwürdigkeiten (Existenz des Geldkapitals, Ausbau des Staatsapparates, Festigung des Denkens in nationalen Kategorien etc.), indem er über dem Willen der Gesellschaften stehende, quasi "natürliche Notwendigkeiten" formulierte, die als "Gesetze" zu begreifen seien. "Die Gesetze der ökonomischen Entwicklung sind hier ebenso wie in der Naturwissenschaft objektive Gesetze, die die unabhängig vom Willen der Menschen sich vollziehenden Prozesse der ökonomischen Entwicklung widerspiegeln." (10) Für die "Periode des Sozialismus" gelten dabei zwar andere Gesetze als für die Periode des Kapitalismus, ihr "objektiver Charakter", der sie "unabhängig vom Willen der Menschen" macht, bleibt aber hier wie da gleich. Mit der Entdeckung der Existenz objektiver Gesetze, die die ökonomischen Prozesse auch im Sozialismus determinieren, ist die kommunistische Bewegung wieder hinter alle Anstrengungen zurückgegangen, die das Lebenswerk eines Karl Marx waren, dem es doch nicht zuletzt darum ging, den Schein objektiver Gesetzmäßigkeiten im kapitalistischen Produktionsprozeß zu durchdringen, indem er diese als Resultat eines besonderen gesellschaftlichen Verhältnisses aufdeckte. Wenn Stalin – stellvertretend für die neue "bürgerliche" Klasse – die Existenz objektiver ökonomischer Gesetze im Sozialismus behauptete, deren mystische Herkunft wie die der Naturgesetze anerkannt werden müßte, beweist er negativ, daß der Prozeß der Produktion in der jungen Sowjetunion reiner Staatskapitalismus gewesen sein muß. "Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußt planmäßiger Kontrolle steht." (11) Bis dahin hat es die Sowjetunion nie gebracht.

Der "mystische Nebelschleier" ist aber, wie Marx im Fetischkapitel zeigt, gesellschaftlich notwendiger Schein. Dieser Schein hat zwar seinen Ursprung in der Warenproduktion, er durchdringt aber die gesamte kapitalistische Gesellschaft. "Es erscheint also in der Konkurrenz alles verkehrt. Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden suchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff". (12)

## Die Falle des Nationalismus?

Zurück zum Begriff der Nation. G.J. konstatiert: "Die kommunistische Bewegung hat diese notwendige Dekonstruktion des Nationalen nie zustande gebracht", und sieht dagegen mit Hobsbawm, daß die antikolonialen Widerstandsbewegungen in eine "Falle" getappt sind, die ihnen der westliche Nationalismus gestellt hat. Ursprünglich "Kampf gegen soziale Repression", orientierten sie sich "zunehmend am westlichen Nationalismus und wurden darüber zu nationalen Befreiungsbewegungen." (13) Wenn hier von einer Falle die Rede ist, dann hätte es doch möglich sein müssen, daß zumindest einzelne dieser Bewegungen, die ja nicht alle auf einen Startschuß hin losrannten, aus dem Sturz ihrer Vorgänger gelernt und um die Falle einen Bogen gemacht hätten. Es wurden aber alle national. Die Methode Hobsbawms, die Vorstellungen, die die Nationen von sich selbst haben, ernst zu nehmen und sie mit deren Realität zu konfrontieren, führt bereits bei den westlichen Nationen zu ähnlich verblüffenden Resultaten. Er beweist detailliert, daß die existierenden Nationen gerade im Beginn ihrer Konstitution den ihnen entsprechenden gängigen Begriffen niemals auch nur annähernd gerecht werden. Weder existiert in der Regel eine gemeinsame Sprache, noch eine gemeinsame Kultur – was immer das ist – und schon ganz und gar nicht eine gemeinsame Abstammung. Der "Siedlungsraum" entstand immer erst als Resultat des Konstitutionsprozesses der Nation selbst; war also das Ergebnis gewonnener oder verlorener Schlachten. Da Hobsbawm alle sogenannten "objektiven" Kriterien ad absurdum führt, empfiehlt er bereits im Vorwort als vorläufige Arbeitshypothese unter Nation "...jede ausreichend große Gemeinschaft von Menschen..." zu verstehen, "...deren Mitglieder sich als Angehörige einer 'Nation' betrachten." Diesen Standpunkt nennt er "agnostisch" (14). Man kann ihn auch tautologisch nennen.

Daß Hobsbawm in seiner hervorragenden Arbeit keine "objektiven" Kriterien für die Existenz der untersuchten Nationen findet, verführt ihn zu dem Schluß "...das Element des künstlichen, der Erfindung und des social engineering ..., das in die Bildung von Nationen mit einfließt" (14) zu betonen. Nicht erst heute ist bekannt, daß die "Erfindung" der Nation alles andere als eine Sternstunde der Menschheit war. Warum waren dann aber offenbar alle so scharf darauf, sich als Mitglied eines solchen Verbandes bezeichnen zu dürfen, so daß inzwischen die Erde restlos damit übersät ist? Ganz offenbar hat es wenig Sinn, das Selbstverständnis der Nationalisten beim Wort zu nehmen. Hobsbawms Entlarvung läuft darauf hinaus, daß er dem Besitzer eines Tausendmarkscheins beweist, daß dieser mit diesem Schein nur Pfennigbeträge besitzt, indem er ihm die Herstellung des Papiers und deren Kosten erklärt. Auch und gerade bei der Nation gilt, wie bei allen Gestalten der kapitalistischen Produktionsweise, daß "die Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden suchen,... sehr verschieden... in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff" sind. Die von G.J. geforderte "Dekonstruktion des Nationalen" wäre so nur ein Teil der notwendigen Arbeit. Die "Dekonstruktion" darf nicht beim Zerstören des Scheins stehenbleiben, sondern muß zum Begriff kommen, d.h. die "innere, wesentliche aber verhüllte Kerngestalt" der Nation darstellen. Sicherlich würde eine solche Untersuchung auch zum Ergebnis haben, daß "Die Nation" in den historischen Phasen des Kapitalismus unterschiedliches leistet. Offensichtlich ist sie aber in ihrem allgemeinen Wesen fest mit dem Kapitalverhältnis verbunden; nicht nur Rahmen einer nationalen Ökonomie (nationale Profitrate), sondern selbst Produktivkraft. Als eine Gestalt der bürgerlichen Ökonomie ist sie "künstlich" und "erfunden" genauso wie das Kapitalverhältnis selbst, das zwar inzwischen zur Zweiten Natur der Menschen in den Metropolen geworden ist, an den Rändern aber bereits zerfällt. Sicher ist dann auch, daß "Nationalismus" keine aufgestellte Falle ist, sondern sein Auftreten als Indiz für bürgerliche Bestrebungen gel-

ten kann; deren "Träger und Agenten" mit diesen "Vorstellungen" ein durchaus falsches Bewußtsein über das Wesen ihrer eigenen Bestrebungen haben.

Als gesellschaftlich *notwendiger* Schein ist der Nationalismus notwendig in zweierlei Hinsicht. Einmal als Vorstellung wie sie notwendig falsch aus dem unbegriffenen gesellschaftlichen Ganzen sich dem Bewußtsein aufdrängt, zum anderen als zur Reproduktion des Ganzen notwendige Vorstellung in den Köpfen. Also Nationalismus als Resultat, aus dem "Gang der Geschäfte" und als dessen, diesen anspornenden und wegbereitenden Geist. Dann erst erklärt sich auch, wie eng das Überleben der Nationen an das Funktionieren des Kapitalverhältnisses gebunden ist, und warum Marx der Meinung war, daß erst "mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nationen (...) die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fällt." (zitiert nach G.J., s. Anm. 1)

So gesehen deutet das Aufkommen nationalistischer Bestrebungen grundsätzlich auf die Präsenz und politische Konstitution einer bestimmten Klasse (wie unterschiedlich stark sie auch entwickelt sein mag), nämlich der Bourgeoisie, hin. Dabei darf man dieses Phänomen nicht so simpel deuten, daß das Propagieren der Nation nur ein Trick einer nur an ihrer persönlichen Bereicherung interessierten Clique sei, wenn auch die ganze nationale Chose inzwischen soweit heruntergekommen ist, daß gerade in den Trümmerstaaten der ehemaligen SU sich genau solche Interpretationen aufdrängen. Allein in der Gründungsphase der europäischen Nationalstaaten und ebenso während der antikolonialen Befreiungskämpfe hatten die Vertreter der nationalen Idee kein klares Bewußtsein über das beschränkte klassenspezifische Interesse "hinter" ihrer Idee, das sich tatsächlich somit "objektiv", d.h. hinter dem Rücken der Agierenden durchsetzte. "Sie wissen es nicht, aber sie tun es", charakterisiert Marx dieses Verhältnis von Wille und Resultat.

## "Nationale Identität" als falsches Bewußtsein

Wenn G.J. den "Befreiungsnationalismus" der 3. Welt als "luftige, westliche Importware" kritisiert, vergißt er, daß dem Import im "luftigen" Bereich der Ideologien ein Import durchaus "irdischer" Interessen vorausging. Die Aussicht, auf den Trümmern der vom Kolonialismus zerschlagenen, früheren Gesellschaftsformen, eine von der alten Kolonialmacht abgekoppelte eigenständige Kapitalakkumulation zu entwickeln, veranlaßte eine daran interessierte, schmale bürgerliche Schicht zum Bündnis mit der breiten Masse, an privatem Landbesitz interessierter Bauern. Daß diese Möglichkeit vorhanden war, war Resultat des Kolonialismus, insofern "importiert". Als Resultat einer "importierten" gesellschaftlichen Situation sind diese Interessen aber nicht weniger real, als der westliche Nationalismus real ist, der sich zu Unrecht – wie G.J. mit Hobsbawm hier richtig behauptet – auf einem organischen Fundament gewachsen wähnt. Gerade weil dieses organische Fundament so gut wie nirgends existierte, liegt G.J. falsch, wenn er Lenin kritisiert: dem "...hätte jedoch auffallen müssen, daß Menschen, die seiner eigenen Meinung nach soeben 'aus dem feudalen Schlaf erwachen' gegen eine 'nationale' Unterdrückung überhaupt nicht kämpfen können, weil dies die Existenz einer kollektiven nationalen Identität voraussetzen würde."

Das Artikulieren partikularer Interessen gegen die Kolonialherren ist das "Erwachen aus dem feudalen Schlaf" selbst, und konstituiert zuerst, als falsches Bewußtsein: die "nationale Identität" im "luftigen" Gefilde der Ideen; dann, meist im bewaffneten Kampf: den anerkannten Nationalstaat auf dem irdischen Terrain.

G.J. verwickelt sich hier in einen Widerspruch, wenn er einerseits im Konkreten die organisch-substantielle Existenz "nationaler Identität" als notwendige Voraussetzung für einen wirklichen nichtimportierten Befreiungsnationalismus sucht und gleichzeitig – mit Hobsbawm – die Existenz dieser organischen Substanz im allgemeinen leugnet. Lenin konnte das Fehlen einer "kollektiven nationalen Identität" als greifbare Sache gar nicht auffallen, weil er eben dieselbe richtig im falschen *Bewußtsein* der antifeudalen bürgerlichen Bewegungen vermutete und auch entdeckte. Wenn Lenin den grundsätzlich bürgerlichen Charakter des Befreiungsnationalismus betont – deshalb vor "einer Apologie des Nationalismus" warnt – , und andererseits neben reaktionären auch "fortschrittliche" Seiten dieser Bewegungen ausmacht, resultiert diese Einschätzung keineswegs aus einer – ins Ökonomische transferierten – Hegelschen Geschichtsmetaphysik. Was ihn interessiert, ist der Widerspruch zwischen den als nationalistische Bewegung auftretenden bürgerlichen Interessen und den Interessen der zaristischen Autokratie.

Die zwei Seiten des Nationalismus sind nicht Eigenschaften seines "Innersten", seines "an sich Seins" und folgen keiner "eigentümlichen Dialektik", sondern erklären sich aus der konkreten offenen historischen Situation. Lenin erwartete den Ansturm des international gesinnten Proletariats auf die Zentren der nationalen Bourgeoisie und organisierte den russischen Beitrag dazu (15). Wäre die russische Arbeiterklasse nicht allein gelassen worden, hätte der bürgerliche nationalistische Flügel der antizaristischen Koalition einen anderen Stellenwert bekommen, die bornierte Idee des Nationalismus wäre mit ihrer realen Aufhebung konfrontiert worden.

Da die Mehrheit der Arbeiterklasse Westeuropas aber ihre Interessen lieber unter der politischen Führung der nationalen Bourgeoisie realisieren wollte, wurde die Chance vertan. Bevor also die Bolschewiki im nationalistischen Sündenfall die kommunistische Idee verrieten, blamierte sich die Wirklichkeit der Interessen des westlichen Proletariats, soweit sie von der "Idee" unterschieden war. Die Gleichsetzung nationalistischer Bewegungen mit dem vereinigten Proletariat, wie die Glorifizierung des "sozialistischen Vaterlandes" gehören "...aber schon zu jenen 'schlechten Diensten'", die, nach einem guten Ausspruch Rosa Luxemburgs, diejenigen dem Sozialismus erweisen, die "in seine Speicher als neue Erkenntnisse all die durch Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankrotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkrieg waren." (16)

## Nationalismus heute: ein blutleeres Gespenst

Alleingelassen konnte das russische Proletariat der Elementargewalt der bäuerlichen, kleinbürgerlichen und bürgerlichen nationalistischen Interessen nicht die Verwirklichung der reinen Lehre entgegensetzen. Um sich an der Macht zu halten, integrierten die Bolschewiki nicht nur deren materielle Interessen in ihre politische und ökonomische Planung, sondern modifizierten die kommunistische Idee zur "wissenschaftlichen" bürgerlichen Doktrin. Nach der Blamage der internationalen proletarischen Klassenbewegung in der Realität, veränderte sich dann auch deren Verhältnis zum neuen Nationalstaat in der Theorie der Bolschewiki, die von der Komintern übernommen wurde. "Für eine ganze geschichtliche Periode... soll praktisch der 'Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland' zu dem Hauptzweck gemacht werden, zu dem die internationale proletarische Klassenbewegung nur noch ein dienendes Mittel ist."(17)

Daß der Oktobersieg des russischen Proletariats Teil einer internationalen Niederlage der Arbeiterklasse war, bestimmte den

Charakter der russischen Revolution. “In Wirklichkeit beginnt also die bürgerliche Konterrevolution in dem neuen Rußland zugleich mit der proletarischen Revolution.” (18)

Sichtbar wird diese Konterrevolution auch im Selbstverständnis der neuen Staatsführung. Die von G.J. angegriffene Hereinnahme des bürgerlichen Nationalismus in die Parole vom vereinigten Proletariat ist daher nur ein Ausdruck des bürgerlichen Geistes innerhalb der KPdSU. Es lassen sich noch etliche andere bürgerliche Tendenzen und Theorieversatzstücke aufführen (Staat des ganzen Volkes, Rolle der Räte, die Rolle der Staatspartei etc.), deren Betrachtung hier aber zu weit gehen würde.

Die Behauptung des jungen Engels: “Der Kommunismus ist keine Doktrin, sondern eine Bewegung; er geht nicht von Prinzipien, sondern von Tatsachen aus” (19), gilt also ab hier nicht mehr. Die zwei getrennten Bewegungen (II. und III. Internationale) vertraten Theorien, die in ihrem Wesen bürgerliche Ideologien waren. Die revolutionäre Theorie spaltete sich von der Bewegung ab und blieb trotz ihrer Lebendigkeit ohne nennenswerten Einfluß.

Der heute in den Peripherien voranschreitende Zerfall der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, wozu auch der Zusammenbruch der “real-sozialistischen” Nationalökonomien gehört, bleibt nicht ohne Einfluß auf nationalistische Ideen. Sie verlieren ihre materielle Grundlage, die der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, was im Gegensatz zum ideologischen Selbstverständnis real ist. Die oft zitierte “Wiederkehr des Nationalismus” ist das Poltern eines blutleeren Gespenstes. Hasardeure und Banditencliquen bemächtigen sich der Trümmer der Staatsapparate, organisieren eine Ökonomie des Plünderns, formieren ihre Anhänger als Stämme und betreiben als Politik das massenweise Abschlachten ihrer Konkurrenten. Das ist die Haupttendenz in der heutigen Welt. Solche Verhältnisse brauchen keine bürgerliche Ideologie. Was zählt, ist das Recht des Stärkeren und die offene Gewalt. Die eigene Bande wird heroisiert und die Konkurrenten werden zu Untermenschen erklärt. Das ist alles. Diese Zustände bleiben nicht ohne Einfluß auf die Metropolen, ganz im Gegenteil werden sie auch hier die allernächste Zukunft entscheidend beeinflussen. Nicht nur als “Produkt frei vergesellschafteter Menschen” streift “die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses d.h. der materielle Produktionsprozeß... ihren mystischen Nebelschleier ab”, sondern diese bürgerliche Gestalt verliert ihren Schleier auch, wenn sie auf das regrediert, was immer schon Teil von ihr war: nackte Gewalt!

Vermutlich hat W. Pohrt recht, wenn er schreibt: “Da es aber keiner komplizierten Theorie und keines Studiums der Ideologiekritik mehr bedarf, um zu wissen, was das richtige wäre, könnten die Menschen es jederzeit ohne Vorbereitung und Anleitung machen, ohne Schulung und Beratung. Vielleicht tun sie das.” (20) Wer damit wohl kaum beginnen wird, sind die Menschen in den Metropolen und mit Sicherheit nicht die Mitglieder der Deutschen Nation. Die Milliarden Menschen der 3. Welt aber, vor allem in der ehemaligen SU sowie die Bevölkerung der VR-China, werden ihre galoppierende Verelendung nicht untätig hinnehmen. Was daraus wird, ist wieder offen. Wenn diese Menschen, anstatt sich gegenseitig abzuschlachten, “das Richtige” tun, gilt für die Nationen das gleiche, wie für den dazugehörigen Staat: “Solange es einen Staat gibt,gibt es keine Freiheit! Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben” (21).

**Gerd Kuhnen/ Holger Schlüter**

**Anmerkungen:**

1) Günter Jacob, Rechte Leute von Links, Konkret 5/94, S.14
2) Hannah Arendt, Über die Revolution, S.64
3) Hegel, Werke 12, S.42
4) Lenin, Band 20, S. 19
5) MEW, Bd.16, S.160,
6) ebd., S.153,
7) ebd., S. 155
8) Zur Ideologie der Konstitution der Nationen auf ethnischer Grundlage schreibt Engels im gleichen Zusammenhang u.a.: “Das Ganze ist eine Absurdität, in ein volkstümliches Gewand gekleidet, um einfältigen Leuten Sand in die Augen zu streuen, die man als bequeme Phrase benutzen oder beiseite werfen kann, wenn dies die Umstände erfordern.” (ebd., S.158)
9) Genau diese Differenz zwischen der organizistischen nationalen Ideologie und ihrem – durch die “List der Vernunft” realisierten – historischen “Nutzen” ist letztlich die konkrete “strukturale Modalität des inneren Widerspruchs” (G.J.) des Nationalismus, die Lenin angeblich übergeht, wenn er sich “... nicht so sehr (dafür) interessiert, was dieser selbst sein will, sondern wozu er nützt.” (G.J.)
10) Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus, S.5
11) MEW, Bd. 23, S. 94
12) MEW, Bd. 25, S. 219
13) Eric J. Hobsbawm, “Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780”
14) ebd., S. 19 und S. 21
15) Dazu Lenin: “Denn zu glauben, daß die soziale Revolution *denkbar* ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums *mit allen seinen Vorurteilen*, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben, heißt *der sozialen Revolution entsagen*.” (Lenin, Band 22, S. 363)
16) Rosa Luxemburg (III, S.140), nach: K. Korsch, Politische Schriften, S.186
17) ebd., S. 135,
18) ebd., S. 192
19) MEW, Band 4, S. 321
20) W. Pohrt, Harte Zeiten, 1994, S.207
21) Lenin, Bd. 25, S.4. Siehe auch Lenin “Über die Bedeutung des Goldes, jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus” (Bd.33, S.90-98). Übrigens widerlegt dieser Artikel auch Elsässers Behauptung, Lenin habe den “Bann des Ware-Geld Fetisch über die Menschen nicht abschaffen, sondern lediglich unter ein anderes Kommando bringen ( wollen)” (Konkret-Kongreßbericht, S.386). Neben dem hier zu findenden Vorschlag Lenins, nach der Abschaffung des Kapitalverhältnisses alles vorhandene Gold beim Bau öffentlicher Bedürfnisanstalten als solides Material zu verwenden, ließen sich leicht noch etliche andere Gedanken Lenins zitieren, die die, von Elsässer Lenin unterstellte, “strukturelle Affinität zum Antisemitismus” (ebd.) schlagend widerlegen. Das von Elsässer bemühte “Postzitat” Lenins beweist lediglich, daß Lenins Kritik am “technischen Mechanismus” (ebd.) der kapitalistischen Gesellschaft noch nicht auf der Höhe der “Dialektik der Aufklärung” war. Wobei Materialisten gerne dahin tendieren, Lenins Mangel an kritischer “Höhe” mit dem erbärmlichen Zustand des Ausgangspunkts seiner Kritik: den Produktivkräften Rußlands, die er mit denen des Westens vergleicht, zu entschuldigen.

# Jenseits von Gut und Böse

## Eine Antwort auf "Jenseits vom Wertgesetz" – Bahamas 14

In einem Diskussionsbeitrag der Bahamas 14 wirft Christian Schmidt "modernen Wertgesetzlern" vor, zur "Umwertung bisheriger Werte" übergegangen zu sein. Da für Christian selbst Antikapitalismus eine Frage moralischer Werte ist, fühlt er sich damit auf dem richtigen Kampfplatz. Er sieht – den Nachweis bleibt er schuldig – den "klaren Antirassismus" durch wertkritische Diskussionen gefährdet und möchte das Problem am wertkritischen Ansatz immanent nachweisen. Er ist dabei so innig einem Versuch der Rettung der Subjekte erlegen, daß er sämtliche Begriffe bekämpft, die von der gesellschaftlichen Totalität her argumentieren, und daß er Begriffe, die das Subjekt als in seinem gesellschaftlichen Rahmen determiniert beschreiben – wie "zweite Natur" – als Biologismen liest. Daraus zieht er dann entsprechende Schlüsse. Er verbreitet Irritationen, die in ihrer Häufung nicht mehr allein auf die Diskussion eines theoretischen Ansatzes zurückgeführt werden können. Soweit methodisch wichtige Punkte angesprochen sind, wollen wir im folgenden dennoch zumindest einiges richtigstellen.

Da Christian mit Zitaten arbeitet, stehen innerhalb der Anführungszeichen in seinem Text auch z.T. richtige Dinge. Beim von ihm vorgenommenen Arrangement wird es dann aber ganz schnell falsch. Wir können uns nur auf die von Christian gestifteten Zusammenhänge beziehen. Zum einen müssen die von Christian verwendeten Begriffe und Theorieansätze richtiggestellt werden; weiter müßte untersucht werden, wo die Schwierigkeiten und Unverständnisse von Christian begründet sind; und schließlich müßte auch noch auf die von ihm aufgeworfenen Fragen geantwortet werden. Dies ist aber in einem Artikel nicht alles zu leisten. Wir sind daher selektiv vorgegangen und haben uns auf einige wichtige Aspekte beschränkt.

Christian nimmt z.B. zum Ausgangspunkt Brick/Postone, deren Theorie er aber nicht nachvollzieht. Hingegen liefert er seinerseits die von jenen kritisierte Version eines traditionellen Marxismus. Mit seinem Verständnis von Werttheorie bleibt er auf dem Boden der Arbeitswertlehre der klassischen Ökonomie, unterschlägt also die Marxsche Arbeit daran. Die "Wertnorm 'gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit'" führt ihn "zu der Frage", zu der sie nach Marx gerade nicht führt, "nach dem Wert der einzigen wertschaffenden Ware, der Arbeitskraft". Christians Werttheorie, nach der das Arbeitsmaß das Wertmaß ergeben müsse, fußt ebenso auf der klassischen bürgerlichen Ökonomie, wie auf einem traditionellen Marxismus, die beide den Wert als den Dingen immanent und nicht als gesellschaftliches Verhältnis begreifen.

Welche Auffassung Christian von Werttheorie hat, ist hier von Bedeutung, weil sie im Zentrum seiner Kritik an den "Wertgesetzlern" steht. Wenn er nicht gerade von Resultaten einzelner Autoren auf das theoretische Unterfutter schließt, wirft er Vereinfachung vor: "Das Spezifikum jenes 'wertgesetzlichen' Theorieansatzes, um den es hier geht", liege darin, daß in "der Zuspitzung der Werttheorie (als einer allgemeinen Gesellschaftstheorie) auf 'das Wertgesetz' gerade die komplizierten Fragen der Zusammenhänge zwischen Basis und Überbau, zwischen Ökonomie und Politik bzw. Ökonomie und subjektivem Faktor 'vereinfacht'" würden. Nun ist das Wertgesetz kaum etwas anderes, als daß sich Wert eben verwertet, und insofern tatsächlich ziemlich allgemein. Als Substanz der Aussage bleibt wohl festzuhalten, es sei vereinfachend, die Gesellschaft als kapitalistische zu beschreiben. Dem wollen wir widersprechen.

### Christians Theorie-Begriff

Eine erste Schwierigkeit ist, daß Christian zwei sich logisch ausschließende Vorwürfe an die Adresse der "Wertgesetzler" richtet. Ihnen entsprechen zwei wiederum diametral entgegengesetzte Vorstellungen (Begriffe kann man da eigentlich nicht sagen) dessen, was "Theorie" sei, die sowohl für sich genommen als auch zusammen grundfalsch sind. Der einen Vorstellung zufolge ist Theorie ein Elfenbeinturm, also etwas, das sich fernab der Realität, fernab praktischer Absichten oder Implikationen in einem Wolkenkuckucksheim ereignet – ein "werkimmanenter theoretischer Diskurs". Theorie ist danach, was sich bestimmte Leute am Schreibtisch ausdenken, ein System "reiner" Begriffe und Kategorien, das hinterher der Realität übergestülpt wird, und das dann mit der Realität in Einklang steht oder auch nicht. Mit solcher Vorstellung von Theorie sucht Christian, "Wertgesetzler" als realitätsblinde Menschen abzustempeln, die soweit in ihren Elfenbeinturm verliebt sind, daß eine "Wirklichkeitswahrnehmung" nicht mehr stattfindet und selbst Offensichtliches nicht erkannt wird.

Dem widerspricht völlig die andere Vorstellung von Theorie, die Christian bemüht, und die wir das "Überbau"-Stereotyp nennen wollen. Danach ist Bewußtsein für ihn das Abbild von dem, was an der ökonomischen Basis los ist. Erkenntnis sei, schreibt Christian, die "von den marktwirtschaftlichen Verhältnissen nahegelegte Erkenntnis". Solange Theorie rational ist (und andere Theorie gibt es nicht), sei diese ein Abbild der marktwirtschaftlichen Verhältnisse und damit notwendig affirmativ. Gleichsam ist für ihn das, was Theorien leisten können, gebunden an die Offensichtlichkeit und Wahrnehmung von dem, "was ist". Er überprüft die Richtigkeit einer Theorie daran, ob sie das, was er sowieso bemerkt, für ihn richtig beschreibt. Analyse ist für ihn der Prozeß des Vergleichens der Aussage mit dem, was er sieht, und was er sieht, ist für ihn eben das, "was ist". Theorie ist bloßer Reflex auf die Offensichtlichkeit, die vermutlich den Vorzug der Reichhaltigkeit des tatsächlichen Lebens nicht erreicht. Weil Theorie an sich nach Christians Dafürhalten nur affirmativ sein kann, ist es die Wertkritik ebenso.

So logisch unvereinbar beide Vorstellungen auch sein mögen – sie ergänzen sich jedenfalls prächtig, wenn man sich des Zweckes des Artikels entsinnt, der Erledigung der Wertkritik. Christian hält sich gewissermaßen alle Möglichkeiten offen, um der Wertkritik am Zeug zu flicken: Mit der antiintellektuellen Vorstellung des Elfenbeinturms bietet sich die Chance, die Gegner als bläßliche, aber zugleich arrogante Studierstubenmenschen zu kennzeichnen, was dann in der diffamierenden Vokabel "Wertgesetzler" zum Ausdruck kommt. Es wird suggeriert, bei den derart Gekennzeichneten handele es sich um eine obskure Sekte, die im Abseits ihre spinnerten Marotten pflegt und ab und zu, wenn sie "auf Teufel komm raus" "politisieren" müsse, ihre "zynischen" Ergebnisse auf die Menschheit loslasse. Mit dem "Überbau"-Stereotyp soll andererseits "nachgewiesen"

werden, daß der wertkritische Ansatz die Ebene der Wertvergesellschaftung nur apologetisch reproduziert, aber nicht verlassen kann, weil dessen Anhänger sich überhaupt auf die korrumpierende "Logik einer Ökonomie der Zeit" einlassen. Mit dieser von den "Verhältnissen nahegelegten Erkenntnis" saugen nach Christian die "Wertgesetzler" auch den Zynismus dieser Verhältnisse ein, was er ausgiebig über Zitate zu belegen versucht. Wertkritik produziert demnach eine perfide und reaktionäre Vorhut von Verteidigern der Wertvergesellschaftung. Den Zynismus der Wertvergesellschaftung auf der Analyseebene zu benennen und vielleicht auch als drastische Polemik zu formulieren, erfüllt für ihn bereits diesen Tatbestand. Mit diesem zweiten Stereotyp legt Christian sich die Mittel zurecht, um die Identität von "Wertgesetzlern" und "Neo-Monetaristen" zu "beweisen".

Mit diesen beiden Stereotypen sind zwei Pappkameraden gebaut, die es umso leichter machen, das eigene Konzept (wenn man es einmal so nennen will) herauszuheben. Es kommt nicht auf die Analyse der Realität an, sondern auf deren moralische Verurteilung, woraus sich dann ganz zwanglos ergibt, daß Christian Kommunismus als Projekt moralischer Aufrüstung versteht. Mit einem Ideal vom im Kern guten Menschen vor Augen erscheint ihm die Beschäftigung mit den tatsächlichen Verhältnissen als schmutzig und reaktionär. Wieweit seine Utopie, an die er sich mit der Haltekraft eines Moralisten klammert, reaktionäre Inhalte transportiert, lassen wir angesichts seines imaginierten Menschen unkommentiert.

Christian stört besonders, daß Wertkritiker auch "politisieren" und keinen "werkimmanenten theoretischen Diskurs" führen. Marxistische Theorie um der theoretischen Diskussion willen ist aber weder vorstellbar noch wünschenswert. Christian versteht das "Wider den Politizismus", das er von den Werttheoretikern kennt, so, als ob gefordert würde, die Linke solle das "Politisieren" einstellen. Obwohl es in den verschiedensten Papieren mittlerweile nachzulesen ist, begreift Christian nicht, daß gerade die Wertkritik sowohl ihre eigene gesellschaftliche Konstituiertheit benennt, als auch sich als "eingreifende", d.h. gesellschaftlich etwas bewirken wollende Kritik begreift. Christian übergeht auch, daß, wenn in verschiedenen Polemiken gegen Politizismus und Praktizismus gewettert wird, es um die absolut grundlegende Einsicht geht, daß Politik kein der Ökonomie entgegengesetztes Prinzip, sondern Ausdruck der Erfordernisse der Wertvergesellschaftung ist, weshalb die Sphäre des Politischen, der Staat, kein Hebel der Befreiung sein kann. (1) Stets wird damit die Kritik eines Praxisverständnisses betrieben, das wegen tagespolitischer Ziele und aus dem bloßen Bedürfnis heraus, praktische Politik machen zu wollen, die Zielrichtung eigenen Handelns nicht bestimmt und somit, gemessen am Ziel, bestenfalls wirkungslos bleiben muß. Damit richtet sich das "Wider den Politizismus" nicht gegen praktische Ansätze überhaupt, sondern gegen das Wiederaufwärmen bereits gescheiterter linker Konzepte, wie sie auch Christian vorschlägt.

## Zurück in die Zukunft

Neu ist Christians Kritik an den "Wertgesetzlern" nicht – die Bahamas ist geradezu in eine Zeitmaschine geraten. Christians Diskussionsstand in dem sich immerhin als marxistisch verstehenden Zirkular knüpft an die Diskussionen um die Werttheorie an, wie sie in der vormarxistischen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, nach der Vereinigung von SDAP und ADAV, um 1877 geführt wurde. Unter Redaktion des Centralwahlcomitees der Partei und dem Heraus- und Geldgeber Karl Höchberg wurde 1877/78 eine der ersten sich als Theorieorgan verstehenden Zeitungen, "Die Zukunft. Socialistische Revue", herausgegeben. Höchberg war kein Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern der "Sozialistik", einer sozialtechnischen revisionistischen Richtung, die die "zur Verwirklichung drängenden Ideale nicht vorwiegend aus der objektiven Betrachtung der gegebenen Zustände schöpft, sondern vielmehr aus dem freien, von dem Seienden sich emanzipierenden, ja demselben sich entgegenstellenden Bewußtsein von dem Seinsollenden" (Höchberg, Die Zukunft, 1. Jg. 1877, S.33). Als Mitarbeiter für die Zeitschrift wurden damals auch Marx und Engels angefragt, die aber nach kurzem Abwarten die Zeitung und ihr "Doctoren- und Studenten- etc. Pack und Kathedersozialistengesindel" (Marx) bekämpften. (2)

In "Die Zukunft" wird der "Werth" im Sinne von Proudhon als "Fundament der Volkswirtschaft" beschrieben: Die "Lehre vom Werth ist für die Volkswirtschaft das, was das Zählen für die Rechenkunst ist." – "Liegt aber der Werth als positive Quantität in dem Gegenstande selbst, dann muß die Werthschätzung auch ohne Tausch vor sich gehen können, dann muß auch der isolierte Mensch, oder eine in Gütergemeinschaft lebende Zahl von Menschen zur richtigen Werthabmessung befähigt sein" (1.Jg. 1877, S.108). Die individuelle "Werthabmessung" sollte dann dafür verwendet werden, die Ausbeutung zu beenden, indem jedem Arbeiter seine individuelle Wertproduktion auch zugeteilt würde. Die Werttheorie wurde als eine theoretische Begründung dafür angesehen, daß der Kapitalismus ungerecht sei (der Arbeiter steht dem nichtarbeitenden Parasiten gegenüber) und ihre praktische Anwendung sollte zu dessen Beseitigung führen, indem der individuelle Wert der geleisteten Arbeit inklusive des Anteils, den der Kapitalist dem Arbeiter raube, auch entlohnt würde. Dieselbe falsche Begrifflichkeit des Wertes als positiver Größe ist Grundlage der Kritik Christians an den "Wertgesetzlern" und ihrer Gleichsetzung mit den Monetaristen.

## Wert der Ware Arbeitskraft

Christian glaubt ein entscheidendes Argument gegen die Wertkritiker darin gefunden zu haben, daß die arbeitende Klasse nicht mehr am Existenzminimum herumvegetiert. Dies soll nicht nur ein Argument gegen die Wertkritiker sein, die wohl übersehen haben, daß Marx hier ein Fehler unterlaufen sei, sondern auch ein Argument gegen Marx selbst, der an zentraler Stelle wohl Falsches prophezeit habe. Christian ist Anhänger einer Lehre, in der der Wert der Arbeitskraft durch das Existenzminimum bestimmt ist. Deshalb "analysiert" er mit Hilfe seiner Wirklichkeitswahrnehmung, daß der Metropolenarbeiter über seinem Wert bezahlt werde. Nach einer solchen Wertbestimmung des Lohnes sind die Metropolenarbeiter raffgierig und korrupt. Sie reißen an sich, statt brüderlich mit den Darbenden in der Peripherie zu teilen.

Daß dem Monopolkapitalismus in seiner imperialistischen Phase – wie Lenin ihn analysierte – noch ein Monopolarbeitskraftbesitzer zugeordnet wird, der "Monopollöhne" einfordern kann, ist eine Innovation von Christian, die die Theorie des Meisters Lenin an Absurdität noch in den Schatten stellt. Der Fordismus ist nicht mehr der Übergang vom extensiven zum intensiven Kapitalismus, mit dessen Durchsetzung auch der Reproduktionssektor kapitalisiert wurde, sondern – so Christian – "Massenfertigung, die aus der Not zu zahlender Monopollöhne die Tugend einer Akkumulation über Massennachfrage machte". Daß der tayloristische Kapitalismus extra für den Metropolenarbeiter gemacht wurde, übertrifft selbst kühnste Gewerkschafterphantasien. Allerdings sind nach Christian die rosigen Zeiten vorbei, was er mit einem von ihm kreierten Gesetz begründet: "...je höher die Produktivität desto niedriger die Löhne" – dies gilt für ihn "in der globalen Konkurrenzsituation (...) für die Ware Arbeitskraft".

Es schlägt dem Faß allerdings die Krone aus, wenn Christian dies auch noch als – Zitat: "Theorie von Marx" ausgibt. Hier

läßt sich nur noch auf das "Kapital", Bd.1, S.184 bis 187, besonders auf S.185 verweisen. Die Reproduktionskosten der Arbeitskraft können nicht unter ein bestimmtes Minimum nicht fallen, ein Existenzminimun, das gewährleistet, daß sich die arbeitende Klasse reproduzieren kann, wobei für das Individuum keineswegs ein Überleben gewährleistet ist. Nach unten ist den Reproduktionskosten der Arbeitskraft also objektiv eine Grenze gesetzt. Was aber bei fortschreitender kapitalistischer Entwicklung Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft ist, ist eine Frage der gesellschaftlichen Durchsetzungsmöglichkeit als auch der kulturellen Entwicklung. Das heißt: der Lohn, geldmäßiger Ausdruck der Reproduktionskosten, ist abhängig von der kapitalistischen Entwicklung einerseits und der Kampfkraft der Lohnabhängigen andererseits, also von einem "historischen und moralischen Element" (MEW 23, 185). Daraus folgt, daß die Arbeitskräfte in den Metropolen eben nicht über Wert bezahlt wurden, sondern daß auf Grund der fortgeschrittenen kapitalistischen Entwicklung und der höheren Kampfkraft der Lohnabhängigen das Reproduktionsniveau in den Metropolen höher war als im Trikont.

Die Auffassung, daß der Lohn bzw. der Wert der Arbeitskraft auf dem Existenzminimum verharre, ist eine theoretische Meisterleistung Lassalles, die von Marx immer bekämpft wurde. Marx trotzdem dafür haftbar zu machen, ist eine alte Übung. "Dann wird uns unversehens das Lassallsche 'eherne Lohngesetz' entgegengehalten (...) obgleich (...) Marx sich im ersten Band des 'Kapitals' ausdrücklich gegen alle und jede Verantwortlichkeit für irgendwelche Schlußfolgerungen Lassalles verwahrt ...", schrieb Engels (MEW, Bd.22, 117), und in einem Brief an Bebel beklagte er sich schon 1875, daß sich unsere Leute das Lassallesche "eherne Lohngesetz aufoktroyieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruht, nämlich daß der Arbeiter im Durchschnitt nur das Minimum des Arbeitslohnes erhält (...) Nun hat Marx im 'Kapital' ausführlich nachgewiesen, daß die Gesetze, die den Arbeitslohn regulieren, sehr kompliziert sind, daß je nach den Verhältnissen bald dieses, bald jenes vorliegt, daß sie also keineswegs ehern, sondern im Gegenteil sehr elastische sind (...)." (F. Engels, MEW, Bd.19, S.5)

Die Ausführungen zur nicht eingetretenen Verelendung dienen nur dazu, Wertkritiker als Menschen vorzuführen, die ideologisch so verblendet seien, daß sie offensichtliche Realitäten nicht erkennen wollen. Nun glaubt Christian mit seinem vernichtenden Schlag nicht nur die Wertkritiker getroffen zu haben, sondern möchte gleich auch noch Marx einen empfindlichen Tiefschlag beibringen. Daß er sich dabei in eine Reihe mit solch herausragenden Marxisten wie Norbert Blüm stellt, sei nur nebenbei bemerkt. Nur noch peinlich ist es freilich, wenn einer, der sich nicht an diejenigen wenden will, die die wertkritische Diskussion verfolgen, sondern populistisch an den "Laien", dem er "Marx' Wertbegriff und seine Implikationen" nicht erklären, sondern "veranschaulichen" (!) will, nicht einmal mit dem banalsten ABC der Marxschen Ökonomiekritik zurechtkommt.

## Ratio und Wertproduktion

Nun zu Christians Generalangriff auf die "Wertgesetzler". Die "Globalisierung" der "wertgesetzlichen Eigendynamik" hat nach seiner "Analyse" im Rahmen seines "Überbau"-Stereotyps auch eine globale vorherrschende Ideologie in die Köpfe der Menschen gehievt. Die Verhältnisse selbst haben demnach neben den Wertkritikern auch die Monetaristen, Chicago-Boys, soziale Marktwirtschaftler usw. als affirmative Globalisierer hervorgebracht, die sich allesamt in der Anerkennung der Rationalität der Kapitalverwertung gleichen. Einen Unterschied zwischen bürgerlichen Ökonomen und "Wertgesetzlern" gibt es insofern bei ihm nicht, auch wenn die bürgerlichen Ökonomen die Logik des Kapitals als eine den Menschen adäquate darstellen, während die Wertkritiker aufzeigen, wie das Kapital alles seinen Bedürfnissen subsumiert, und wie und warum die Menschen dies als eigene Ratio sich zueignen. Für Christian ist dies freilich bereits identisch mit einer Propaganda für die Marktwirtschaft, weil dabei dem Gegenstand der Kritik überhaupt eine Folgerichtigkeit abgewonnen wird. Das "Anliegen, bürgerliche Moral oder Werturteile unmittelbar und quasi naturgesetzlich auf ökonomische Nützlichkeitskalküle zurückzuführen" fällt ebenso der Kritik anheim, wie das "Anliegen, aufklärerisch die Verhältnisse zu 'entschleiern' und eine Theorie zu formulieren, die der globalisierten Markwirtschaft adäquat ist."

Nach Christian entdecken die "besonders konsequenten (...) Wertgesetz-Theoretiker", daß "Wertgesetz und Ökonomie der Zeit nicht nur das A und O von Wirtschaft sind, sondern generell Gesellschaftlichkeit prägen – vom Alltagsleben und -bewußtsein über die Moral bis hin zu allgemeinsten Ideologien." Er hält dies für das gleiche, wie wenn ein nobelpreisschwerer Grenznutzentheoretiker (subjektive Wertlehre) eine neue Variante vom alten Satz, Geld regiert die Welt, von sich gibt (vgl. als Kritik zur Grenznutzentheorie u.a. bei Franz Petry, Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie, 1916, S.52ff). Wertkritiker und Grenznutzentheoretiker seien insofern gleich in der Affirmation der Verhältnisse: Daß "so etwas wie objektive Ratio waltet und Aufklärung hergestellt ist, wenn deren Wirkungsweisen entschlüsselt werden, ist beiderseitige Annahme." Für Christian ist das eine wie das andere affirmatives Herrschaftswissen, weil angeblich beide die "Ökonomie der Zeit" als existent beschreiben, was für ihn bereits heißt, deren Logik zu übernehmen.

Wenn Wertkritiker und bürgerliche Ökonomen zu einer identischen Aussage kommen, so ist das für Christian besonders verwerflich. Er fordert eben das moralische Urteil, die "Bewertung". Einmal abgesehen davon, daß die behauptete Identität nicht existiert – selbst wenn sie gegeben wäre, könnte diese Feststellung keinen Einwand begründen. Theoretische Erkenntnis hat ihren Wahrheitsgehalt unabhängig vom Standpunkt des Formulierenden. Genauso wie Reaktionäre recht haben können bei der Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen, ist eine sich selbst vergewissernde progressive Gesinnung keinesfalls die Gewähr für eine theoretisch treffende Analyse. Der Wahrheitsgehalt der Theorie hat sich an der Wirklichkeit zu bemessen, nicht an der Frage, ob sie von Reaktionären oder Progressiven formuliert wurde. Wenn sich "Wertgesetzler" und Neomonetaristen in ihren Aussagen treffen können, dann weil sie denselben Untersuchungsgegenstand haben: die kapitalistische Gesellschaft. Es sei in diesem Zusammenhang an die Marxsche Unterscheidung von klassischer und Vulgär-Ökonomie erinnert: nur die erstere hielt er der Beschäftigung wert, weil sie "unbefangene wissenschaftliche Untersuchung" eines inneren Zusammenhangs sei, während in der Zweitgenannten nur Plattitüden in einem scheinbaren Zusammenhang selbstgefällig abgehandelt würden (vgl. MEW, Bd.23, S.21 sowie 95).

Wenn Christian nun aber behauptet, daß sowohl Wertkritiker als auch bürgerliche Ökonomen versuchten, den Kapitalismus in eine Ökonomie der Zeit aufzulösen, zeigt er, daß er die von ihm so ausführlich zitierten Texte nicht verstanden hat. Nicht nur Marx spottet im Kapital über die Robinsonaden der bürgerlichen Ökonomen, auch für Brick/Postone ist zentral, daß der Kapitalismus eine Ökonomie des Wertes und nicht der Zeit ist, da jeder Produktivitätsfortschritt über kurz oder lang zu einer Verringerung des neugeschaffenen Wertes führt. Gäbe es im Kapitalismus eine Ökonomie der Zeit, so könnte durch Produktivitätsfortschritte die Arbeitszeit verkürzt werden, da dann nicht der wertmäßige,

sondern der stoffliche Output entscheidend wäre.

Daß Christian zu solch haarsträubenden Aussagen kommt, nimmt allerdings nicht Wunder: indem er Politische Ökonomie als – Zitat: "Wirtschaft" mißversteht, muß er auch den Gegenstand der Wertkritik verfehlen, die eben den Versuch unternimmt, auch bestimmte Formen des Bewußtseins aus der gesellschaftlichen Produktionsweise zu verstehen. Damit wird allerdings im Gegensatz zu Christians Vermutung nicht die Rationalität, sondern die Irrationalität eben dieser Produktionsweise thematisiert. Angesichts von derart hartnäckigem Unverständnis ist es nun doch notwendig, zumindest zu umreißen, worum es bei der Wertkritik eigentlich geht (3): Es gilt zu verstehen, was es für die Gesellschaft und die Linke heißt, daß der Wert keine Größe der "kapitalistischen Mißwirtschaft" (Christian) ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das jedoch als "gesellschaftliche Natureigenschaft" (Marx) der Dinge erscheint.

## Wert als gesellschaftliches Verhältnis

Der Wert ist gegenständlich und Gedankending zugleich. Die Unterschiede zwischen Wesen und Schein fallen innerhalb das Gebiet der Sinnlichkeit (Krahl), sind aber sinnlich eben nicht aufzufassen, weshalb Marx schrieb, "alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge zusammenfielen". Der Marxsche Wertbegriff ist ein Springpunkt seiner Theorie, in der es um das Wesen geht, aus dem die Erscheinungen, mit denen die Sinne täglich zu tun haben, verstanden werden sollen. Marx bezeichnete die Werttheorie als die "rationale Basis der politischen Ökonomie" (4).

Wert ist sinnlich nicht wahrnehmbar, weil seine Haupteigenschaft die Metamorphose ist. Die Austauschbarkeit der Waren in der warenproduzierenden Gesellschaft existiert, weil diese, an die Naturalform gebunden, gleichzeitig die Naturalform abstreifen können. Dies geht nur mit Hilfe des Werts, der keine gegenständliche Existenz hat. Er abstrahiert von den körperlichen Bestandteilen und Formen, die das Arbeitsprodukt als Gebrauchswert hat. Der Gebrauchswert wird zu seinem Gegenteil, dem quantitativen Tauschwert. Der Wert verselbständigt sich den Waren gegenüber und wird in der Zirkulation durch verschiedene Wertformen repräsentiert.

Der Wert ist, als Wert heckender Wert, als Kapital, ein Quantum, das prozessiert, das die Naturalform des Gebrauchswertes abstreift, um die Warenform, die Geldform, Produktionsmittelform, die Preisform, die Lohnform usw. anzunehmen. Er verkörpert sich in den verschiedenen Bestandteilen des Produktions- und Zirkulationsprozesses, ohne jemals mit ihnen identisch zu sein. Er ist darüber hinaus begrifflicher Ausdruck für die grundlegende Größe der kapitalistischen Totalität überhaupt, was das zentrale Interesse der Gesellschaftstheorie an ihm begründet. Wert ist keine Kategorie der Ökonomie oder der Soziologie, sondern das allgemeine Konstituens der scheinbar unabhängigen gesellschaftlichen "Bereiche". Wert ist ein Unding, abstrakte Gegenständlichkeit, das Allerabstrakteste, das aber das Leben der Menschen ganz handfest bestimmt und die Gesellschaft zur Totalität zusammenzwingt. Als jenes Ungegenständliche, aber reale "automatische Subjekt" (Marx) bezeichnet "Wert" die Totalität eines von Menschen in Gang gehaltenen, aber nicht von ihnen bewußt kontrollierten Prozesses.

Die Darstellung dessen, was "Wert" ist, impliziert im selben Moment dessen vernichtende Kritik, ohne daß irgendwie herummoralisiert werden müßte: Wenn erwiesen ist, daß die Wertvergesellschaftung die einzelnen, konkreten bedürftigen Menschen zu Statisten degradiert, sie nur als Mittel des unendlichen Verwertungsprozesses anerkennt und mitschleift, so ist dies das zwingendste Argument für die restlose Abschaffung einer Ordnung, die sich selbst rühmt, daß in ihr die vollendete Freiheit der Individuen realisiert sei. Entweder die Menschen setzen sich als bewußte Urheber ihrer Vergesellschaftung ein, oder sie werden, wenn sie es unterlassen, von den Verhältnissen erschlagen. Jeder Gedanke und jede Aktion, die nicht aufs Ganze zielt, wird vielleicht ein Tropfen auf den heißen Stein sein, letztlich aber dazu beitragen, die Übermacht der Verhältnisse noch weiter festzuzementieren. Das ist, wenn man so will, die revolutionäre Implikation der Wertkritik.

Die Wertkritik läßt in der Tat keinen Raum für die Interpretation des gesellschaftlichen Ganzen vom Individuum aus oder für anthropologische Spekulationen, wie Christian sie anstellt, wenn er – in verschämte Gänsefüßchen gesetzt – über die "'Natur des Menschen'" oder die "'menschliche Natur'" räsoniert. Der Kapitalismus ist für ihn ein moralisches Dilemma, und dessen Transzendierung kann er sich nur durch eine Kraft, die aus dem Off der "menschlichen Natur" kommt, vorstellen.

Wer keinen Begriff vom Wert hat, kann auch das Geld nicht verstehen. Christian bringt es tatsächlich fertig, aus Marx herauszulesen, daß der Mensch sich immer weiter "vom rationalen Ausgangspunkt ökonomischer Bedürfnisbefriedigung (Gebrauchswertproduktion) entfernt" habe, "somit seiner Natur entfremdet wird". Zur Verdeutlichung, wie sich der Mensch nun seiner "Natur" (wahrscheinlich dürfte man in Christians Sinn "sich selbst" sagen) entfremdet, führt Christian beispielhaft das Geld als "Modell" an. Dieses regele "nur bestimmte Austauschbeziehungen" und sei letztlich "substanzlose Spiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse" (5), von der bürgerlichen Ökonomie werde dem Geld aber eine "zauberhafte Wertsubstanz" zugesprochen. Nun ist das Geld als eine der Metamorphoseformen des Werts etwas zauberhafter, als Christian vermutet. Es regelt nicht nur die Austauschbeziehungen, ist nicht, wie Ricardo sich das vorstellte, nur vorgestelltes Äquivalent, sondern steht für die Entstehung in der Produktion ebenso wie für die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander. "Entfremdung" und "Fetisch" sind für Christian nur "erkenntnismäßige Phänomene", "Ideologie", nichts mehr, und entsprechend sieht er wohl auch keine grundsätzliche Schwierigkeit, diese auf der Werteebene, eben mit Moral, abzuschaffen – aber holla.

Was für Christian nur "Ideologie", nur "kognitiv" ist, ist für die Wertkritik tatsächlich materielle Gewalt. Die Welt wird darin nicht als Wille und Vorstellung und Ideologie und "Geschichte" aufgefaßt. Nicht die "Entfremdung" von der "Natur des Menschen", was immer das auch sein soll, wird behauptet, sondern die Verhältnisse gelten als materiell gewordene Vergesellschaftung unter kapitalistischer Produktionsweise, die dem Einzelnen seinen Spielraum setzt – als "zweite Natur", wie Marx sich ausdrückte. Der Fetisch besteht darin, daß man Gold und Silber nicht ansieht, daß sie als Geld ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis darstellen, aber in der Form von Naturdingen mit sonderbar gesellschaftlichen Eigenschaften ausgestattet sind (Marx). Für Christian ist "Fetisch" nur der Schein der Warenwelt, insofern sein Glanz die Bevölkerung aus dem Osten anlockte ("Wir wissen auch wie erdrückend der 'Fetischcharakter' nicht nur der Ware Geld, sondern aller westlichen 'Waren' für die Massen in den östlichen und südlichen Ländern bei 'nachholender Entwicklung' gewesen ist – und welche 'Abstimmungen mit den Füßen' deshalb stattgefunden haben" – "Jenseits vom Wertgesetz".) Es scheint sich um ein eigentümliches Glimmern des stofflichen Reichtums als Glücksversprechen zu handeln, das nicht eingelöst werden kann. Diesem Schein nicht zu erliegen, gilt Christians Bestreben.

So ist es eben nicht die bürgerliche Ökonomie, die dem Geld oder der Ware einen Fetischcharakter zuschreibt – wie Christian vermutet –, sondern es ist Marx, der diesen

von der bürgerlichen Wissenschaft immer verleugneten und dafür umso bewußtloser reproduzierten Fetischcharakter enthüllt. Für bürgerliche Ökonomen ist Geld nur die Benennung einer Austauschgröße, das dahinterliegende Gewaltverhältnis der Lohnarbeit wird nicht erkannt. Nicht nur jeder Geldschein und jede Münze, sondern auch jede andere Ware produziert diesen Fetisch, der die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander verkehrt, der das Gewaltverhältnis, das in der Warenproduktion steckt, verschleiert, und den Tauschwert als eine der Ware entspringende Größe erscheinen läßt.

## Die Frage nach dem Grunddissens

Als "Grunddissens" mit den "Wertgesetzlern" benennt Christian die Frage, "ob Wertgesetzliches den gesamten logischen Raum einnimmt; was unterstellt, daß letztlich alle menschliche Kultur bzw. Geschichte auf die Aneignung der äußeren Natur, also auf die Produktivkraft ausgerichtet ist". Dies erinnert ein wenig an Georges Sorel, der Marx als Deterministen ansah, der den Verlauf der Geschichte zum Naturprozeß mache und jegliche moralische Begründung und Bewertung und besonders die moralischen Kräfte des Menschen überhaupt ausschalte. Sorel glaubte dann im Begriff des "Sozialen Mythos" die Kraft der Völker für geschichtliches Handeln gefunden zu haben. Jedenfalls tut Christian wieder einmal so, als wollte die "Wertgesetzler"-Sekte der Realität vorschreiben, daß sie sich nach den Maßstäben der Produktivkraftentfaltung zu richten habe. Es ist aber eine Banalität, daß die Aneignung der äußeren Natur schon vor dem Kapitalismus begann und nach der Revolution nicht endet, also in der Tat Grundlage aller menschlichen Geschichte ist. Die Produktivkraftentwicklung ist davon nur ein Teil. Zum anderen geht es der Wertkritik um die Gesellschaft und deren bestimmende Elemente und nicht um den "logischen Raum", der von der Wertvergesellschaftung nicht erfaßt ist. Wer wie Christian vor lauter Subjektrettungsversuchen in den Marxschen Begriffen wie Entfremdung und Fetisch nur "'psychologisierende' Begriffe" sieht und mit unterstellter Marxscher Psychologisierung einen Gegensatz zu den "Wertgesetzlern" herstellt, die angeblich die "Subjekte durch ihre jeweiligen gesellschaftlichen Tauschbeziehungen als vollständig entschlüsselt" ansähen, der möchte im Sinne konservativer Kulturkritik die Residuen der Menschlichkeit gegen den Rationalisierungsprozeß verteidigen. Solange die Entfremdung nur beschrieben wird, wie noch beim Marx der Pariser Manuskripte, wird die Ebene der konservativen Kulturkritik im Prinzip nicht verlassen. Im Kapital aber und besonders mit der Werttheorie wird die Analyse der Genesis der Entfremdung geliefert und damit ihre Struktur aufgedeckt. Die Aufdeckung dieser Struktur weiterzubetreiben ist Aufgabe der Wertkritik. Dem Wertkritiker geht es weder um das als autonom vorgestellte Subjekt noch um die Individualwissenschaft Psychologie, sondern, wie bereits deutlich geworden sein sollte, um die gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Strukturen, die eine Befreiung aller Subjekte verhindern. Wenn die Wertkritik also betont, daß das eigentliche Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft der Wert ist, so sind damit die einzelnen Menschen als Subjekte nicht vollständig dechiffriert, aber die geltenden Bewertungskriterien für nützliche Mitglieder der wertverwertenden Gesellschaft sind damit benannt. Für Christian ist aber aus bereits erwähnten Gründen bereits das Benennen des kapitalistischen Rationalisierungsprozesses mit seinen Auswirkungen auf die Individuen der affirmative Verrat (dazu gehört auch, daß Christian polemische Formulierungen wie die von den "stoppelbärtigen Banditen" moniert, die er natürlich als grundlosen Zynismus des Theoretikers und nicht als Kenntlichmachung des objektiven Zynismus versteht). Während die Wertkritiker die "Herrschaft des Wertgesetzes" zu analysieren versuchen, damit jede Affirmation der Verhältnisse zugunsten der einzig möglichen Gewißheit, daß diese Verhältnisse abgeschafft gehören, erschwert wird, meint Christian, die Wertkritiker seien daran zu messen, ob sie das Wertgesetz moralisch verurteilen, wie er sich selbst ja nur noch den Weg der Moral offenläßt, ohne zu wissen, wie diese Moral begründet sein soll.

Daß Christian glaubt, daß bei den Wertkritikern alle Geschichte zur Naturgeschichte wird, ist schließlich ein weiteres Beispiel dafür, wie sich jemand an seinem eigenen Nichtverstehen abarbeitet. Er glaubt, daß Wertkritiker "Mensch und Geschichte" "'naturgesetzlich objektivieren'" und mit erster und zweiter Natur den Menschen einmal im "'Rohzustand'" und das andere Mal emphatisch als "Mensch der Moderne, der rational kalkuliert" bezeichnen würden, anstatt zu sehen, daß "zweite Natur" eben den Zustand denunziert, in dem die Lebensbedingungen nicht bewußt gestaltet werden. Auch bezeichnet die erste Natur nicht die Abwesenheit der Tauschgesellschaft, sondern ein Verhältnis von Mensch und Natur, in dem der Mensch noch nicht angefangen hat, die Natur planmäßig zu bearbeiten, sondern bloßer Bestandteil von ihr ist. Die Wertkritik analysiert als "zweite Natur" die herrschende Vernunft der Kapitalverwertung. Diese gilt es zu kritisieren, weil die Kritik der Verhältnisse, wie sie sind, die gedankliche Bewegung der Revolution ausmacht (H.-J. Krahl).

Die angestrebte bewußte Gestaltung von Produktion und Gesellschaft kann nicht auf diese Gedanken verzichten. Der Versuch des Verstehens von Kapitalismus, seiner Bewegung und seines Rationalitätsprinzips ist gegen jeden Fatalismus gerichtet, der an die Veränderungsmöglichkeit nicht glaubt bzw. der blind agiert, aber nicht im Sinne der Revolution verändert. Die Aktualität der Revolution ist ein Primat der praktischen Vernunft und als solche eine Frage des Willens und der Gelegenheit. Weil nun nach Christians Vorstellung das Denken von der ökonomischen Basis bestimmt wird und die Logik nur eine Spiegelung "ökonomischer Nützlichkeitskalküle" der Ratio der Wertproduktion ist (Adorno/Horkheimer hätten, so Christian, die Logik schlechthin in "Spiegelungen wertorientierter Produktion" ausgemacht – welch ein Unsinn!), will er Denken und Vernunft lieber gleich ganz abschreiben und Wertediskurs und Moral dagegen setzen. Aufklärung, deren Sinn er als bloßes "Beschreiben was ist" bestreitet, ersetzt Christian durch die Frage, ob "die Jagd nach stofflichem Reichtum nicht gerade die Ursache gesellschaftlicher Verarmung" sei. Christians "eigentliche Fragen" transportieren damit bereits eine nur moralische Ausrichtung der Antwort. Jene ist offensichtlich darin zu suchen, daß das Subjekt der Verblendungskraft des schnöden Mammons widerstehen müsse.

## Was sein soll

Zwar kommt auch Christian an einer Stelle zu dem Schluß, daß die Moral der bürgerlichen Gesellschaft nur eine Arbeitsmoral ist, bestimmt durch die Bedürfnisse der Kapitalverwertung, aber er läßt sich davon beim Abfassen seiner Moraltäfelchen nicht im Geringsten beirren. Seine Frage an die "Transzendenz kapitalistischer Wertproduktion" ist: "Welche Gesetze und welche Werte liegen jenseits der Ratio des Wertgesetzes?" Christian will gegen die Ratio eine "Wertediskussion" als Vernunftkritik führen, so wie bereits auf die Aufklärung die Romantik folgte. "(...) ist die Jagd nach stofflichem Reichtum nicht gerade Ursache gesellschaftlicher Verarmung? (...) was wäre 'ganzheitliche' bzw. 'gefüllte' Gestalt menschlicher Arbeit?" – fragt er wie ein Hauptreferent bei der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Er setzt wie einst Höchberg und wie alle Moralisten vor und nach ihm, das, "was sein soll" unvermittelt gegen das, "was ist" (6). Er fordert, darin ganz im Trend, "Werte" ein, die auf

"alternativen 'moralischen' Kategorien basieren". Auf "konkurrierende materiell-menschliche Werte wie Wohlbefinden, Beziehungsreichtum und nicht-konsumtiver Naturgenuß" will Christian uns verpflichten, womit das öko-sozialistische Gesülze aus dem Sindelfinger Programm der Grünen von 1983 ("Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben", so der Titel) zum Maßstab kommunistischer "Erneuerung" erklärt wird. Ohne das Aufzeigen einer Chance für die reale Möglichkeit zur Veränderung anhand nachvollziehbarer Kriterien bleibt das, "was sein soll", nur Illusion, Träumerei, Idealismus und Romantik. Für Christian ist Utopie die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft, die in "Jenseits vom Wertgesetz" zwar kaum vorkommt, ein ähnlich argumentierender Text von Christian (7) ist aber allein der Notwendigkeit der Utopie gewidmet.

Wie Christian Kapitalismus versteht, entwirft er auch seine Vorstellung von Befreiung. Geld als entfremdeten Ausdruck für Naturferne zu nehmen, und rationales "Kalkül" als falsches Bewußtsein zu fassen, das der "Natur des Menschen" im Sinne der Gebrauchswertproduktion entgegensteht, impliziert völlig andere Vorstellungen von Befreiung, als Wertkritiker sie entwerfen. Befreiung ist für Christian ein "Zurück zur Natur" statt die erstmalige bewußte Gestaltung von Produktion und Gesellschaft durch die Menschen. Er glaubt, die zweite Natur als entfremdetes Ergebnis der Geschichte einem "rationalen Ausgangspunkt" der Gebrauchswertproduktion gegenüberstellen zu können, zu dem es zurückzukehren gelte.

Im Analogieschluß könnte man sagen, daß es, so wie für Robert Kurz bereits den "Kommunismus der Sachen", für Christian einen Kommunismus der Moral gibt. Dieser zeichnet sich dadurch aus, daß die moralischen Anlagen der Menschen so weit entwickelt sind, daß sie damit auch der "Wirtschaft" den Kommunismus bescheren können. Vielleicht liegt gerade in dieser Nähe zu Kurz begründet, daß Christian diesen zu einer Art Hauptfeind ausgewählt hat (vgl. auch Bahamas Nr. 11). Zum Schluß seines Textes kommt er Kurz noch einmal nahe, wenn er schreibt: "Nur scheint mir für die hier angerührte Debatte zentral, daß gerade bei Annahme eines alles durchdringenden, katastrophal 'naturgesetzlichen' Wertgesetzes materielle Bezugspunkte oder Werte außerhalb von Arbeit und Produktivität verortet werden müssen".

Die Anleihen bei Theoriefeinden, Idealisten, Gegenaufklärern, konservativen Kulturkritikern und der bürgerlichen Ökonomie sind ihm wohl gar nicht aufgefallen.

**ims./ Karl Nele**

**Anmerkungen:**

1) Die Wertkritik impliziert insofern bereits eine Kritik am Staatskapitalismusmodell, welches von einer Gegenüberstellung von Politik und Ökonomie ausgeht.

2) Vgl. Zirkularbrief, MEW, Bd.19, S.150 ff.

3) Da hier nicht mehr als ein paar Stichworte gegeben werden können, vgl. H.-G. Backhaus, Zur Dialektik der Wertform, in: A. Schmidt, Beiträge zur marxschen Erkenntnistheorie, 1970, H.-J. Krahl, Konstitution und Klassenkampf, 1971, S.31ff. und D. Behrens (Hg), Gesellschaft und Erkenntnis, 1993, S.165ff.

4) Zitiert nach: P.Mattick, Kritik der Neomarxisten, 1974, S.73.

5) Marx hat sich im Fetischkapitel ausdrücklich dagegen gewandt, "im Wert (und der Wertform Geld als Gestalt des allgemeinen Äquivalentes, d.Verf.) nur die gesellschaftliche Form (...) oder vielmehr ihren substanzlosen Schein" zu sehen; vgl. MEW, Bd.23, S.95.

6) Marx dazu: "(...) wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihre entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichotterie." (Grundrisse S.77)

7) Christian Schmidt, Zur Notwendigkeit der Rekonstruktion einer linken konkreten Utopie, in: Reader Linksradikaler Diskussionszusammenhang, "Projekt: Kommunismus, Befreiung der Arbeit oder von der Arbeit", Hannover 3.5.93

# EU-Gipfel in Essen

Gegen den Essener Gipfel der 12 Regierungschefs der Europäischen Union hat das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel, c/o Stadtteilbüro Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen, Tel.: 0201-83444-10 zu Aktionen aufgerufen. Am 9. und 10. Dezember soll mit dem "Essener Vertrag" die Aufnahme von Schweden, Finnland, Norwegen und Österreich in die EU abgeschlossen werden. Außerdem sollen Maßnahmen zur Senkung der Lohnkosten und Sozialleistungen beschlossen werden. Nachfolgend eine Zusammenfassung von Inhalt und Planung der EU-Gegner.

**rat.**

Im Vordergrund des EU-Binnenmarktes stehen die Interessen und Profite der Konzerne. Von Gewerkschaften erkämpfte Rechte werden unterhöhlt, die Arbeitsverhältnisse dereguliert. Prekäre Jobs werden nach sexistischen und rassistischen Kriterien zugeteilt. Die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten müssen Frauen und EinwanderInnen leisten. Die Zerstörung der Natur wird mit dieser Wirtschaftspolitik fortgesetzt, ökologische und soziale Probleme exportiert. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion setzt eine rigide Sparpolitik der öffentlichen Haushalte voraus. Die BRD hat sich mit ihrer Stabilitätspolitik und DM-Dominanz durchgesetzt.

Zur Sicherung nach innen wird eine europäische Polizei aufgebaut. Ziel ist insbesondere die Kontrolle derjenigen, die vor den Auswirkungen der EU-Politik nach Europa flüchten. Eine aggressive Außenpolitik der EU sorgt für billige Rohstoffe und den Zugang zu Märkten. Im GATT-Abkommen festigte die EU zusammen mit den USA und Japan ihre Vormachtstellung in der Welt. Diese Politik soll durch den Ausbau der Westeuropäischen Union zu einem eigenen militärischen Arm fortgesetzt werden.

Die EU trägt nicht dazu bei, die BRD in eine Friedensordnung einzubinden. Vielmehr verhalf die EU der BRD zur NATO-Mitgliedschaft. Die BRD hat in der EU eine führende Rolle. Die Währungsunion und der Beitritt Österreichs werden diese Stellung stärken. Es gibt Entwicklungsvorschläge die an das alte "Mitteleuropa-Konzept" anknüpfen, um den deutschen Sprachraum zum entscheidenden Block in der EU auszubauen. Auch die Vorschläge zu einem "Kerneuropa" zielen in diese Richtung.

Die EU hat die negativen Merkmale eines Nationalstaates, Repression nach innen, Aggressivität nach außen. Internationalistische Kritik an der EU richtet sich deshalb gleichermaßen gegen einzelstaatlichen Nationalismus, wie gegen europäischen Chauvinismus. Unsere Solidarität gehört denen, auf deren Unterdrückung die Festung Europa gegründet ist. Gegen das Abfeiern der EU-Politik rufen wir auf zu einem EU-Gegengipfel in Essen und zu Aktionen zur Ministerratstagung.

**Programm des Gegengipfels**

*Freitag* 9.12.94.: Tagsüber Straßenaktionen in Essen.

18 Uhr Auftaktveranstaltung des Kongresses.

20:30 Uhr Kabarett in der Zeche Carl.

*Samstag* 10.12.94: 12 Uhr Demonstration von der Essener Innenstadt zur Gruga-Halle, dem Tagungsort des EU-Gipfels.

18 Uhr Podiumsdiskussion zu den Themen des EU-Gipfels: Sozialcharta, EU-Erweiterung, Kerneuropa.

20:30 Uhr Party an der Essener Uni.

*Sonntag* 11.12.94: 10 bis 14 Uhr Diskussion in 4 Foren.

14 Uhr Abschlußveranstaltung des Gegenkongresses.

# Schwarzer Faden

**Vierteljahresschrift für huoc ta huoc und k'op**

*Nr.50 enthält u.a.:*



**Bevölkerungspolitik**
*von Michaela Schuh*



**In Mexico endete das 20.Jahrhundert am 31.12.1993**
*von Antonio und Liza Garcia de Léon*



**Die Frage nach der Zukunft der Städte**
*von Murray Bookchin*



**"Gießt Wasser ins Feuer" – eine Antwort an den Powerfeminismus**
*von L. Susan Brown*



**Interview mit Vadim Damier zu russischem Nationalismus, Jelzins Kurs, etc.**
*von Wolfgang Haug*

Weiter: **Die Krise der DGB-Gewerkschaften (vom MDR zensierter Beitrag)** *von Karl Rössel*; **Diese Kultur ignoriert, was Rassismus ist** von Bell Hooks; **Interview mit dem spanischen Totalverweigerer Manolo Ariza; Verteidigungsrede für Georges Sorel** von Lutz Schulenburg; **Notizen über die Figur des Spitzels K.S. (Bad Kleinen), Habermas-Kritik,** Rezensionen, zur 50.Ausgabe usw.

**ABONNIERT!**
**(4 Nrn a. 76 S.): 25.-**
**Einzelpreis: 7.-**

---

*autonome a.f.r.i.k.a.:*

## Medienrandale –

**Rassismus und Antirassismus**
**Die Macht der Medien – die Ohnmacht der Linken?**
**168 S., 24.-DM**
**erscheint im August 1994**

***SF★Redaktion/Trotzdem***
***PF 1159, 71117 Grafenau***

## Die Rote Hilfe 3/94

Prozesse gegen AntifaschistInnen; Irmgard Möller seit 22 Jahren im Knast; Wolfgang Grams: Selbstmordthese bricht zusammen; Schwerpunkt: Kurden zum Abschuß freigegeben; BND - ein Geheimdienst auf "neuen" alten Wegen; u.v.m.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

**Rote Hilfe e.V.**
**Postfach 6444**
**24125 Kiel**
**Tel/Fax: 0431/7514**



## WIDERSTANDSINFO

**Diskussionsforum, Erklärungen, Kommentare**



**Nummer 38 mit 56 Seiten:**
• CH-Widerstand-Chronologie •
• Internationale Berichte •
• Hintergrund •

1.Umschlag: WoZ Pf. 8031 Zürich
2.Umschlag: Widerstandsinfo

**Abo für nur 30 Fr.**
Geld in Noten beilegen u. einschreiben

# Molli

presented by Mezzo-Mix

**Am 1. Mai 1995 startet Molli, die Zeitung für Volxfrust, gesponsert von Mezzo-Mix in Berlin-Kreuzberg ein besonderes Open-Air-Vergnügen. Passend zum Ereignis präsentieren wir Ihnen bereits jetzt eine ganz außergewöhnliche Flasche:**

Molli-Mezzo-Mix-Nr.10

**(handlich, windschnittig, viel Inhalt!) Erleben Sie ihren Auftritt jetzt hautnah! Probepack (3 Briefmark) anfordern bei: Molli, c/o VAPET, Grottenstr.14, 44789 Bochum. (Abo: 10 bzw. 20 Märker)**

## Täglich links:

**junge Welt...**

Die Tageszeitung

**Jetzt im Test-Abo: Die ganz neue Art Tageszeitung**

**Ja** ich bestelle die "junge Welt"

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name ....................

Str./Nr. ....................

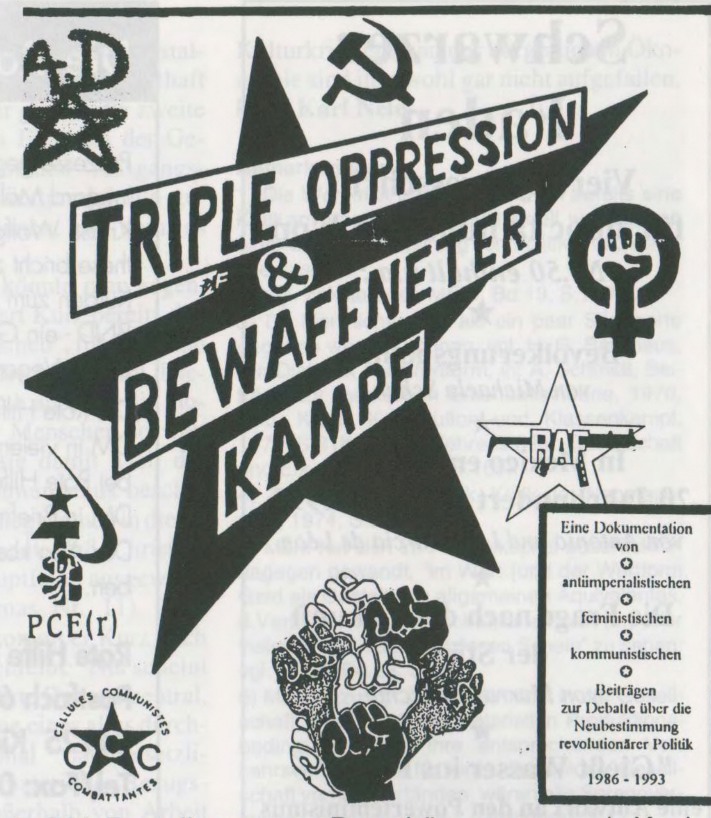
PLZ/Ort ....................

Unterschrift ....................

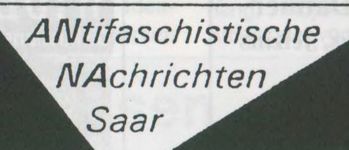
Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/
2. Unterschrift ....................

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin


TRIPLE OPPRESSION
&
BEWAFFNETER
KAMPF
RAF
PCE(r)
CELLULES COMMUNISTES COMBATTANTES
CCC




ANtifaschistische
NAchrichten
Saar



